

Monatsbericht des BMF

April 2014

Monatsbericht des BMF

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

□ Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Überblick zur aktuellen Lage	5
Analysen und Berichte	6
Staatshaushalt dauerhaft ausgeglichen	
Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2013	14
Die vorausgefüllte Steuererklärung	24
Zollbilanz 2013	27
Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage	32
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	32
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im März 2014	
Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich März 2014	43
Entwicklung der Länderhaushalte im Januar und Februar 2014	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	48
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	53
Termine, Publikationen	55
Statistiken und Dokumentationen	59
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	59
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	90
$Ge samt wirts chaft liches \ Produktions potenzial \ und \ Konjunkturkomponenten$	102
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	116

Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 8. April 2014 hat das Bundeskabinett das aktualisierte Stabilitätsprogramm für das Jahr 2014 beschlossen. Dieser Bericht ist Teil des sogenannten Europäischen Semesters – des finanz- und wirtschaftspolitischen Überwachungssystems der Europäischen Union. Mit dem Stabilitätsprogramm berichtet Deutschland gegenüber der Europäischen Kommission und dem Ministerrat über die Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts.

Deutschland hat 2013 das zweite Jahr in Folge einen ausgeglichenen gesamtstaatlichen Haushalt erreicht. Auch in den kommenden Jahren wird Deutschland alle europäischen und nationalen finanzpolitischen Vorgaben in vollem Umfang erfüllen. Deutschland wird damit seiner Verantwortung für die finanzielle Stabilität in Europa gerecht. Die soliden Staatsfinanzen stärken zugleich die Wachstumskräfte der deutschen Volkswirtschaft und gaben dem Privatsektor den nötigen stabilen Rahmen, um seine Investitionstätigkeit zu stärken.

Auch in den Jahren 2014 bis 2016 erwartet die Bundesregierung in ihrer Projektion für die Haushaltsentwicklung einen ausgeglichenen Staatshaushalt. 2017 und 2018 werden leichte Überschüsse erzielt. Dies ermöglicht ebenfalls einen raschen Abbau der Staatsschuldenquote. Die Projektion des Stabilitätsprogramms zur Haushaltsentwicklung liegt im Spektrum der ebenfalls aktuell vorgelegten Prognosen



des Internationalen Währungsfonds und der Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute.

Nach dem erfolgreichen Abbau der Defizite gilt es, die finanzpolitischen Erfolge auch für die Zukunft abzusichern. So positiv die Lage der öffentlichen Finanzen auch ist, die sich Deutschland in den vergangenen Jahren erarbeitet hat: Um die erheblichen finanzpolitischen Belastungen zu meistern, die durch die demografische Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten auf uns zukommen, ist dies nur der erste Schritt. Die Solidität der Staatsfinanzen zu festigen bleibt weiter ehrgeizig und ist eine der wichtigsten Aufgaben dieser Legislaturperiode.

L. St. -

Dr. Thomas Steffen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Überblick zur aktuellen Lage

Wirtschaft

- Deutschland befindet sich in einem breit angelegten Konjunkturaufschwung. Das Wirtschaftswachstum wird der aktuellen Frühjahrsprojektion der Bundesregierung zufolge 2014 um real 1,8 % ansteigen.
- Die Indikatoren zeigen an, dass das Bruttoinlandsprodukt im 1. Quartal kräftig ausgeweitet wurde.
 Dazu hat neben der deutlich aufwärtsgerichteten konjunkturellen Grundtendenz auch die milde Witterung im Winter beigetragen.
- Der Arbeitsmarkt profitiert vom Aufschwung. Die Arbeitslosigkeit ist im 1. Quartal deutlich zurückgegangen. Der Beschäftigungsaufbau setzte sich in den ersten beiden Monaten dieses Jahres – auch begünstigt durch die milde Witterung – mit höherer Dynamik als zum Jahresende 2013 fort.
- Die Preisniveauentwicklung verläuft in ruhigen Bahnen. Der Verbraucherpreisindex stieg im März um 1,0 % gegenüber dem Vorjahr an. Dabei dämpften sinkende Energiepreise und eine nachlassende Teuerung von Nahrungsmitteln den Preisniveauanstieg.

Finanzen

- Die gesamtstaatlichen Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im März 2014 im Vorjahresvergleich um 7,2 % gestiegen. Neben den gemeinschaftlichen Steuern (+ 6,8 %) konnten in diesem Monat auch die reinen Bundessteuern (+ 6,9 %) einen erheblichen Beitrag zum Aufkommensanstieg leisten.
- Die Ausgaben des Bundes bewegen sich bis einschließlich März 2014 leicht über dem Niveau vom März 2013 (+ 0,4 %.) Die Einnahmen lagen bis einschließlich März 2014 um 4,5 % über dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums.
- Die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe betrug Ende März 1,59 %, die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich auf 0,31 %.

Europa

- Im Vordergrund der Gespräche der Wirtschafts- und Finanzminister der Eurogruppe am 1. April 2014 in Athen standen die Lage in den Programmländern Griechenland und Portugal sowie die aktualisierte Übersicht über die Haushaltsplanung 2014 Luxemburgs.
- Auf der Tagesordnung des informellen ECOFIN-Treffens am 2. April 2014 standen der wirtschaftliche Ausblick und die Finanzstabilität in der EU, Finanzierungsoptionen der europäischen Wirtschaft, die Vorbereitung der IWF- und Weltbank-Frühjahrstagung und des G20-Treffens der Finanzminister und Notenbankgouverneure sowie Fragen zur Bankenstrukturreform und zum Stand der Arbeiten zur Bankenunion.

STAATSHAUSHALT DAUERHAFT AUSGEGLICHEN

Staatshaushalt dauerhaft ausgeglichen

Deutsches Stabilitätsprogramm 2014

- Mit dem Stabilitätsprogramm berichtet Deutschland gegenüber Europäischer Kommission und Ministerrat über die Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts.
- Der Staatshaushalt, also der aggregierte Haushalt von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen, ist seit 2012 ausgeglichen. Auch in den Jahren 2014 bis 2016 erwartet die Bundesregierung in ihrer Projektion für die Haushaltsentwicklung einen ausgeglichenen Staatshaushalt. 2017 und 2018 werden leichte Überschüsse erwartet.
- Die Schuldenstandsquote sank im vergangenen Jahr um 2,6 Prozentpunkte auf 78,4 % der Wirtschaftskraft. Bis 2018 wird ein weiterer Rückgang bis auf 65 % erwartet und die Grundlage für die beabsichtigte Rückführung auf weniger als 60 % innerhalb von zehn Jahren gelegt.

1	Bundesregierung legt Aktualisierung 2014 des Stabilitätsprogramms vor	6
2	Ausgangslage: Bereits zwei Jahre in Folge ausgeglichene Staatshaushalte	7
2.1	Ausgeglichener Finanzierungssaldo und struktureller Überschuss	7
2.2	Schuldenstand rückläufig	8
2.3	Bund trägt wesentlich zur guten Finanzlage bei	9
3	Ausblick: Deutliche Rückführung des Schuldenstands in den kommenden Jahren	9
3.1	Staatlicher Finanzierungssaldo mittelfristig weiter im Überschuss	9
3.2	Entwicklung des strukturellen Finanzierungssaldos: Mittelfristiges Haushaltsziel wird	
	dauerhaft eingehalten	11
3.3	Entwicklung des Schuldenstands	11
1	Eggit	12

1 Bundesregierung legt Aktualisierung 2014 des Stabilitätsprogramms vor

Die Mitgliedstaaten des Euroraums legen jährlich im April Stabilitätsprogramme vor, in denen sie über die Einhaltung der fiskalpolitischen Vorgaben Bericht erstatten und ihre finanzpolitische Planung darlegen. Die diesjährige Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms wurde am 8. April 2014 vom Bundeskabinett gebilligt.

Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo lag 2012 bei + 0,1% der Wirtschaftsleistung.

2013 konnte der Staatshaushalt, trotz der konjunkturellen Schwächephase zum Jahresbeginn, erneut ausgeglichen werden (0,0%). Bereinigt um konjunkturelle Einflüsse und um rein finanzielle Transaktionen, also in struktureller Betrachtung, weist der Staatshaushalt bereits seit 2012 einen Überschuss auf (vergleiche Abschnitt 2).

Auch in den kommenden Jahren wird der Staatshaushalt nach der mit dem Stabilitätsprogramm vorgelegten Prognose ausgeglichen sein. Strukturell erwartet die Bundesregierung für die kommenden Jahre Überschüsse (vergleiche Abschnitt 3).

STAATSHAUSHALT DAUERHAFT AUSGEGLICHEN

2 Ausgangslage: Bereits zwei Jahre in Folge ausgeglichene Staatshaushalte

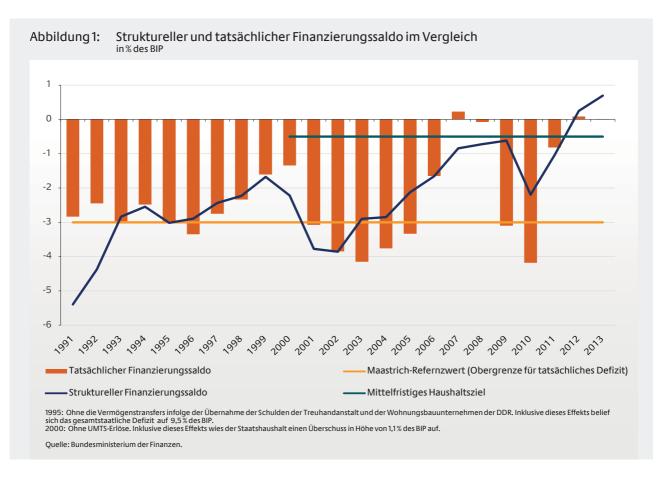
Deutschland hat seine öffentlichen Finanzen in den vergangenen Jahren auf ein solides Fundament gestellt. Nach einem deutlichen Anstieg der Haushaltsdefizite im Zuge der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise hat Deutschland mit einem nun bereits seit zwei Jahren in Folge ausgeglichenen Staatshaushalt einen ersten wichtigen Schritt zur Verstetigung der Konsolidierungserfolge getan.

2.1 Ausgeglichener Finanzierungssaldo und struktureller Überschuss

Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo, der 2010 gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) noch 4,2 % im Minus lag, wurde in nur zwei Jahren ausgeglichen. 2012 lag er bei + 0,1 %

der Wirtschaftsleistung. 2013 konnte, trotz der konjunkturellen Schwächephase zum Jahresbeginn, ein erneut ausgeglichener Saldo von 0,0 % des BIP erreicht werden. In struktureller Betrachtung hat sich die finanzpolitische Ausgangslage weiter verbessert. Nach einem leichten Überschuss in Höhe von 0,3% des BIP im Jahr 2012 lag der strukturelle gesamtstaatliche Finanzierungssaldo 2013 mit 0,7% des BIP erneut im Plus. Damit ist es Deutschland gelungen, seine solide Haushaltsposition – wie vom Ecofin-Rat empfohlen – beizubehalten und die Grundlagen für die Einhaltung des strukturellen mittelfristigen Haushaltsziels während des gesamten Programmzeitraums zu legen.

Dem strukturellen Saldo liegt im Gegensatz zum tatsächlichen Saldo nicht die aktuelle wirtschaftliche Lage zugrunde, sondern eine konjunkturelle Normallage, das sogenannte Produktionspotenzial. Das Produktionspotenzial ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen



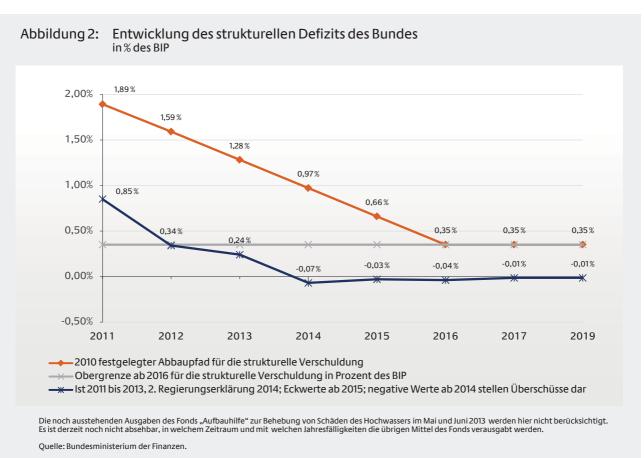
STAATSHAUSHALT DAUERHAFT AUSGEGLICHEN

Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren. Damit zeigt der strukturelle Saldo die Finanzlage so an, wie sie sich aus den fundamental zugrunde liegenden Strukturen ergibt, und blendet konjunkturelle Einflüsse und Einmaleffekte aus.

Deutschland hat mit den Ergebnissen beim tatsächlichen und strukturellen Finanzierungssaldo die europäischen Vorgaben auch im Jahr 2013 deutlich eingehalten. Der ausgeglichene Finanzierungssaldo (0,0 % des BIP) liegt weit vom Maastricht-Referenzwert von - 3,0 % des BIP entfernt. Das mittelfristige Haushaltsziel eines strukturellen gesamtstaatlichen Finanzierungsdefizits von 0,5 % des BIP wurde mit einem strukturellen Überschuss von 0,7 % des BIP ebenfalls klar eingehalten.

2.2 Schuldenstand rückläufig

Die Konsolidierungserfolge der vergangenen Jahre schlagen sich auch im Schuldenstand nieder. Er sank 2013 im Vergleich zum Vorjahr um 2,6 Prozentpunkte auf 78,4% der Wirtschaftsleistung. Damit erfüllt Deutschland auch die seit der Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts im Jahr 2011 geltende Regel zum Abbau der Staatsverschuldung. Diese legt fest, dass der Teil der Schuldenstandsquote, der den Maastricht-Referenzwert von 60 % des BIP übersteigt, um durchschnittlich ein Zwanzigstel pro Jahr zurückgeführt werden muss (sogenannte 1/20-Regel). Deutschland erfüllt diese Anforderung in diesem Jahr vorzeitig, da für Mitgliedstaaten, die sich wie Deutschland bei der Verabschiedung der Reform im November 2011 noch in einem



STAATSHAUSHALT DAUERHAFT AUSGEGLICHEN

Defizitverfahren befanden, bis 2014 eine weniger ehrgeizige Übergangsregelung gilt.

Den Schuldenstand will Deutschland nachhaltig und deutlich schneller zurückführen als von den europäischen Regeln vorgegeben. Ziel der Bundesregierung ist es, die Schuldenstandsquote innerhalb von zehn Jahren auf weniger als 60% des BIP zurückzuführen. Bis Ende 2017 soll der Schuldenstand auf unter 70% des BIP sinken.

2.3 Bund trägt wesentlich zur guten Finanzlage bei

Zur positiven gesamtstaatlichen Entwicklung hat der Bund einen wesentlichen Beitrag geleistet. Spiegelbildlich zur gesamtstaatlichen Entwicklung wurde die Neuverschuldung deutlich reduziert. Das für die Schuldenbremse maßgebliche strukturelle Defizit konnte von 0,34% im Jahr 2012 auf 0,24% im Jahr 2013 verbessert werden. Der Bund hielt damit bereits das zweite Jahr in Folge die erst ab 2016 verbindliche Grenze der grundgesetzlichen Schuldenbremse ein. So ist auch im Bund eine erste Verstetigung der für langfristig tragfähige Finanzen so zentralen dauerhaft niedrigen strukturellen Verschuldung erreicht worden.

Für dieses Jahr hat die Bundesregierung mit Kabinettsbeschluss vom 12. März 2014 den Entwurf eines strukturell ausgeglichenen Haushalts beschlossen. Für die kommenden Jahre ab 2015 verpflichtet sich die Bundesregierung dazu, gänzlich ohne Neuverschuldung auszukommen. Dem entsprechen die vom Bundeskabinett am 12. März 2014 verabschiedeten Eckwerte für den Bundeshaushalt 2015 und den Finanzplan bis 2018.

3 Ausblick: Deutliche Rückführung des Schuldenstands in den kommenden Jahren

Mit dem Stabilitätsprogramm legt die Bundesregierung eine Projektion der gesamtstaatlichen Haushaltsentwicklung für das aktuelle Jahr und vier weitere Jahre vor, aktuell also bis 2018. Die Fortführung der wachstumsfreundlichen Konsolidierung sichert Deutschland einen ausgeglichenen Staatshaushalt und trägt zur Rückführung der Schuldenstandsquote bei. Bis zum Ende des Programmhorizonts des Stabilitätsprogramms 2018 wird ein kontinuierlicher Abbau der im Rahmen der Finanzmarkt- und der europäischen Staatsschuldenkrise übernommenen Lasten angestrebt.

3.1 Staatlicher Finanzierungssaldo mittelfristig weiter im Überschuss

In den kommenden Jahren wird eine Fortsetzung der soliden Haushaltsposition angestrebt, der Staatshaushalt bleibt auch weiterhin ausgeglichen. Die konjunkturellen und finanzpolitischen Grundlagen für eine Verstetigung des Haushaltsausgleichs sind gegeben (vergleiche Tabelle 1).

Tabelle 1: Entwicklung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos

	2013	2014	2015	2016	2017	2018
			in%d	es BIP		
Projektion April 2014	0,0	0	0	0	1/2	1/2
Projektion April 2013	- 1/2	0	0	1/2	1/2	-

Die Finanzierungssalden sind in den Projektionsjahren auf halbe Prozent des BIP gerundet.

STAATSHAUSHALT DAUERHAFT AUSGEGLICHEN

Der Bund wies zwar im Jahr 2013 mit 0,2% des BIP das höchste Defizit aller staatlichen Ebenen auf, allerdings konnte er seine Defizitquote gegenüber dem Vorjahr erneut verringern. Mit Ausnahme des Jahres 2000, in dem die Ebene des Bundes aufgrund der Einmal-Erlöse aus dem Verkauf der UMTS-Lizenzen einen Überschuss erreichte, hat der Bund mit diesem Ergebnis 2013 das geringste Defizit seit 1991 erzielt.

Auch die Länderebene konnte 2013 das Defizit gegenüber dem Vorjahr deutlich verringern und die Defizitquote auf 0,1% des BIP halbieren. Die Ebenen der Kommunen und der Sozialversicherungen erzielten erneut Überschüsse (vergleiche Tabelle 2). Die Kommunen verfügen insgesamt betrachtet auch angesichts der Unterstützung des Bundes über eine solide Finanzlage und haben auf dieser Basis ihre Bruttoinvestitionen gegenüber 2012 um mehr als 12% kräftig gesteigert. In diesem Jahr ist ebenfalls mit einem substanziellen Zuwachs zu rechnen. Insgesamt werden auf kommunaler Ebene mehr als die Hälfte der öffentlichen Investitionen durchgeführt. Gesamtstaatlich sind die öffentlichen Investitionen im vergangenen Jahr mit einem Zuwachs von 3,5% deutlich stärker gestiegen als die Ausgaben insgesamt (+2,7%).

Im gesamten Projektionszeitraum werden Bund und Länder zur schrittweisen Verbesserung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos beitragen. Der Bundeshaushalt hält einen deutlichen Sicherheitsabstand zur ab 2016 dauerhaft geltenden Obergrenze im Rahmen der Schuldenbremse ein (strukturelle Neuverschuldung von maximal 0,35 % des BIP). Für die kommenden Jahre wird – getragen von der nachhaltigen Konsolidierung des Kernhaushalts des Bundes – auf Bundesebene ein geringfügiger Überschuss erwartet. Auch die Länder werden dauerhaft einen ausgeglichenen Finanzierungssaldo erzielen. Die Gemeinden können die stabile Finanzlage – mit großer Streuung im Einzelnen – bewahren.

Die Sozialversicherung wird im gesamten Projektionszeitraum einen nahezu ausgeglichenen Haushalt aufweisen. Die hohen Überschüsse der vergangenen Jahre waren wesentlich durch die stetige Verbesserung der Arbeitsmarktsituation bedingt, die die Einnahmenentwicklung begünstigte und die Ausgaben nur moderat steigen ließ. In diesem Jahr kommen unterschiedliche Effekte zusammen: Die Einnahmen der Gesetzlichen Krankenversicherung verringern sich aufgrund der Rückführung des Bundeszuschusses. Die Maßnahmen des Rentenpakets werden zu einer Ausweitung der Leistungen der Gesetzlichen Rentenversicherung im gesamten Projektionszeitraum führen. Der Verzicht auf die Absenkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung trägt zur Stabilisierung der Einnahmen bei.

Die Überschüsse der vergangenen Jahre insbesondere in der Gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung führten zu einem Aufbau hoher Rücklagen. Leichte Defizite, die im

Tabelle 2: Finanzierungssalden nach staatlichen Ebenen

	2013	2014	2015	2016	2017	2018
			in%d	es BIP		
Bund	-0,2	0	0	0	0	0
Länder	-0,1	-0	0	0	0	0
Gemeinden	0,1	0	0	0	0	0
Sozialversicherungen	0,2	-0	0	-0	-0	-0
Staat insgesamt	0,0	0	0	0	1/2	1/2

Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt. Die Finanzierungssalden sind in den Projektionsjahren auf halbe Prozent des BIP gerundet. Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

STAATSHAUSHALT DAUERHAFT AUSGEGLICHEN

Projektionszeitraum entstehen, können durch die Rücklagen finanziert werden, sodass die Tragfähigkeit des Sozialversicherungssystems hierdurch nicht gefährdet ist.

3.2 Entwicklung des strukturellen Finanzierungssaldos: Mittelfristiges Haushaltsziel wird dauerhaft eingehalten

Deutschland hält das mittelfristige Haushaltsziel eines strukturellen gesamtstaatlichen Defizits von maximal 0,5 % des BIP seit dem Jahr 2012 ein. Im vergangenen Jahr belief sich der strukturelle Überschuss von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen auf 0,7 % des BIP. Da sich der tatsächliche gesamtstaatliche Finanzierungssaldo gegenüber 2012 nur geringfügig verringerte, ist die Verbesserung des strukturellen Saldos um rund 0,5 Prozentpunkte auf die rechnerische Berücksichtigung der konjunkturellen Verschlechterung – die sich in einem Anstieg der Produktionslücke widerspiegelt – zurückzuführen.

Aufgrund der konjunkturellen Dynamik in diesem und den kommenden Jahren verringert sich die gesamtwirtschaftliche Produktionslücke wieder deutlich. Der strukturelle Finanzierungssaldo wird im gesamten Projektionszeitraum dennoch weiterhin einen Überschuss von rund ½% des BIP aufweisen. Deutschland wird damit sein mittelfristiges Haushaltsziel auch in den Jahren 2014 bis 2018 mit deutlichem Abstand einhalten (vergleiche Tabelle 3).

3.3 Entwicklung des Schuldenstands

Deutschland steht an der Schwelle zur Rückführung der jahrzehntelang gewachsenen Schuldenquote. Die erforderliche Trendumkehr ist erreicht. Während im Vorjahresvergleich die Schuldenstandsquote im Jahr 2012 um 1,0 Prozentpunkte auf 81,0 % des BIP stieg, ist sie im Jahr 2013 um 2,6 Prozentpunkte auf 78,4% des BIP gesunken. Dieser Rückgang ist maßgeblich zurückzuführen auf die fortgesetzte Rückführung der Portfolios in den zur Bewältigung der Folgen der Finanzmarktkrise gegründeten Abwicklungsanstalten, d. h. in der zur Stabilisierung der Hypo Real Estate Holding Group eingerichteten FMS Wertmanagement sowie der zur Abwicklung der ehemaligen WestLB AG eingerichteten Ersten Abwicklungsanstalt (EAA). Der auf die Maßnahmen zur Bewältigung der Finanzmarktkrise zurückgehende Anteil an der Maastricht-Schuldenstandsquote sank im Jahr 2013 um 2,5 Prozentpunkte auf 8,6 % des BIP. Demgegenüber stand im Jahr 2013 ein Anstieg der Schulden im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Abwehr der europäischen Staatsschuldenkrise, im Einzelnen mit der Zahlung der dritten und vierten Rate in den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) sowie den Krediten der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) an Griechenland, Irland und Portugal. Der mit der europäischen Staatsschuldenkrise einhergehende Gesamteffekt wirkte im Jahr 2013 erhöhend auf die Maastricht-

Tabelle 3: Struktureller Finanzierungssaldo im Vergleich zum tatsächlichen Finanzierungssaldo sowie zur Entwicklung des BIP

	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Struktureller Finanzierungssaldo (in % des BIP)	0,7	1/2	1/2	1/2	1/2	1/2
Tatsächlicher Finanzierungssaldo (in % des BIP)	0,0	0	0	0	1/2	1/2
Reales BIP (Veränderung in % gegenüber Vorjahr)	0,4	1,8	2,0	1,4	1,4	1,4

 $\label{lem:projection} \textbf{Die Finanzierungs} \textbf{s} \textbf{alden sind in den Projektionsjahren auf halbe Prozent des BIP gerundet.}$

STAATSHAUSHALT DAUERHAFT AUSGEGLICHEN

Schuldenstandsquote, und zwar um 0,7 Prozentpunkte auf 3,1% des BIP.

Im Jahr 2014 wird die Schuldenstandsquote voraussichtlich erneut um rund 2½ Prozentpunkte auf 76% des BIP sinken. Während der Effekt der Maßnahmen zur Abwehr der europäischen Staatsschuldenkrise sich stabilisiert, kann mit einem weiteren Rückgang des Finanzmarktkriseneffekts um rund 1 Prozentpunkt gerechnet werden. Der fortgesetzte Portfolioabbau bei den Abwicklungsanstalten sowie die positive Entwicklung der öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen führen auch mittelfristig zu einem kontinuierlichen

Rückgang der Schuldenstandsquote bis auf rund 65% im Jahr 2018 (vergleiche Tabelle 4). Damit wird das Ziel der Bundesregierung einer Rückführung der Schuldenstandsquote auf weniger als 70% bis Ende 2017 erreicht und die Grundlage für die beabsichtigte Rückführung auf weniger als 60% innerhalb von zehn Jahren gelegt. Deutschland ist somit auch eines der wenigen Länder, denen es gelingt, in absehbarer Zeit das Niveau der Schuldenstandsquote von vor der Krise wieder zu erreichen.

Abbildung 3 verdeutlicht die Effekte der Maßnahmen im Zusammenhang mit der Finanzmarkt- und der europäischen

Tabelle 4: Entwicklung der Schuldenstandsquote

	2013	2014	2015	2016	2017	2018
		Scl	huldenstand des	Staates in % des	BIP	
Projektion April 2014	78,4	76	72 1/2	70	67 1/2	65
Projektion April 2013	80 1/2	77 1/2	75	71 1/2	69	-

Die Schuldenstandsquoten sind in den Projektionsjahren auf halbe Prozent des BIP gerundet.

Abbildung 3: Schuldenstandsquote in% des BIP

85

80

75

70

65

Maastricht-Schuldenstand
Ohne Maßnahmen im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise
Wohne Maßnahmen im Zusammenhang mit der Finanzmarkt- und der europäischen Staatsschuldenkrise

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

STAATSHAUSHALT DAUERHAFT AUSGEGLICHEN

Staatsschuldenkrise auf die Entwicklung der Maastricht-Schuldenstandsquote. Insbesondere seit 2008 ist die Schuldenstandsquote von den Maßnahmen zur Abwehr der Finanzkrise beeinflusst. Die Rückführung dieser Maßnahmen trägt dann auch maßgeblich zum Rückgang der Schuldenstandsquote bis 2018 bei. Zwar ist der Einfluss der im Rahmen der europäischen Staatsschuldenkrise ergriffenen Maßnahmen auf den Schuldenstand insbesondere seit 2012 stärker geworden, aber er wird von den schuldenstandsmindernden Effekten deutlich überwogen. Aufgrund der eingeschlagenen Konsolidierungsstrategie zeigt die um die Kriseneffekte bereinigte Schuldenstandsquote seit 2010 einen klaren Abwärtstrend und wird bereits 2017 wieder unter 60 % liegen.

4 Fazit

Deutschland hat seine öffentlichen Finanzen wieder auf ein solides Fundament gestellt. Der Trend steigender Verschuldung wurde durchbrochen. Mit einem nun bereits zwei Jahre in Folge ausgeglichenen Staatshaushalt ist ein erster wichtiger Schritt zur Verstetigung der Konsolidierungserfolge getan. Auch in den kommenden Jahren wird Deutschland alle europäischen und nationalen finanzpolitischen Vorgaben in vollem Umfang erfüllen. Deutschland wird damit nicht nur seiner Verantwortung für die finanzielle Stabilität in Europa gerecht. Die soliden Staatsfinanzen stärken auch die Wachstumskräfte der deutschen Volkswirtschaft.

DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH 2013

Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2013

Kurzfassung der aktualisierten Broschüre des BMF¹

- Die deutsche Abgabenquote d. h. die Belastung durch Steuern und Sozialabgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt – lag mit 37,6 % auch im Jahr 2012 international im Mittelfeld.
- Die Einnahmenentwicklung in Deutschland ist weiterhin robust. Die öffentlichen Aufgaben können mit der vorhandenen Steuerbasis solide finanziert werden.
- Der Standort Deutschland ist für Unternehmen attraktiv. Die steuertarifliche Gesamtbelastung von Kapitalgesellschaften bleibt knapp unter der im internationalen Vergleich wichtigen Marke von 30 %.
- Bei der Einkommensteuer für natürliche Personen liegt der deutsche Spitzensteuersatz von rund 47,5 % international im oberen Mittelfeld.

1	Einleitung	14
2	Gesamtwirtschaftliche Kennzahlen	14
3	Steuerliche Belastung des Gewinns von Kapitalgesellschaften	16
3.1	Körperschaftsteuertarife	16
3.2	Periodenübergreifende Verlustberücksichtigung bei der Körperschaftsteuer	
4	Nominale Ertragsteuerbelastung natürlicher Personen	20
5	Lohnsteuerbelastung von Arbeitnehmern	20
6	Besteuerung des Finanzsektors	23
7	Umsatzsteuersätze	23
Q	Fazit	23

1 Einleitung

Der folgende Beitrag stellt einige Vergleiche zur internationalen Besteuerung an. Diese erstrecken sich grundsätzlich auf die EU-Staaten und einige andere ausgewählte Industriestaaten (die USA, Kanada, Japan, Schweiz und Norwegen). Sie beschreiben den Rechtsstand zum Ende des Jahres 2013. Die Vergleiche enthalten dem Stichtagprinzip folgend keine Maßnahmen, die bisher lediglich angekündigt oder zwar beschlossen worden sind, sich jedoch erst ab 2014 auswirken werden.

2 Gesamtwirtschaftliche Kennzahlen

Um die nationale Belastung durch (in einer Volkswirtschaft gezahlte) Steuern festzustellen, werden sogenannte

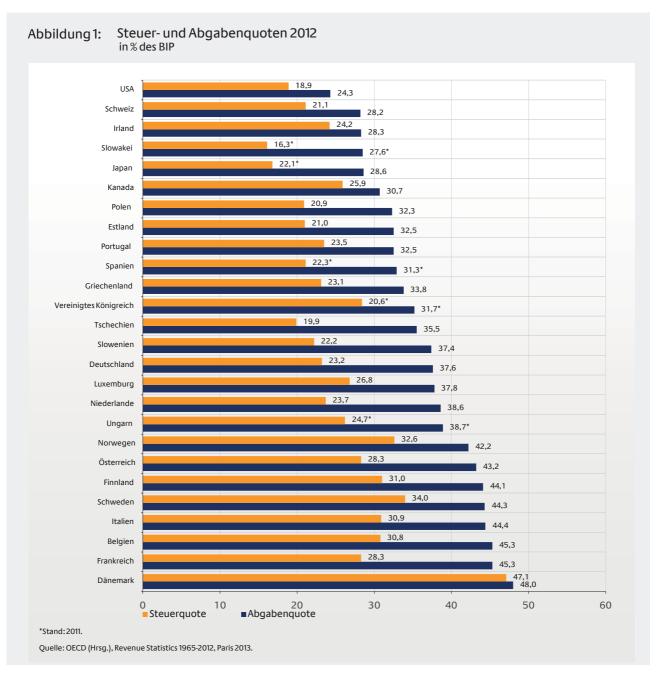
¹ Die Broschüre kann im Internetangebot des BMF bestellt oder direkt als PDF-Dokument heruntergeladen werden (http://www. bundesfinanzministerium.de/Content/DE/ Downloads/Broschueren_Bestellservice/2014-03-19-wichtigsten-steuern-im-internationalenvergleich-2013.html).

DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH 2013

Steuerquoten ermittelt. Die Aussagekraft dieser Steuerquoten ist aber begrenzt, weil die in den Vergleich einbezogenen Staaten ihre staatlichen Sozialversicherungssysteme in unterschiedlichem Ausmaß über eigenständige Beiträge (die nicht in der Steuerquote enthalten sind) oder aus allgemeinen Haushaltsmitteln und damit über entsprechend hohe Steuern finanzieren. Erst die Abgabenquote, die die Belastung durch Steuern und Beiträge zur Sozialversicherung in Relation zum

jeweiligen Bruttoinlandsprodukt darstellt, macht die Belastung mit Steuern und Abgaben international vergleichbar.

Abbildung 1 zeigt, dass nach den Abgrenzungsmerkmalen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die Abgabenquote insbesondere in den skandinavischen Staaten, aber auch in Belgien, Frankreich, Italien und Österreich vergleichsweise hoch ist (> 40 %), während



DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH 2013

die USA, Japan, Irland, die Schweiz und die Slowakei relativ niedrige Abgabenquoten aufweisen (<30%). Die deutsche Abgabenquote bewegt sich im Mittelfeld und ist im Jahr 2012 im Vergleich zum Vorjahr (36,9%) auf 37,6% angestiegen. Die niedrigste Abgabenquote haben weiterhin mit 24,3% die USA, und die höchste Abgabenquote findet sich ebenfalls unverändert zum Vorjahr mit 48,0% in Dänemark. Die deutsche Steuerquote ist von 2011 auf 2012 von 22,7% auf 23,2% gestiegen. Hier rahmen Japan sowie die Slowakei am unteren und nach wie vor Dänemark am oberen Rand das Feld der Vergleichsstaaten ein.

3 Steuerliche Belastung des Gewinns von Kapitalgesellschaften

Die nominale Steuerbelastung von Kapitalgesellschaften lässt sich leicht anhand der Steuergesetze feststellen. Ihr kann eine bedeutende Signalfunktion bei der internationalen Verteilung von Buchgewinnen und -verlusten zugesprochen werden. Die tatsächliche oder auch effektive Steuerbelastung ergibt sich aus dem Zusammenspiel von Steuerbemessungsgrundlage und Steuersatz. Im Folgenden werden die Steuersätze und Eckpunkte der Bemessungsgrundlagen verglichen.

3.1 Körperschaftsteuertarife

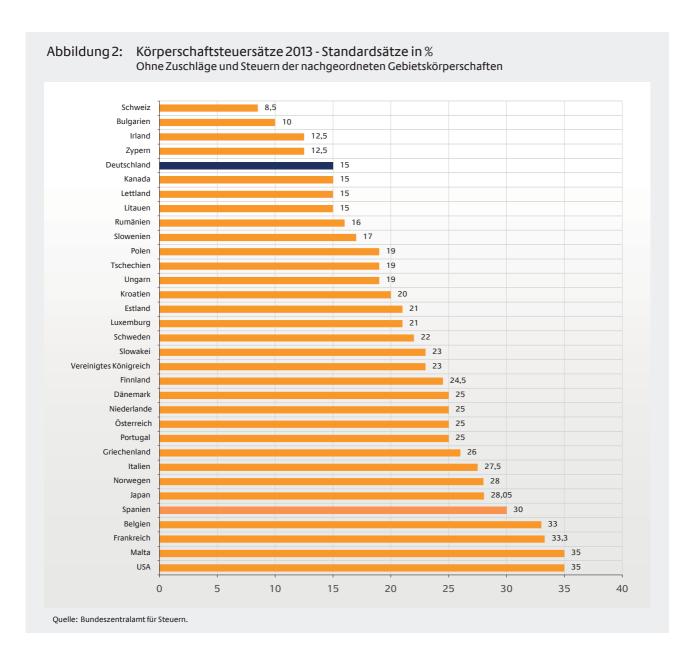
Um Doppelbelastungen ausgeschütteter Gesellschaftsgewinne durch die Körperschaftsteuer der Gesellschaft und die Einkommensteuer des Anteilseigners zu verhindern oder zumindest abzumildern, haben inzwischen fast alle Staaten Systeme zur Entlastung der Dividenden beim Anteilseigner eingeführt. Von den europäischen Staaten sehen Irland und die Schweiz keine Entlastung ausgeschütteter Gewinne auf der Ebene des Anteilseigners vor (klassische Systeme ohne Tarifermäßigung). Diese Staaten haben aber als Ausgleich nach wie vor vergleichsweise

niedrige allgemeine Körperschaftsteuertarife. Drei Staaten besteuern die Gewinne nur bei der Gesellschaft, sodass Dividenden beim Anteilseigner steuerfrei bleiben (Estland, die Slowakei und Zypern). Zum gleichen wirtschaftlichen Ergebnis kommt auch Malta, indem die Körperschaftsteuer auf ausgeschüttete Gewinne dem Einkommensteuersatz auf Dividenden entspricht und voll auf die Einkommensteuer angerechnet wird (sogenanntes Vollanrechnungsverfahren).

Im Vergleich zum Vorjahr blieben in den meisten der hier untersuchten Staaten die (nominalen) Körperschaftsteuersätze unverändert. Abbildung 2 zeigt die im Jahr 2013 geltenden Körperschaftsteuersätze (ohne Steuern nachgeordneter Gebietskörperschaften). Seit der Absenkung des deutschen Körperschaftsteuersatzes im Rahmen der Unternehmensteuerreform 2008 auf 15 % ist die Stellung Deutschlands im internationalen Vergleich deutlich wettbewerbsfähiger.

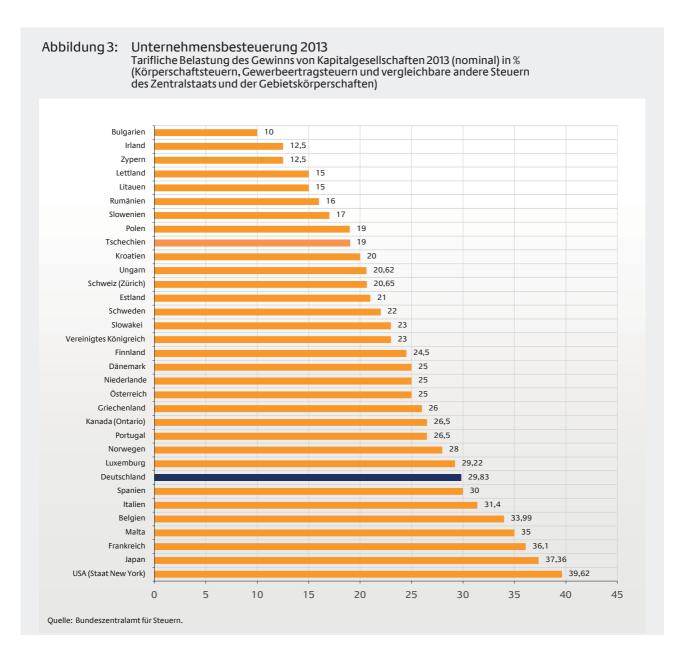
Über die zentralstaatliche Ebene hinaus erheben in mehreren Staaten die Unterverbände (Einzelstaaten, Provinzen, Regionen, Gemeinden usw.) noch eigene Körperschaftsteuern oder ihnen ähnliche Steuern, wie z.B. in Deutschland und Luxemburg die Gewerbesteuer. Hinzu kommen vielfach Zuschläge und Ähnliches des Zentralstaats und/oder der Gebietskörperschaften. Die Höhe all dieser die Kapitalgesellschaften belastenden Unternehmensteuern, die bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage den Gewinn zugrunde legen, ist in Abbildung 3 dargestellt. Zu beachten ist, dass die von lokalen Gebietskörperschaften erhobenen Steuern von der Steuerbemessungsgrundlage der übergeordneten Gebietskörperschaften in manchen Staaten abzugsfähig sind (z. B. Schweiz und USA). Die Gesamtsteuerbelastung auf Unternehmensebene ergibt sich dann nicht als einfache Addition der nominalen Steuersätze der einzelnen Steuern. Bis 2008 minderte die Gewerbesteuer auch in Deutschland als Betriebsausgabe die Bemessungsgrundlage. Um die Transparenz der Besteuerung zu

DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH 2013



erhöhen (additive Steuerbelastungsermittlung) und die Finanzströme der unterschiedlichen öffentlichen Gebietskörperschaftsebenen zu entflechten, ist die Gewerbesteuer nicht mehr als Betriebsausgabe abziehbar. Die steuertarifliche Gesamtbelastung von Kapitalgesellschaften reicht von 10 % in Bulgarien bis fast 40 % in den USA. Deutschland bleibt knapp unter der im internationalen Vergleich wichtigen Marke von 30 %.

DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH 2013



3.2 Periodenübergreifende Verlustberücksichtigung bei der Körperschaftsteuer

Einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die tatsächliche steuerliche Belastung von Unternehmen hat auch die in Tabelle 1 dargestellte periodenübergreifende Verlustberücksichtigung bei der Körperschaftsteuer in Form des Verlustrück- beziehungsweise -vortrags. Hierbei weisen die einzelnen Staaten sehr unterschiedliche Regelungen auf. So sind die überperiodischen Verlustausgleichsregeln

in den meisten Staaten – verglichen mit
Deutschland – als restriktiver zu bezeichnen.
Dies zeigt sich vor allem daran, dass viele
Staaten keinen Verlustrücktrag kennen.
In Deutschland, aber auch in Frankreich,
Irland, den Niederlanden, dem Vereinigten
Königreich, Kanada und den USA führt die
Möglichkeit, Verluste zurückzutragen, zu
einer Liquiditätszufuhr in wirtschaftlich
weniger ertragreichen Zeiten. Vorgetragene
Verluste können in einigen Staaten zeitlich
unbegrenzt mit Gewinnen verrechnet werden;
in anderen Staaten ist eine Verlustverrechnung

DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH 2013

nur innerhalb einer bestimmten Zeitspanne möglich. Deutschland erlaubt einen zeitlich unbegrenzten Verlustvortrag. Gegebenenfalls wird der jährliche Abzug begrenzt, was zu einer Verluststreckung führt (sogenannte Mindestgewinnbesteuerung).

Tabelle 1: Periodenübergreifende Verlustberücksichtigung bei der Körperschaftsteuer 2013

Staaten	Verlustrücktrag	Verlustvortrag
EU-Staaten		
Belgien	-	Unbegrenzt
Bulgarien	-	5 Jahre
Dänemark		Unbegrenzt (bis zu 7,5 Mio. DKK pro Jahr voll abzugsfähig, darüber hinaus Verrechnung nur bis zu 60 % der 7,5 Mio. DKK übersteigenden Einkünfte)
Deutschland	1Jahr (begrenzt auf1Mio. €)	Unbegrenzt (bis zu 1 Mio. € pro Jahr voll abzugsfähig, darüber hinaus Verrechnung nur bis zu 60 % der 1 Mio. € übersteigenden Einkünfte)
Estland	Keine Regelung erforderlich	Keine Regelung erforderlich
Finnland	-	10 Jahre
Frankreich	1Jahr (begrenzt auf 1 Mio. €, Verlustrücktrag führt zu Steuergutschrift, die in den darauf folgenden 5 Jahren mit künftigen Steuerschulden verrechnet und deren Restbetrag im 6. Jahr erstattet wird)	Unbegrenzt (bis zu 1 Mio. € pro Jahr voll abzugsfähig, darüber hinaus Verrechnung nur bis zu 60 % der 1 Mio. € übersteigenden Einkünfte)
Griechenland	-	5 Jahre
Irland	1 Jahr (bei Betriebsaufgabe 3 Jahre)	Unbegrenzt (für Verluste aus der gleichen Quelle)
Italien		Unbegrenzt (Verrechnung nur bis zu 80 % der jährlicher Einkünfte)
Lettland	-	Unbegrenzt
Litauen	-	Unbegrenzt
Luxemburg		Unbegrenzt
Malta		Unbegrenzt
Niederlande	1Jahr	9 Jahre
Österreich		Unbegrenzt (Verrechnung nur bis zu 75 % der jährlicher Einkünfte)
Polen		5 Jahre (Verrechnung nur bis zu 50 % des entstandenen Verlustes pro Berücksichtigungsjahr)
Portugal		5 Jahre (Verrechnung nur bis zu 75 % der jährlichen Einkünfte)
Rumänien	-	7 Jahre
Schweden	- (Indirekter Verlustrücktrag jedoch möglich durch Auflösung sogenannter Periodisierungsrücklagen aus den Vorjahren)	Unbegrenzt
Slowakei	-	7 Jahre
Slowenien	-	Unbegrenzt
Spanien		18 Jahre (in den Jahren 2012 und 2013 bei Unternehmen deren Umsatz bestimmte Beträge überschreitet, Verrechnung nur bis zu 50 % beziehungsweise 25 % der jährlichen Einkünfte)
Tschechien	-	5 Jahre
Ungarn		Unbegrenzt (Verrechnung nur bis zu 50 % der jährliche Einkünfte)
Vereinigtes Königreich	1 Jahr (bei Betriebsaufgabe 3 Jahre)	Unbegrenzt
Zypern		Unbegrenzt

DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH 2013

noch Tabelle 1: Periodenübergreifende Verlustberücksichtigung bei der Körperschaftsteuer 2013

Staaten	Verlustrücktrag	Verlustvortrag
Andere Staaten		
Japan	1 Jahr (wird für Steuerjahre, die zwischen dem 1. April 1992 und 31. März 2014 enden, nicht gewährt, ausgenommen für bestimmte kleine und mittlere Unternehmen und bei Liquidation)	9 Jahre (Verrechnung nur bis zu 80 % der jährlichen Einkünfte, ausgenommen kleine und mittlere Unternehmen)
Kanada	3 Jahre	20 Jahre
Norwegen	- (Ein Rücktrag auf die vorangegangenen 2 Jahre ist bei Liquidation zulässig.)	Unbegrenzt
Schweiz	-	7 Jahre
USA	2 Jahre	20 Jahre

Die Übersicht stellt Regelungen für Verluste dar, die ab dem 1.1.2013 anfallen. Beschränkungen durch Gesellschafterwechsel sowie Verluste aus der Veräußerung betrieblichen Anlagevermögens (capital losses), die in verschiedenen Staaten Sonderregeln unterliegen, wurden nicht betrachtet.

Ouelle: Bundeszentralamt für Steuern.

4 Nominale Ertragsteuerbelastung natürlicher Personen

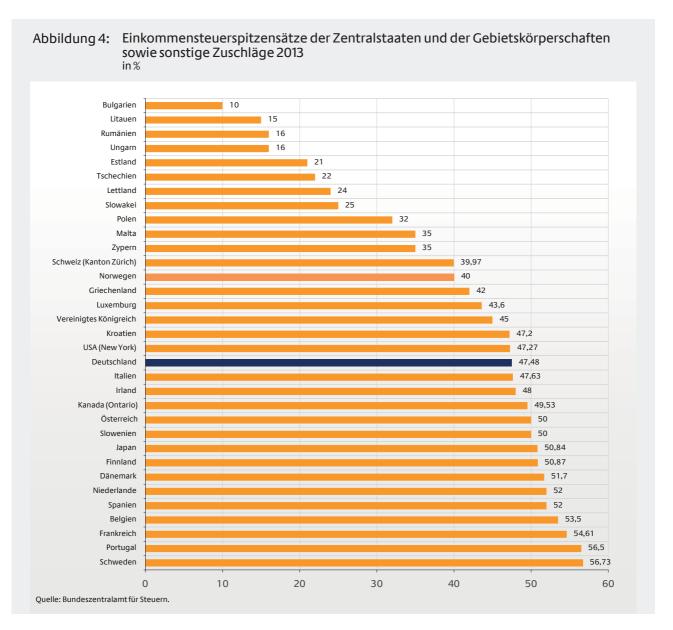
In knapp der Hälfte der hier untersuchten Staaten, die einen Grundfreibetrag beziehungsweise eine Nullzone im Tarif haben, hat sich dieser – gegebenenfalls nach Umrechnung der Landeswährung in Euro im Jahr 2013 erhöht. In den meisten Fällen blieben die Eingangssteuersätze im Vergleich zum Vorjahr weitgehend unverändert. Griechenland, die Niederlande und Portugal hoben die Eingangssätze teils deutlich an. Bei der Interpretation dieser Daten muss beachtet werden, dass in mehreren Staaten mit vergleichsweise hohen Tarifeingangssätzen die Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung abgedeckt werden, so z. B. in den nordischen Staaten und den Niederlanden. Dies erschwert die Vergleichbarkeit. Auch die Ehegattenbesteuerung ist unterschiedlich geregelt. In einigen Staaten wird eine Einzelveranlagung vorgenommen (etwa in Österreich oder in Deutschland auf Antrag), in anderen eine Zusammenveranlagung, wobei diese mit Splitting (etwa in Deutschland) oder ohne (etwa in den USA) durchgeführt werden kann.

Bezogen auf die Spitzensätze bei der Einkommensteuer haben einige Staaten Änderungen vorgenommen: Finnland, Luxemburg, Portugal, Slowenien und die USA haben den Spitzensteuersatz auf zentralstaatlicher Ebene angehoben, ebenso wie die Slowakei und Tschechien, die mit Zuschlägen auf höhere Einkommen von einem reinen Flat-Tax-System abgerückt sind. Moderate Anhebungen sind in Dänemark, Schweden, Japan und Kanada zu verzeichnen. Griechenland, Lettland und das Vereinigte Königreich haben den Spitzensteuersatz gesenkt. Abbildung 4 zeigt die höchstmöglichen Steuersätze (inklusive sonstige Zuschläge) im Rahmen der Einkommensbesteuerung natürlicher Personen.

5 Lohnsteuerbelastung von Arbeitnehmern

Für Arbeitnehmerhaushalte in verschiedenen Familienverhältnissen und Einkommensgruppen veröffentlicht die OECD regelmäßig eine international vergleichende Untersuchung. Abbildung 5 zeigt die Belastung des durchschnittlichen Bruttoarbeitslohns

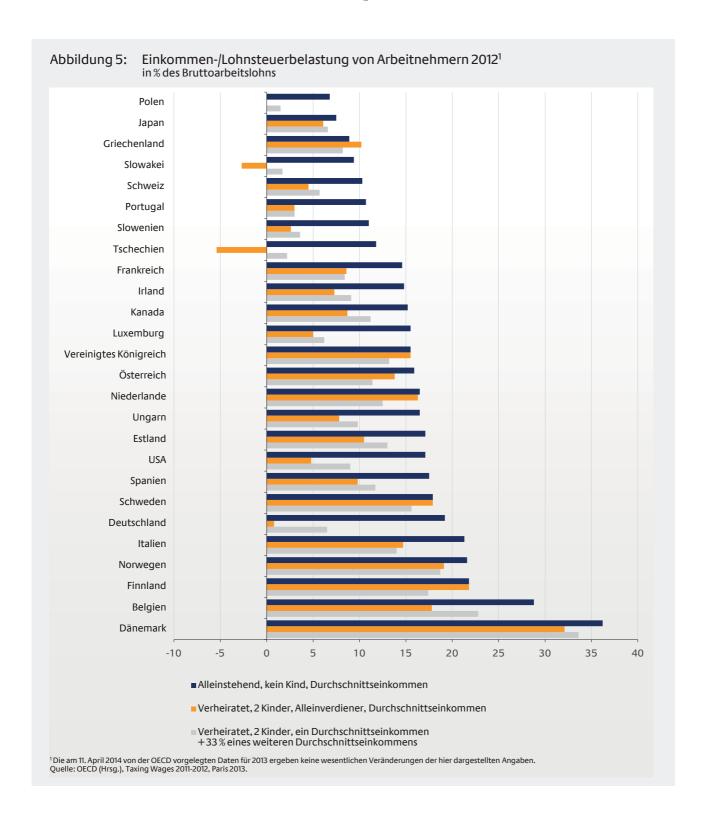
DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH 2013



eines Arbeitnehmerhaushalts durch die Lohn- oder Einkommensteuer, klassifiziert nach verschiedenen Familienverhältnissen (Alleinstehender, Familie als Allein- und als Doppelverdiener). Die Vergleichbarkeit der Ergebnisse ist stark eingeschränkt, da die OECD Transferzahlungen länderspezifisch unterschiedlich berücksichtigt. Z. B. wird das Kindergeld in der Belastungsrechnung für Deutschland als Steuergutschrift behandelt, wenn die Berücksichtigung von

Kindern in Form von Kindergeld erfolgt. Andernfalls werden die Kinderfreibeträge bei der Steuerberechnung abgezogen (Günstigerprüfung). Damit wird die Steuerbelastungsquote für Haushalte mit Kindern erheblich verringert. In anderen Staaten, wie z. B. Frankreich, wird das Kindergeld als separate Transferleistung außerhalb des Besteuerungssystems behandelt und mindert daher nicht die Steuerbelastungsquote.

DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH 2013



DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH 2013

6 Besteuerung des Finanzsektors

Deutschland und eine Reihe weiterer EU-Mitgliedstaaten haben sich darauf verständigt, eine Finanztransaktionsteuer einzuführen. Mit ihrer Einführung im Wege der Verstärkten Zusammenarbeit würde ein neuer Weg auf dem Gebiet des Steuerrechts beschritten werden. Dadurch würde der Finanzsektor einen fairen und zugleich angemessenen Beitrag zu den Folgekosten der Finanzkrise leisten und damit letztlich zur Sicherung der Stabilität des Finanzsektors und dessen Aktivitäten beitragen.

Im internationalen Vergleich ist häufig die Börsenumsatzsteuer anzutreffen, die auf Umsätze an Wertpapierbörsen erhoben wird. Lange Tradition haben Stempelsteuern auf Wertpapiere oder Urkunden. Frankreich (seit 2012) und Italien (seit 2013) haben Finanztransaktionsteuersysteme auf nationaler Ebene neu eingeführt.

7 Umsatzsteuersätze

Der Trend, die Umsatzsteuer zunehmend als Einnahmequelle zu nutzen, setzt sich fort. Im Vergleich zu den Vorjahren fallen die prozentualen Anpassungen jedoch geringer aus. Im Jahr 2013 erhöhten insgesamt fünf Staaten die Normalsätze: Finnland von 23 % auf 24 %, Italien von 21 % auf 22 %, Slowenien von 20 % auf 22 %, Tschechien von 20 % auf 21 %, Zypern von 17 % auf 18 %. Der in Deutschland erhobene Umsatzsteuernormalsatz von 19 % liegt nach wie vor in der unteren Hälfte.

8 Fazit

Für die Einordnung der Position Deutschlands im internationalen Steuerwettbewerb können die Übersichten und Grafiken nützliche Hinweise liefern. Der Steuer- und Abgabenbelastung stehen dabei vielfältige staatliche Leistungen und ein gut ausgebautes soziales Sicherungssystem gegenüber. Darüber hinaus wurden die in den vergangenen Jahren erzielten Erfolge bei der Haushaltskonsolidierung in entscheidendem Maße auch durch stabile Staatseinnahmen als Folge nachhaltigen Wirtschaftswachstums gestützt.

Ein nach Standorten suchender Unternehmer wird bei der Auswahl neben der nominalen Steuerbelastung insbesondere auch die "Leistungsseite" des Standorts berücksichtigen (Infrastruktur, Qualifikationsniveau der Arbeitnehmer, öffentliche Sicherheit, zuverlässige und effiziente Verwaltung usw.). Insgesamt ist Deutschland als Produktionsstandort attraktiv, die Wirtschaft in hohem Maße international wettbewerbsfähig. Zur Sicherung von Wachstum und Beschäftigung wird das Steuerrecht auch in Zukunft günstige Rahmenbedingungen für Innovationen und Investitionen der Unternehmen gewährleisten.

DIE VORAUSGEFÜLLTE STEUERERKLÄRUNG

Die vorausgefüllte Steuererklärung

Gut informiert, richtig platziert

- Das neue kostenlose Serviceangebot der vorausgefüllten Steuererklärung ist ein weiterer Baustein des erfolgreichen E-Government-Verfahrens ELSTER – der ELektronischen STeuerERklärung.
- Vorrangiges Ziel des Verfahrens ELSTER ist die papierlose, schnelle und möglichst einfache Übermittlung der Steuererklärungen an das Finanzamt.
- Seit Januar 2014 ist der elektronische Belegdatenabruf über das Serviceangebot der vorausgefüllten Steuererklärung möglich und soll den Bürgern als elektronische Ausfüllhilfe die Erstellung der persönlichen Einkommensteuererklärung erleichtern.
- Von Seiten der Steuerverwaltung stellt die erfolgreiche Einführung der vorausgefüllten Steuererklärung einen weiteren wichtigen Schritt beim Ausbau der elektronischen Kommunikation zwischen den am Besteuerungsverfahren Beteiligten dar und leistet einen Beitrag zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens.

1	Das Serviceangebot der vorausgefüllten Steuererklärung	24
1.1	Was verbirgt sich hinter der vorausgefüllten Steuererklärung?	24
1.2	Welche Belegdaten können abgerufen werden?	25
1.3	Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, um die vorausgefüllte Steuererklärung	
	nutzen zu können?	25
2	Ausblick	26
3	Fazit	26

1 Das Serviceangebot der vorausgefüllten Steuererklärung

Erklärtes Ziel der Bundesregierung ist die Vereinfachung des Besteuerungsverfahrens. Die Einführung der ersten Stufe der vorausgefüllten Steuererklärung soll zu dieser Vereinfachung beitragen.

Das Serviceangebot der vorausgefüllten Steuererklärung bietet den Bürgern erstmals die Möglichkeit, sich über die bei der Steuerverwaltung vorliegenden Daten bereits vor Abgabe der Einkommensteuererklärung zu informieren, wodurch z. B. im Bereich der Sonderausgaben das Besteuerungsverfahren transparenter wird.

1.1 Was verbirgt sich hinter der vorausgefüllten Steuererklärung?

Das Serviceangebot der vorausgefüllten Steuererklärung wurde unter Federführung des Landes Bayern im Vorhaben KONSENS¹ entwickelt und im Januar 2014 bundesweit gestartet. Ziel des Vorhabens KONSENS ist die Modernisierung der Informationstechnologie (IT) in der Steuerverwaltung der Länder. Das dem Vorhaben zugrunde liegende Verwaltungsabkommen trat zum 1. Januar 2007 in Kraft und regelt die enge und arbeitsteilige Zusammenarbeit zwischen allen 16 Ländern und dem Bund, um u. a.

¹ KONSENS - Koordinierte neue Software-Entwicklung der Steuerverwaltung der Länder

DIE VORAUSGEFÜLLTE STEUERERKLÄRUNG

gemeinsam eine einheitliche Software für das Besteuerungsverfahren zu entwickeln, zu beschaffen und einzusetzen. Die vorausgefüllte Steuererklärung steht beispielhaft für diese enge Zusammenarbeit und die bundesweit einheitliche Realisierung von komplexen Aufgabenstellungen, die zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens beitragen.

Mit der vorausgefüllten Steuererklärung wird den Bürgern ein kostenloser elektronischer Abruf ihrer Belegdaten sowie eine elektronische Ausfüllhilfe zur Verfügung gestellt, mit der die Abgabe der persönlichen Einkommensteuererklärung erleichtert werden soll, um z. B. das mühsame Suchen nach einzelnen Belegen zu vermeiden. Da es sich um ein Serviceangebot handelt, ist die Nutzung freigestellt und nicht verpflichtend.

Die vorausgefüllte Steuererklärung wird in elektronischer Form angeboten. Deswegen werden keine "vorausgefüllten" Papiervodrucke zur Einkommensteuererklärung versandt. Dies gilt ebenso für die elektronischen Vordrucke, da eine Teilnahme an der vorausgefüllten Steuererklärung die Bürger nicht von der Verpflichtung zur Kontrolle der Daten auf Korrektheit und Vollständigkeit bei der Erstellung ihrer persönlichen Einkommensteuererklärung befreit.

Eine besondere Herausforderung bei der Umsetzung des Projekts zur vorausgefüllten Steuererklärung war der Aufbau des Zugangsund Berechtigungsmanagements. Mit diesem wird sichergestellt, dass nur die Bürger selbst beziehungsweise die durch diese tatsächlich Bevollmächtigten Zugriff auf die sensiblen Steuerdaten haben. Die Gewährleistung von Datenschutz und Steuergeheimnis haben hierbei oberste Priorität.

1.2 Welche Belegdaten können abgerufen werden?

Mit dem Serviceangebot der vorausgefüllten Steuererklärung können von den Bürgern oder durch die von ihnen bevollmächtigten Dritten die der Steuerverwaltung z. B. von den Arbeitgebern oder den Versicherungen übermittelten Daten abgerufen werden. Neben allgemeinen Daten wie z. B. der Identifikationsnummer oder der Religionszugehörigkeit werden die folgenden Daten angezeigt:

- vom Arbeitgeber übermittelte Lohnsteuerbescheinigungen,
- Mitteilungen über den Bezug von Rentenleistungen,
- Beiträge zu Kranken- und Pflegeversicherungen und
- Vorsorgeaufwendungen (z. B. Beiträge zu Riester- und Rürup-Verträgen).

Die vorgenannten Belegdaten können erst abgerufen werden, wenn sie der Steuerverwaltung durch die jeweiligen Datenübermittler wie Arbeitgeber oder Versicherungen übersandt wurden. Die gesetzliche Übermittlungsfrist für die Daten eines Kalenderjahres endet jeweils am 28. Februar des Folgejahres, sodass Belegdaten gegebenenfalls erst nach diesem Stichtag abgerufen werden können.

1.3 Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, um die vorausgefüllte Steuererklärung nutzen zu können?

Die Teilnahme an der vorausgefüllten Steuererklärung setzt die einmalige kostenlose Registrierung mit der persönlichen Identifikationsnummer am ElsterOnline-Portal² voraus, um sich dann im persönlichen ElsterOnline-Portal-Konto zur Teilnahme an der vorausgefüllten Steuererklärung anmelden zu können.

Die Anmeldung zur Teilnahme an der vorausgefüllten Steuererklärung und eine mögliche spätere Verwendung der Belegdaten zur

² www.elsteronline.de/eportal

DIE VORAUSGEFÜLLTE STEUERERKLÄRUNG

Erstellung der Einkommensteuererklärung ist im persönlichen ElsterOnline-Portal-Konto sowohl für die eigenen Daten möglich als auch für die Daten, für deren Abruf eine Bevollmächtigung erteilt wurde.

Nach erfolgreichem Abschluss des Anmeldevorgangs über die Funktionen des ElsterOnline-Portal-Kontos kann ab dem Folgetag der Belegdatenabruf über das ElsterOnline-Portal, über ElsterFormular oder auch über die Produkte kommerzieller Softwareanbieter erfolgen. Der Datenabruf ist rund um die Uhr, sieben Tage die Woche und wiederholt möglich.

Sofern die beim Belegdatenabruf angezeigten Daten im Sinne einer Ausfüllhilfe in der elektronischen Einkommensteuererklärung Verwendung finden sollen, müssen diese vor der Übernahme auf Korrektheit und Vollständigkeit kontrolliert werden und können bei Übereinstimmung im Anschluss einfach per Mausklick übernommen werden. So werden Eingabefehler vermieden und die Beträge den korrekten Eingabefeldern zugeordnet.

Detaillierte Informationen zur vorausgefüllten Steuererklärung finden sich im Internet.³

2 Ausblick

Nach dem erfolgreichen Start der ersten Stufe der vorausgefüllten Steuererklärung ist die sukzessive Erweiterung des Umfangs der Daten geplant, die von den Bürgern abgerufen werden können. Mit der nächsten Stufe soll die Anzeige der Lohnersatzleistungen, die nicht in der Lohnsteuerbescheinigung erfasst werden, möglich werden. Perspektivisch ist die Einbeziehung weiterer der Steuerverwaltung vorliegender Daten in die vorausgefüllte Steuererklärung angedacht.

3 Fazit

Die Bundesregierung hält an der Daueraufgabe der Vereinfachung des Besteuerungsverfahrens fest. Der Umstellungsprozess beim Einsatz moderner IT und der Gestaltung effizienter Verfahrensabläufe soll hierbei in enger Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Ländern über das Vorhaben KONSENS vorangetrieben werden. Die vorausgefüllte Steuererklärung steht stellvertretend für diesen Ansatz und stößt bei den Bürgern auf breite Akzeptanz. Obwohl die vorausgefüllte Steuererklärung erst im Januar 2014 gestartet ist, verzeichnete das Serviceangebot bereits Ende März 2014 knapp 140 000 Teilnehmer und ist ein erfreuliches Beispiel für die zeitgemäße Nutzung der Möglichkeiten der modernen elektronischen Kommunikation.

Mit dem neuen kostenlosen Serviceangebot wird aber nicht nur die elektronische Kommunikation zwischen Bürgern und Verwaltung weiter ausgebaut und damit ein wichtiger Beitrag zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens geleistet. Die vorausgefüllte Steuererklärung sorgt auch für mehr Transparenz im Besteuerungsverfahren, da bereits vor der Abgabe der Einkommensteuererklärung festgestellt werden kann, welche Daten z. B. von Arbeitgebern oder Versicherungen an die Steuerverwaltung übermittelt wurden.

³ www.elster.de/belegabruf

ZOLLBILANZ 2013

Zollbilanz 2013

Jahresergebnisse der deutschen Zollverwaltung

- Die deutsche Zollverwaltung (Zoll) vereinnahmte mit 119,4 Mrd. € rund die Hälfte der Steuereinnahmen des Bundes.
- Der Zoll fertigte enorme Warenmengen ab, bekämpfte erfolgreich den Schmuggel und ging wirksam gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung vor.
- Mit seinen Kontrollen schützt der Zoll Bürger und ist Partner für Wirtschaftsbeteiligte.

1	Einleitung	27
2	Steuererhebung	
3	Bekämpfung der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung	
4	Bekämpfung der Marken- und Produktpiraterie	29
5	Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität	30
6	Bekämpfung des Zigarettenschmuggels	
7	Barmittelkontrollen	31
8	Frhalt der Artenvielfalt	31

1 Einleitung

Über die Zollverwaltung flossen dem Bundeshaushalt im vergangenen Jahr Einnahmen in Höhe von über 119 Mrd. € zu. Das entspricht etwa der Hälfte der Steuereinnahmen des Bundes. Die Zöllner verhinderten die Einfuhr von über 3,9 Millionen gefälschten Waren im Wert von 134 Mio. € und zogen 147 Millionen Schmuggelzigaretten sowie 22 Tonnen Rauschgift aus dem Verkehr. Im Kampf gegen illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit deckte die "Finanzkontrolle Schwarzarbeit" im zehnten Jahr ihres Bestehens Schäden in Höhe von mehr als 777 Mio. € auf. Hauptsächlich an den Flughäfen stellte der Zoll in 1100 Fällen über 63 000 Exemplare geschützter Tier- und Pflanzenarten sicher. Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble bedankte sich am 21. März 2014 bei den 39 000 Zöllnerinnen und Zöllnern für die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit und die dabei erzielten Ergebnisse.

2 Steuererhebung

Mit 119,4 Mrd. € hat der Zoll 2013 rund die Hälfte der Steuereinnahmen des Bundes eingenommen. Den größten Anteil bildeten mit 65,7 Mrd. € die besonderen Verbrauchsteuern. Davon entfielen 39,4 Mrd. € auf die Energiesteuer, 13,8 Mrd. € auf die Tabaksteuer und 7,0 Mrd. € auf die Stromsteuer. Hinzu kamen 48,5 Mrd. € Einfuhrumsatzsteuer und 4,2 Mrd. € als klassische Zölle (vergleiche Tabelle 1).

3 Bekämpfung der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung

Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung schädigen das Gemeinwesen. Sie verursachen Steuerausfälle und belasten die Sozialkassen.

ZOLLBILANZ 2013

Tabelle 1: Erhobene Abgaben insgesamt in Mrd. €

	2011	2012	2013
I. Einnahmen der EG			
Zölle	4,6	4,5	4,2
II. Nationale Einnahmen			
Verbrauchsteuern	66,8	66,3	65,7
Luftverkehrsteuer	0,9	0,9	1,0
Einfuhrumsatzsteuer	51,0	52,2	48,5
Insgesamt	123,3	123,9	119,4

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Reguläre Arbeitsplätze gehen verloren, und ehrliche Unternehmen werden in ihrer Existenz bedroht. Die Bekämpfung der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung bildet deshalb einen besonderen Schwerpunkt in der Arbeit des Zolls.

Die rund 6 700 Zöllner der "Finanzkontrolle Schwarzarbeit" überprüften über 523 000 Einzelpersonen und 64 000 Arbeitgeber. Dabei deckten sie Schäden von über 777 Mio. € auf und leiteten über 135 000 Ermittlungsverfahren wegen Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten ein. Der Zoll sorgt so für faire Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt und gerechten Wettbewerb zwischen den Unternehmen. Er hilft, reguläre Beschäftigung zu fairer Bezahlung zu sichern (vergleiche Tabelle 2).

Tabelle 2: Bekämpfung der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung

	2011	2012	2013
Personenbefragungen	524015	543 120	523 340
Prüfung von Arbeitgebern	67 680	65 955	64 001
Eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen Straftaten	109 166	104283	95 020
Abgeschlossene Ermittlungsverfahren wegen Straftaten	112 474	105 680	94962
Summe der Geldstrafen aus Urteilen und Strafbefehlen (in Mio. €)	30,6	27,2	26,1
Summe der erwirkten Freiheitsstrafen (in Jahren)	2110	2 082	1 927
Eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen Ordnungswidrigkeiten	59 218	44 165	39 996
Abgeschlossene Ermittlungsverfahren wegen Ordungswidrigkeiten	76 367	62 175	53 993
Summe der festgesetzten Geldbußen, Verwarnungsgelder und Verfall (in Mio. €)	45,2	41,3	44,7
Summe der vereinnahmten Geldbußen, Verwarnungsgelder und Verfall (in Mio. €)¹	18,7	16,0	17,8
Schadenssumme im Rahmen der straf- und bußgeldrechtlichen Ermittlungen (in Mio. €)	660,5	751,9	777,1
Steuerschäden aus Ermittlungsverfahren der Länderfinanzverwaltungen, die aufgrund von Prüfungs- und	31,5	46,3	22,0
Ermittlungserkenntnissen des Zolls veranlasst wurden (in Mio. €) ²			

¹ Bei diesen Einnahmen handelt es sich ausschließlich um die des Bundes. In welchem Umfang die Länder Einnahmen z. B. aus Bußgeldverfahren, die im Einspruchsverfahren an die Amtsgerichte abgegeben wurden, erzielt haben, ist dem BMF nicht bekannt.

² Angaben der Länderfinanzverwaltungen, die der Zollverwaltung zur Verfügung gestellt wurden.

ZOLLBILANZ 2013

4 Bekämpfung der Markenund Produktpiraterie

Der Zoll hat im vergangenen Jahr verhindert, dass gefälschte Waren im Wert von 134 Mio. € in den Verkehr gebracht werden konnten. Davon stammten rund drei Viertel aus der Volksrepublik China und Hongkong. Am häufigsten geschmuggelt wurde persönliches Zubehör wie Taschen, Sonnenbrillen, Uhren und Schmuck sowie Schuhe und Bekleidung (vergleiche Tabellen 3 und 4).

Tabelle 3: Beschlagnahmen durch Zolldienststellen

	2011	2012	2013
Anträge auf Grenzbeschlagnahme	1 046	1137	1116
Fälle von Grenzbeschlagnahmen	23 635	23 883	26 127
Wert beschlagnahmter Waren (in Mio. €)	82,6	127,4	134,0
Anzahl beschlagnahmter Waren (in Tsd. Stück)	2 534,6	3 202,8	3 926,9

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Tabelle 4: Aufteilung auf Warenkategorien im Jahr 2013

Warenkategorie	Wert beschlagnahmter Waren in Mio. €	Anzahl beschlagnahmter Waren in Tsd. Stück	Anzahl der Beschlagnahmen
Persönliches Zubehör	46,06	509,60	4 853
	46,06	509,60	4 653
Sonnenbrillen und andere Brillen			
Taschen, Handtaschen, Reisegepäck, Zigarettenetuis und andere in Taschen mitgeführte ähnliche Artikel			
Uhren, Schmuck und anderes Zubehör			
Körperpflegeprodukte	22,84	1 024,84	812
Schuhe einschließlich Bestandteile und Zubehör	21,94	360,84	9 844
Sonstige	12,58	719,79	2 201
Maschinen und Werkzeuge			
Fahrzeuge, einschließlich Zubehör und Bauteile			
Bürobedarf			
Feuerzeuge			
Etiketten, Anhänger, Aufkleber			
Textile Waren			
Verpackungsmaterialien und andere Waren			
Spielzeug, Spiele (einschließlich elektronischer Spielekonsolen) und Sportgeräte	8,17	774,52	659
Elektrische/Elektronische Ausrüstung und Computerausrüstung	8,12	135,94	1 775
Mobiltelefone einschließlich technischem Zubehör und Teilen	5,56	188,00	1 849
Kleidung und Zubehör	5,39	77,11	3 677
CDs, DVDs, Kassetten	2,18	35,00	148
Arzneimittel	1,12	74,11	272
Nahrungsmittel, alkoholische Getränke und andere Getränke	0,03	24,80	22
Tabakerzeugnisse	0,01	2,16	15
Gesamt	134,00	3 926,89	26 127

ZOLLBILANZ 2013

5 Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität

Der Zoll zog insgesamt 22 Tonnen Rauschgift aus dem Verkehr. Neben der Kaudroge Khat mit 17 Tonnen stellten die Zöllner unter anderem 2,4 Tonnen Marihuana, über 1 Tonne Kokain, 725 Kilogramm Haschisch, 275 Kilogramm Opium und 128 Kilogramm Heroin sicher (vergleiche Tabelle 5). Die beschlagnahmte Menge an Metamphetamin (Crystal) hat sich mit 47 Kilogramm im Vergleich zu 2012 nahezu verdoppelt. Der Schutz der Gesellschaft vor Rauschgift bleibt eine der Kernaufgaben des Zolls.

6 Bekämpfung des Zigarettenschmuggels

Durch Aufgriffe des Zolls im vergangenen Jahr konnte verhindert werden, dass 147 Millionen Stück Zigaretten auf den deutschen Schwarzmarkt gelangten (vergleiche Tabelle 6).

Tabelle 5: Sichergestellte Betäubungsmittel

	2011	2012	2013	
	2011		2013	
		in kg		
Heroin	357	401	128	
Opium	111	31	275	
Kokain	1 625	1 059	1 052	
Amphetamine	532	313	319	
Metamphetamin (Crystal)	17	24	47	
Haschisch	1 215	800	725	
Marihuana	1 260	1 637	2 415	
Sonstige Betäubungsmittel	24 495	24 459	17 058	
	in Stück			
Amphetaminderivate	421 071	179 725	349 871	

 $\label{eq:Quelle:Bundesministerium} Quelle: Bundesministerium der Finanzen.$

Tabelle 6: Sichergestellte Zigaretten (in Mio. Stück)

2011	2012	2013
160	146	147

ZOLLBILANZ 2013

7 Barmittelkontrollen

Die Zollkontrollen des grenzüberschreitenden Barmittelverkehrs haben zum Ziel, Geldwäsche und die Finanzierung von Terrorismus zu verhindern. Im vergangenen Jahr stellten die Zöllner Zahlungsmittel von über einer halben Milliarde Euro vorläufig sicher, da die legale Herkunft zunächst nicht zu klären war. Zudem wurden Bußgelder von 10 Mio. € festgesetzt – vor allem, weil Reisende die Beträge nicht ordnungsgemäß anmeldeten (vergleiche Tabelle 7). In über 1800 Fällen gab der Zoll Belege (z. B. Kontoauszüge) auf ausländische Vermögensanlagen von

fast 346 Mio. € Euro an die Landesfinanzverwaltungen weiter.

8 Erhalt der Artenvielfalt

Der Zoll stellte in 1100 Fällen über 63 000 Exemplare geschützter Tier- und Pflanzenarten sowie daraus hergestellte Waren sicher (vergleiche Tabelle 8). Lebende Tiere werden dabei sehr oft unter unwürdigsten Bedingungen transportiert. Dabei kalkulieren die Schmuggler von vornherein den Tod eines Teils der Tiere bewusst ein. Der Zoll unterbindet auch weiterhin diese Tierquälerei.

Tabelle 7: Überwachung des grenzüberschreitenden Bargeld- und Barmittelverkehrs

	2011	2012	2013
Vorläufig sichergestellte Zahlungsmittel (in Mio. €)	14,4	9,3	573,0
Bußgeldbescheide	2 295	2 489	3 287
Festgesetzte Bußgelder (in Mio. €)	7,22	8,0	9,9

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Tabelle 8: Aufgriffe und Sicherstellungen im Bereich des Artenschutzes

	2011	2012	2013	
Aufgriffe	1 208	1 112	1 105	
Sicherstellungen (Tiere, Pflanzen, Objekte)	109 375	71 237	63 357	

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Aufschwung. Die aktuellen Wirtschaftsdaten deuten auf eine kräftige Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität im 1. Quartal 2014 hin. Angesichts der günstigen Wirtschaftsdaten erwartet die Bundesregierung einen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) in diesem Jahr um 1,8 %.
- Der Arbeitsmarkt profitiert von der günstigen Konjunkturlage. Die Arbeitslosenzahl ist im
 1. Quartal 2014 deutlich zurückgegangen. Der Beschäftigungsaufbau setzte sich auch begünstigt durch das milde Winterwetter beschleunigt fort.
- Die Preisniveauentwicklung verläuft in ruhigen Bahnen. Der Verbraucherpreisindex stieg im März um 1,0 % gegenüber dem Vorjahr an. Sinkende Energiepreise und nachlassende Teuerung von Nahrungsmitteln wirkten dämpfend.

Die wirtschaftlichen Aktivitäten sind im
1. Quartal 2014 den Indikatoren zufolge sehr
rege gewesen. Die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung ist in einen breit angelegten
Konjunkturaufschwung eingemündet. Deutliche
positive Impulse sind insbesondere seitens der
industriellen Expansion sowie der Ausweitung
der Bautätigkeit zu verzeichnen. Letztere
profitierte nicht zuletzt auch vom ungewöhnlich
milden Winter, der das Wirtschaftswachstum im
ersten Vierteljahr zwar überzeichnet. Gleichwohl
ist aber die konjunkturelle Grundtendenz –
ohne Berücksichtigung der positiven
Witterungseffekte – deutlich aufwärtsgerichtet.

Wegen der witterungsbedingten Überzeichnung der wirtschaftlichen Aktivität im 1. Vierteljahr wird es im nachfolgenden Quartal in saisonbereinigter Betrachtung im Vorquartalsvergleich zu einem Rückpralleffekt kommen. Dieser technische Effekt darf allerdings nicht als eine Verlangsamung der konjunkturellen Gangart interpretiert werden. Für eine anhaltende wirtschaftliche Expansion spricht zum einen die aufwärtsgerichtete Entwicklungstendenz der "härteren" Konjunkturindikatoren. Zum anderen schauen die Unternehmen weiterhin optimistisch in die Zukunft. Zwar kam es zuletzt zu einer Verschlechterung

der Erwartungskomponenten beim ifo Test (ifo Geschäftserwartungen). Dies sind aber zum Teil Korrekturen vorangegangener Übertreibungen. Auch könnten verschiedene Einflussfaktoren - wie die Krise in der Ukraine, wirtschaftliche Probleme in einigen Schwellenländern und die Euroaufwertung die Unternehmen zu vorsichtigeren Einschätzungen bewegt haben. Gleichwohl sind die Erwartungsniveaus weiterhin hoch. Die Stimmung der Unternehmen und Konsumenten ist nach wie vor gut. Sie signalisiert - zusammen mit dem Aufwärtstrend anderer in die Zukunft reichender Wirtschaftsdaten – wie vor allem die Auftragseingänge in der Industrie – eine Fortsetzung der konjunkturellen Expansion in Deutschland.

Vor dem Hintergrund der günstigen gesamtwirtschaftlichen Fundamentaldaten geht die Bundesregierung davon aus, dass sich Deutschland in einem Aufschwung befindet, der im weiteren Jahresverlauf zunehmend an Breite gewinnen wird. So erwartet die Bundesregierung in ihrer Frühjahrsprojektion für das laufende Jahr ein jahresdurchschnittliches reales Wirtschaftswachstum von 1,8 %. Im nächsten Jahr wird der Anstieg des BIP wahrscheinlich etwas

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

höher ausfallen. Für beide Jahre stimmen die Erwartungen damit im Wesentlichen mit der Jahresprojektion der Bundesregierung und der Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute überein. Der Internationale Währungsfonds (IWF) geht in seinem jüngsten "World Economic Outlook" (WEO) für Deutschland von geringfügig niedrigeren Wachstumsraten aus.

Allen Projektionen wird die Einschätzung zugrunde gelegt, dass die Binnennachfrage eine wichtige Wachstumsstütze bleibt. Die Bundesregierung erwartet in diesem Jahr einen deutlichen Anstieg des privaten Konsums um preisbereinigt 1,5% (2015: +1,7%). Maßgeblich hierfür ist eine beschleunigte Zunahme der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte. Sie profitieren von einer hohen Dynamik des Anstiegs der Durchschnittsverdienste der Arbeitnehmer. Auch die vorgesehene Ausweitung der monetären Sozialleistungen – insbesondere aufgrund steigender Renten – sowie das zu erwartende deutliche Plus bei den Selbständigen- und Vermögenseinkommen begünstigen die Einkommenssituation der privaten Haushalte. Zusätzlich wird die Kaufkraft dadurch gestärkt, dass die Preisniveauentwicklung auf der Konsumentenstufe in ruhigen Bahnen verläuft. Die Ausweitung der Staatlichen Konsumausgaben trägt ebenfalls zum BIP-Anstieg bei. Die Investitionen werden sich in diesem Jahr erholen. Dies lassen u. a. die günstigen Rahmenbedingungen erwarten. Hierzu gehören verbesserte Absatzperspektiven, eine gute Gewinnsituation der Unternehmen sowie, insbesondere aufgrund der Niedrigzinsphase, günstige Finanzierungsmöglichkeiten. Die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe befand sich im 1. Quartal im Bereich des langjährigen Durchschnitts. Damit dürfte das Erweiterungsmotiv allmählich wieder an Bedeutung gewinnen. Die Bauinvestitionen werden in diesem Jahr sowohl im gewerblichen als auch im öffentlichen Bereich deutlich steigen. Die Ausweitung des Wohnungsbaus wird dabei von Einkommenszuwächsen

der privaten Haushalte sowie den nach wie vor niedrigen Zinsen begünstigt. Vom Wirtschaftsbau sind ebenfalls deutlich positive Wachstumsimpulse zu erwarten.

Die Einfuhren werden voraussichtlich beflügelt durch die zunehmende Inlandsnachfrage – stärker ansteigen als die Exporte. Der rechnerische Wachstumsbeitrag des Außenhandels wird damit bei nahe Null liegen. Das bedeutet jedoch nicht, dass von der Auslandsnachfrage keine Wachstumsimpulse ausgehen. Das Gegenteil ist der Fall: Über verschiedene Transmissionskanäle springen die außenwirtschaftliche Impulse auf die Binnennachfrage über, vor allem durch zusätzliche Investitionen sowie durch positive Beschäftigungs- und Einkommenseffekte, die schlussendlich zu mehr privatem Konsum führen. Die deutschen Exporteure profitieren von der erwarteten weltwirtschaftlichen Erholung. Der IWF geht in seinem WEO von einem Anstieg des globalen Wachstums von 3,6 % in diesem und 3,9 % im nächsten Jahr aus. Dabei werden voraussichtlich von den fortgeschrittenen Volkswirtschaften deutliche Wachstumsimpulse ausgehen. Insbesondere für den Euroraum und die Vereinigten Staaten prognostizierte der IWF einen beschleunigten BIP-Anstieg. Der Leading Indicator der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) stützt diese Erwartungen. Er stabilisierte sich bezogen auf alle OECD-Länder, wobei sich vor allem die Aussichten für den Euroraum deutlich verbesserten. Die Perspektiven für die Schwellenländer schwächten sich mit Ausnahme von China leicht ab. Auch die vom ifo Institut befragten deutschen Unternehmen erwarten für die nächsten Monate gute Exportgeschäfte (ifo Exporterwartungen).

Zu Beginn dieses Jahres schwächte sich die Auslandsnachfrage in der Industrie allerdings etwas ab. Dies war insbesondere auf einen deutlichen Rückgang der Auftragseingänge für Investitionsgüter zurückzuführen. Die Auslandsnachfrage befindet sich zwar weiterhin auf hohem Niveau, der tendenzielle Aufwärtstrend fällt jedoch etwas verhaltener

☐ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2013	Verände			erung in % gegenüber			
Gesamtwirtschaft/Einkommen	Mrd.€	ggü. Vorjahr	Vorperiode saison bereinigt				Vorjahr		
	bzw. Index	in%	2. Q. 13	3. Q. 13	4. Q. 13	2. Q. 13	3. Q. 13	4. Q. 13	
Bruttoinlandsprodukt									
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	111,6	+0,4	+0,7	+0,3	+0,4	+0,9	+1,1	+1,3	
jeweilige Preise	2 738	+2,7	+1,6	+0,6	+0,7	+3,4	+3,4	+3,4	
Einkommen									
Volkseinkommen	2 1 1 9	+3,1	+2,5	+0,1	+0,7	+4,1	+3,6	+4,4	
Arbeitnehmerentgelte	1 416	+2,8	+0,8	+0,8	+0,6	+2,7	+2,9	+2,6	
Unternehmens- und									
Vermögenseinkommen	703	+3,9	+6,1	-1,2	+1,1	+7,2	+4,9	+8,9	
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1717	+2,2	+1,0	+0,9	+0,4	+2,5	+3,1	+2,5	
Bruttolöhne und -gehälter	1 161	+3,0	+1,0	+0,8	+0,4	+2,9	+3,2	+2,8	
Sparen der privaten Haushalte	174	-1,3	+0,6	+1,0	+0,9	-2,4	-0,2	+1,5	
		2013			Veränderung ir	n % gegenüb	er		
Außenhandel/Umsätze/Produktion/	Mrd.€	ggü.Vorjahr	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr ¹			
Auftragseingänge	bzw. Index	in%	Jan 14	Feb 14	Zweimonats- durchschnitt	Jan 14	Feb 14	Zweimonats- durchschnitt	
in jeweiligen Preisen									
Außenhandel (Mrd. €)									
Waren-Exporte	1 094	-0,2	+2,2	-1,3	+1,0	+2,9	+4,6	+3,8	
Waren-Importe	896	-1,1	+4,1	+0,4	+3,6	+1,5	+6,5	+4,0	
in konstanten Preisen von 2010									
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)	106,3	+0,0	+0,7	+0,4	+1,0	+4,9	+4,8	+4,9	
Industrie ²	107,8	+0,3	+0,3	+0,5	+0,6	+4,4	+4,5	+4,5	
Bauhauptgewerbe	105,5	-0,3	+4,5	-0,1	+5,5	+14,2	+14,1	+14,1	
Umsätze im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)									
Industrie ²	105,7	-0,1	+2,0	-1,0	+1,3	+6,6	+5,0	+5,7	
Inland	103,2	-1,5	+2,1	-0,6	+1,5	+4,2	+3,9	+4,0	
Ausland	108,5	+1,4	+2,1	-1,5	+1,2	+9,1	+6,0	+7,5	
Auftragseingang (Index 2010 = 100)									
Industrie ²	105,7	+2,4	+0,1	+0,6	+0,5	+7,0	+6,1	+6,6	
Inland	101,4	+0,5	+2,0	+1,2	+1,5	+4,2	+4,3	+4,2	
Ausland	109,1	+3,9	-1,3	+0,2	-0,4	+9,2	+7,5	+8,3	
Bauhauptgewerbe	111,3	+2,2	+4,8		+4,1	+9,7	<u> </u>	+11,2	
Umsätze im Handel (Index 2010 = 100)									
Einzelhandel (ohne Kfz und mit Tankstellen)	101,4	+0,2	+1,7	+1,3	+1,6	+0,9	+2,0	+1,5	
Handel mit Kfz	102,1	-1,0	+2,1		+1,9	+6,4		+6,9	

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2013		Ve	eränderung in Ta	usend gege	nüber		
Arbeitsmarkt	Mio.	ggü. Vorjahr	Vorperiode saisonbereinigt Vorjahr						
	Personen	in %	Jan 14	Feb 14	Mrz 14	Jan 14	Feb 14	Mrz 14	
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,95	+1,8	-27	-15	-12	-2	-18	-43	
Erwerbstätige, Inland	41,84	+0,6	+44	+48		+292	+314		
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	29,27	+1,2	+67			+414			
		2013	Veränderung in % gegenüber						
Preisindizes 2010 = 100	Index	ggü. Vorjahr in %	Vorperiode Vorjahr						
20.0	ilidex		Jan 14	Feb 14	Mrz 14	Jan 14	Feb 14	Mrz 14	
Importpreise	105,9	-2,6	-0,1	-0,1		-2,3	-2,7		
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	106,9	-0,1	-0,1	+0,0		-1,1	-0,9		
Verbraucherpreise	105,7	+1,5	-0,6	+0,5	+0,3	+1,3	+1,2	+1,0	
ifo Geschäftsklima				saisonbere	inigte Salden				
gewerbliche Wirtschaft	Aug 13	Sep 13	Okt 13	Nov 13	Dez 13	Jan 14	Feb 14	Mrz 14	
Klima	+7,8	+8,2	+7,7	+11,3	+11,5	+13,7	+14,9	+13,8	
Geschäftslage	+12,7	+11,4	+11,3	+13,2	+11,8	+13,4	+17,1	+18,6	
Geschäftserwartungen	+3,1	+5,1	+4,1	+9,5	+11,1	+14,0	+12,7	+9,0	

¹ Produktion arbeitstäglich, Umsatz, Auftragseingang Industrie kalenderbereinigt, Auftragseingang Bauhauptgewerbe saisonbereingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut.

aus als im Schlussquartal 2013. So zeigten auch die nominalen Warenausfuhren in saisonbereinigter Betrachtung im Januar/ Februar gegenüber November/Dezember eine leichte Abflachung der aufwärtsgerichteten Entwicklung. Das Vorjahresniveau wurde nach Ursprungswerten im Januar/Februar jedoch deutlich übertroffen. Am kräftigsten nahmen die Ausfuhren in die Länder der Europäischen Union (EU) außerhalb des Euroraums zu (+10,8 % gegenüber dem Vorjahr). Auch die Exporte in den Euroraum zogen kräftig an (+3,4 %), während die Ausfuhren in Drittländer nur leicht ausgeweitet wurden (+0,7 %).

Die nominalen Wareneinfuhren stiegen saisonbereinigt im Februar den zweiten Monat in Folge und zeigten im Zweimonatsvergleich einen deutlichen Aufwärtstrend. Auch im Vorjahresvergleich war eine deutliche Zunahme des Wertes der eingeführten Waren zu beobachten. Sie betrug für Einfuhren aus der EU 6,3 %, wobei es nahezu keinen Unter-

schied der Steigerungsrate für den Euroraum und den Nicht-Euroraum der EU gab. Die Einfuhren aus Drittländern stagnierten dagegen, wobei am aktuellen Rand (Februar) erstmals seit Juli 2013 wieder mehr Waren eingeführt worden sind als im entsprechenden Vorjahresmonat.

Die Einfuhrtätigkeit insgesamt dürfte von der Zunahme der industriellen Aktivität begünstigt worden sein. Die deutsche Industrie konnte ihr Produktionsergebnis in den ersten beiden Monaten des neuen Jahres merklich erhöhen. Hierzu trugen sowohl die Ausweitung der Vorleistungs- als auch der Investitionsgüterproduktion bei. Die Investitionsgüterherstellung gab zwar im Februar marginal nach, beschleunigte sich aber im Zweimonatsvergleich gegenüber dem Schlussquartal 2013. Im Januar/Februar gegenüber November/Dezember wurden die hergestellten Erzeugnisse dem Umsatz in der Industrie zufolge vermehrt sowohl

²Ohne Energie.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

im Inland als auch im Ausland abgesetzt. Dies war vor allem auf Umsatzsteigerungen bei Vorleistungs- und Investitionsgütern zurückzuführen.

Auch für den Quartalsschluss deuten die Indikatoren auf eine Ausweitung der industriellen Aktivität hin. So ist der Auftragseingang in der Industrie aufwärtsgerichtet. Der spürbare Anstieg der Produktion von Vorleistungsgütern spricht als ein weiterer Indikator für zukünftige Produktion ebenfalls für ein Anziehen der industriellen Erzeugung.

Darüber hinaus verbesserte sich die ifo Geschäftslage im März den dritten Monat in Folge. Der Teilindex Produktion der Einkaufsmanagerumfrage von Markit gab zwar im Februar und März nach. Er liegt aber sehr deutlich über dem zehnjährigen Durchschnitt und über dem Indexwert von 50, der Wachstum im Verarbeitenden Gewerbe signalisiert. Für den weiteren Jahresverlauf sind den aufwärtsgerichteten Auftragseingängen aus dem Inland zufolge positive Wachstumsimpulse von der Binnenkonjunktur zu erwarten. Angesichts des Anstiegs der inländischen Investitionsgüterbestellungen dürfte dabei eine zunehmende Investitionsgüterproduktion das Wirtschaftswachstum stützen. Dafür sprechen auch die im 1. Vierteljahr gegenüber dem Schlussquartal deutlich optimistischeren ifo Geschäftserwartungen der Investitionsgüterhersteller.

Die Bauproduktion stagnierte im Februar nahezu, allerdings auf hohem Niveau.

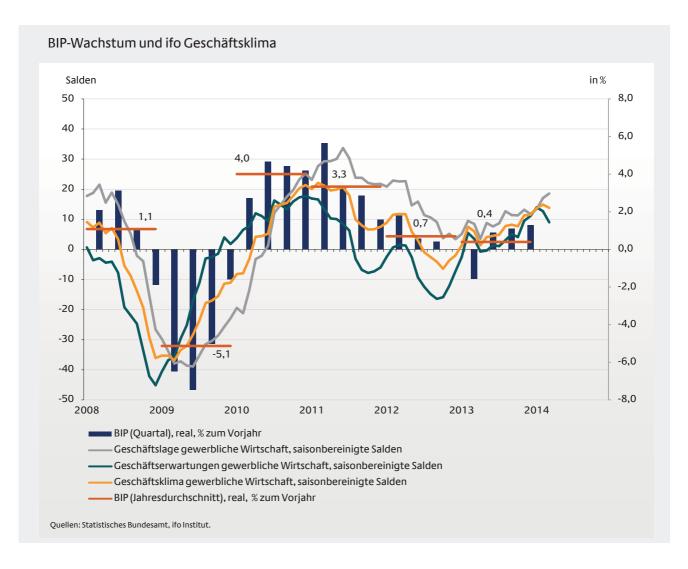
Zusammen mit dem kräftigen Anstieg im Januar zeigt sich jedoch ein deutlicher Aufwärtstrend, der aus allen drei Bereichen - Ausbaugewerbe, Tiefbau und Hochbau - resultiert. Die in die Zukunft weisenden Indikatoren zeichnen ein differenziertes Bild. Die saisonbereinigten "harten" Wirtschaftsdaten wie der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe und die Baugenehmigungen sind im Dezember/ Januar gegenüber der Vorperiode kräftig angestiegen. Die ifo Geschäftserwartungen waren dagegen im März den zweiten Monat

in Folge rückläufig, befinden sich jedoch im Vergleich zum zehnjährigen Durchschnitt auf einem hohen Niveau. Insgesamt überwiegen die Signale, die auch für die nächsten Monate auf eine weitere Ausweitung der Bauproduktion hindeuten.

Der private Konsum dürfte sich – nach einem schwachen Schlussquartal – im 1. Vierteljahr wieder als wichtige Wachstumsstütze erwiesen haben. Dafür spricht zum einen nach Ausschaltung von Saisoneinflüssen ein deutlicher Anstieg des Einzelhandelsumsatzes ohne Kfz in den ersten beiden Monaten dieses Jahres. Im Zweimonatsvergleich zeigt sich damit ein Aufwärtstrend. Auch die Neuzulassungen für private Pkw legten im gleichen Zeitraum leicht zu. Zum anderen zeigt die Verbesserung des GfK-Konsumklimas um einen Punkt im 1. Quartal gegenüber dem Schlussquartal eine rege Konsumtätigkeit der privaten Haushalte an. Diese wurde durch günstige Rahmenbedingungen wie eine stabile Arbeitsmarktentwicklung, ein ruhiges Preisklima, steigende Einkommen sowie niedrige Zinsen begünstigt. Für den Beginn des 2. Quartals erwarten das GfK, dass die Verbraucherstimmung auf diesem überdurchschnittlich hohen Niveau verbleibt. Dabei wird die Bereitschaft, Anschaffungen zu tätigen, laut Umfrage nochmals zulegen, während die Sparneigung auf sehr niedrigem Niveau leicht geringer ausfällt. Die optimistische Stimmung der Verbraucher spricht zusammen mit dem anhaltenden Beschäftigungsaufbau und den Einkommensverbesserungen – bei moderatem Preisniveauanstieg – dafür, dass vom privaten Konsum weiterhin deutliche Wachstumsimpulse zu erwarten sind.

Die günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist vor allem Ausdruck der Expansion der gesamtwirtschaftlichen Aktivität der deutschen Wirtschaft. Im März 2014 setzte sich der im Dezember des vergangenen Jahres begonnene Rückgang der Arbeitslosenzahl fort. Nach Ursprungswerten betrug die Zahl registrierter arbeitsloser Personen im März 3,06 Millionen. Das Vorjahresniveau wurde

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT



deutlich unterschritten. Die entsprechende Arbeitslosenquote lag bei 7,1% und damit 0,2 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl verringerte sich im März ebenfalls. Insgesamt ging die Arbeitslosigkeit im 1. Quartal 2014 gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt um 52 000 Personen zurück. Begünstigend wirkte neben dem konjunkturellen Einfluss ebenfalls das ungewöhnlich milde Winterwetter. Dies geht u. a. daraus hervor, dass sich die Chancen, eine Arbeit zu bekommen, für Personen mit Bauberufen zuletzt deutlich verbessert hat.

Aber nicht nur in vom Wetter besonders abhängigen Bereichen wurde zusätzlich Personal eingestellt. Insgesamt nahm die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung daher im Januar in saisonbereinigter Betrachtung um 67 000 Personen zu. Nach Ursprungswerten wurde das Vorjahresniveau um 1,4% überschritten. Die Erwerbstätigkeit insgesamt weist eine höhere Dynamik auf als zum Ende des vergangenen Jahres. Die saisonbereinigte Erwerbstätigenzahl nahm im Februar deutlich um 48 000 Personen zu. Nach Ursprungswerten waren im Februar 41,69 Millionen Personen erwerbstätig (Inlandskonzept). Das waren 0,8 % mehr als vor einem Jahr.

Die Nachfrage nach Arbeitskräften dürfte – angesichts der erwarteten konjunkturellen Aufwärtsbewegung – auch in diesem Jahr hoch bleiben. Dafür spricht der leichte Aufwärtstrend des BA-X-Stellenindex. Auch die Ergebnisse des ifo Beschäftigungsbarometers lassen einen weiteren Beschäftigungsaufbau

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

erwarten. Dabei sind insbesondere die Personalpläne im Dienstleistungsbereich leicht expansiv ausgerichtet. Die deutsche Wirtschaft profitiert von Zuwanderung und einer Zunahme der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren. Angesichts des bereits erreichten hohen Beschäftigungsniveaus, der demografisch bedingten Belastungen des Arbeitskräfteangebots und möglicher dämpfender Effekte der Rente mit 63 wird der Beschäftigungsaufbau in diesem Jahr gemäß Frühjahrsprojektion der Bundesregierung mit voraussichtlich 0,6 % jedoch in gleicher Höhe erfolgen wie im vergangenen Jahr.

Der Verbraucherpreisindex (VPI) für Deutschland überschritt im März 2014 das Vorjahresniveau um 1,0 %. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr fiel so gering aus wie zuletzt im August 2010. Im Vorjahresvergleich gaben die Energiepreise weiter nach (-1,6%), aber in geringerem Ausmaß als im Februar. Preisdämpfend wirkte dabei vor allem die Verbilligung von Heizöl und Kraftstoffen. Der Rohölpreis der Sorte Brent in US-Dollar lag im März zwar nur noch 1,1% unter Vorjahresniveau – nach rund - 6 ¼% im Februar. Aber der Euro wertete gleichzeitig gegenüber dem Dollar sehr deutlich auf (+6,8%), sodass die Importpreise für Rohöl deutlich gesenkt wurden.

Der vergleichsweise niedrige Anstieg des Verbraucherpreisniveaus ist auch

darauf zurückzuführen, dass die Nahrungsmittelpreise nicht mehr so stark angestiegen waren wie in den Monaten zuvor. So verringerte sich die Teuerungsrate für Nahrungsmittel von dem Höchststand von 5,7% im Juli 2013 auf jetzt 2,2%.

Auf den dem Verbrauch vorgelagerten Stufen wirken die rückläufigen Preise für Rohöl und Mineralölprodukte immer noch deutlich dämpfend. Der Erzeugerpreisindex unterschritt im Februar das Vorjahresniveau um 0,9 %. Ohne Berücksichtigung von Energie wäre das Preisniveau nur um 0,3 % zurückgegangen. Die Importpreise gingen im Februar deutlicher zurück als im Januar (-2,7 % nach -2,3 %). Ohne Erdöl und Mineralölerzeugnisse lagen die Importpreise nur 1,8 % unter dem Vorjahresniveau.

Angesichts der noch rückläufigen
Erzeuger- und Importpreise wird in diesem
Jahr die Preisniveauentwicklung auf der
Verbraucherstufe voraussichtlich in ruhigen
Bahnen verlaufen, trotz der zu erwartenden
Nachfrageausweitung im Zuge des
Konjunkturaufschwungs in Deutschland sowie
der erwarteten Erholung der Weltwirtschaft.
Der VPI wird in diesem Jahr voraussichtlich
um 1,4% und im nächsten Jahr um 1,9%
steigen. Deflationäre Tendenzen sind somit
nicht zu erkennen. Die Kerninflationsrate
wird dabei deutlich über ihrem langjährigen
Durchschnitt liegen.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im März 2014

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im März 2014

Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im März 2014 im Vorjahresvergleich um 7,2 % gestiegen. Neben den gemeinschaftlichen Steuern (+ 6,8 %) konnten in diesem Monat auch die reinen Bundessteuern (+ 6,9 %) einen erheblichen Beitrag zum Aufkommensanstieg leisten. Die Ländersteuern übertrafen das Vorjahresniveau sogar um 22,7 %. Zu den Mehreinnahmen bei den gemeinschaftlichen Steuern haben insbesondere die Lohnsteuer, die veranlagte Einkommensteuer und auch die Steuern vom Umsatz beigetragen.

Das Aufkommen des Bundes stieg um 6,7%. Der Zuwachs wurde durch den höheren Abfluss von EU-Eigenmitteln (+ 12,0%) gebremst. Die Länder konnten einen Aufkommenszuwachs in Höhe von 7,1% verbuchen. Die Einnahmen der Gemeinden aus gemeinschaftlichen Steuern stiegen – aufgrund des guten Ergebnisses bei der Lohnund Einkommensteuer – sogar um 8,5%.

In den Monaten Januar bis März ist das Steueraufkommen (ohne reine Gemeindesteuern) kumuliert um 3,7% angewachsen. Die gemeinschaftlichen Steuern überschritten das Vorjahresniveau um 4,1%. Die Bundessteuern lagen immer noch leicht um 0,4% unter dem Vorjahresniveau, die Ländersteuern wiesen Mehreinnahmen in Höhe von 15,2% auf. Die Einnahmen des Bundes stiegen um 2,6% an. Der Abruf von EU-Eigenmitteln erhöhte sich um 3,7%. Der Zuwachs der Einnahmen der Länder betrug 4,4%

Die Kasseneinnahmen der Lohnsteuer weisen im März 2014 mit + 7,5 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum wie bereits in den Vormonaten einen starken Zuwachs auf. Die aus dem Aufkommen der Lohnsteuer zu leistenden Zahlungen von Kindergeld (- 0,7 %) blieben hingegen leicht unter dem Niveau des Vorjahresmonats und verstärkten

somit das Wachstum der kassenmäßigen Lohnsteuereinnahmen. Brutto – vor Abzug des Kindergeldes – weist die Lohnsteuer einen Anstieg von 5,7% auf. Basierend auf einer weiterhin auf hohem Niveau weiter expandierenden Beschäftigung ist die Entwicklung des Aufkommens vor allem auf Lohnsteigerungen zurückzuführen. Das Kassenaufkommen der Lohnsteuer lag kumuliert im Zeitraum Januar bis März 2014 um 7,0% über dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Die Kasseneinnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer überschritten im März 2014 das Ergebnis des Vorjahresmonats um 9,0%. Die Zahlungen an Eigenheimzulagen mit einem relativ geringen Volumen von 0,15 Mrd. € erfolgten nach Auslaufen des regulären Förderzeitraums im Jahr 2013 nur noch für Fälle, bei denen sich der Beginn des Förderzeitraums verzögert hatte. Die Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 Einkommensteuergesetz stiegen um 19,5% an. Das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer brutto, also vor Abzug von Arbeitnehmererstattungen, Eigenheimzulage und Investitionszulage stieg um 6,2 %. Während Nachzahlungen und Erstattungen (ohne Arbeitnehmererstattungen) jeweils nur leichte Zuwächse zu verzeichnen hatten, ergab sich bei den Vorauszahlungen - insbesondere für das laufende Jahr – nochmals ein erheblicher Anstieg. Das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer lag um gut 900 Mio. € über dem Vorjahresniveau. In kumulierter Betrachtung ist im Zeitraum Januar bis März 2014 nunmehr ein Anstieg der Kasseneinnahmen um insgesamt 9,8 % auf 11,8 Mrd. € zu verzeichnen.

Die kassenmäßigen Einnahmen aus der Körperschaftsteuer lagen im Berichtsmonat März 2014 mit 1,9% nur geringfügig über dem Niveau des Vorjahresmonats. Die Voraus-

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im März 2014

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2014	März	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis März	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2014 ⁴	Veränderun ggü. Vorjah
	in Mio €	in%	in Mio €	in %	in Mio €	in %
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	12 165	+7,5	39 035	+7,0	166 100	+5,0
veranlagte Einkommensteuer	11 028	+9,0	11 808	+9,8	44 050	+4,2
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 042	+1,6	3 036	+0,4	15 795	-8,5
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	598	+44,3	3 451	-3,5	8 737	+0,8
Körperschaftsteuer	5 436	+1,9	5610	-6,7	20 710	+6,2
Steuern vom Umsatz	14797	+5,7	50 533	+2,8	204 500	+3,9
Gewerbesteuerumlage	5	+11,8	98	+13,3	4 043	+6,3
erhöhte Gewerbesteuerumlage	1	-22,2	36	-6,8	3 438	+5,7
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	45 073	+6,8	113 607	+4,1	467 373	+3,9
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 061	+3,6	4675	+0,1	39 150	-0,5
Tabaksteuer	962	+14,5	2 477	+15,7	14050	+1,7
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	135	-12,7	556	-4,1	2 080	-1,1
Versicherungsteuer	1 157	+81,7	5 642	+3,9	11 750	+1,7
Stromsteuer	571	-7,3	1 550	-13,7	7 000	-0,1
Kraftfahrzeugsteuer	536	-26,4	1 861	-19,2	8 485	-0,1
Luftverkehrsteuer	65	+6,0	164	-10,1	970	-0,9
Kernbrennstoffsteuer	0	Х	0	Х	1 300	+1,2
Solidaritätszuschlag	1 667	+2,6	3 577	+3,0	14850	+3,3
übrige Bundessteuern	100	-3,6	391	-0,2	1 483	+0,6
Bundessteuern insgesamt	8 255	+6,9	20 893	-0,4	101 118	+0,7
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	510	+38,4	1314	+30,5	4571	-1,3
Grunderwerbsteuer	845	+23,2	2 3 8 5	+11,3	8 775	+4,5
Rennwett- und Lotteriesteuer	149	+11,2	460	+9,1	1 640	+0,3
Biersteuer	45	+16,0	153	+8,7	668	-0,1
Sonstige Ländersteuern	125	-8,4	168	-4,1	394	+0,7
Ländersteuern insgesamt	1 673	+22,7	4 481	+15,2	16 048	+2,1
EU-Eigenmittel						
Zölle	357	+4,8	1 053	+1,4	4 250	+0,4
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	337	+97,1	1 684	+97,1	4140	+98,8
BNE-Eigenmittel	1 752	+3,5	8 758	-4,9	22 930	-7,5
EU-Eigenmittel insgesamt	2 445	+10,9	11 495	+3,5	31 320	+0,7
Bund ³	25 226	+6,7	58 324	+2,6	268 958	+3,5
Länder ³	23 840	+7,1	61 166	+4,4	251 858	+3,1
EU	2 445	+10,9	11 495	+3,5	31 320	+0,7
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	3 846	+8,5	9 049	+6,5	36 653	+4,6
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	55 358	+7,2	140 035	+3,7	588 789	+3,3

¹Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

 $^{^2\,} Nach\, Abzug\, der\, Kindergelderstattung\, durch\, das\, Bundeszentralamt\, für\, Steuern.$

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vergleiche Fußnote 1).

 $^{^4\,}Ergebnis\,Arbeitskreis\,"Steuerschätzungen"\,vom\,November\,2013.$

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im März 2014

zahlungen verharren auf hohem Niveau. Der Saldo aus Erstattungen und Nachzahlungen fiel etwas günstiger aus als im Vorjahreszeitraum – dies führte zu dem leichten Anstieg der Kasseneinnahmen in diesem Monat. Kumuliert ergibt sich für den Zeitraum Januar bis März aufgrund des schlechten Februar-Ergebnisses ein Rückgang um 6,7%.

Die Einnahmen aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag brutto stiegen im März gegenüber dem Vorjahresmonat um 20,3 % (0,2 Mrd. €). Da die vom Aufkommen abgezogenen Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern jedoch ebenfalls um circa 0,2 Mrd. € anstiegen, ergaben sich nur geringfügige Änderungen beim Kassenaufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (+1,6 %). Kumuliert weist das Kassenaufkommen im 1. Vierteljahr einen Zuwachs um 0,4 % auf.

Die Einnahmen aus der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge verzeichneten zwar im März 2014 einen Anstieg um 44,3 %. Aufgrund des erheblichen Aufkommensrückgangs im Januar ergibt sich für den Zeitraum Januar bis März 2014 allerdings immer noch ein Minus von 3,5 %.

Die Steuern vom Umsatz übertrafen im Berichtsmonat März 2014 das Vorjahresniveau um 5,7%. Dies ist für das laufende Jahr die bisher höchste Zuwachsrate. Sowohl die Einfuhrumsatzsteuer (+ 3,8 %) als auch das Aufkommen aus der (Binnen-)Umsatzsteuer (+6,4%) hatten Zuwächse zu verzeichnen. Die erheblichen Schwankungen des monatlichen Aufkommens lassen jedoch noch keinen eindeutigen Trend erkennen. Die Betrachtung der Quartalsergebnisse lässt vermuten, dass die rückläufige Entwicklung der Einfuhrumsatzsteuer im Vorjahresvergleich – basisbedingt – beendet ist (4. Quartal 2013 noch - 4,3 %; 1. Quartal 2014: - 0,6 %). Dies stabilisiert auch das Aufkommen der inländischen Umsatzsteuer, welches allerdings mit + 3,8 % noch unter dem Zuwachs des Jahres 2013 (+4,1%) liegt.

Der kräftige Zuwachs der inländischen Umsatzsteuer im aktuellen Monat sollte nicht überbewertet werden. Die erheblichen Unterschiede in den Zuwachsraten zwischen den einzelnen Ländern – teilweise waren sogar Aufkommensrückgänge zu verzeichnen – lässt auf eine Reihe von besonderen Einflüssen schließen, die auf das Aufkommen einwirkten und eine Interpretation der Entwicklungstendenzen erschweren. Für die Steuern vom Umsatz im 1. Quartal 2014 ergibt sich mit 2,8 % Zuwachs im Vergleich zur Entwicklung im Vorjahr (1. Quartal 2013: +0,4 %; Jahr 2013: +1,1 %) ein positives Bild; die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten.

Die reinen Bundessteuern verbuchten im März 2014 im Vorjahresvergleich erhebliche Mehreinnahmen (+ 6,9 %). Im Wesentlichen ist diese günstige Entwicklung ein Spiegelbild des starken Rückgangs im Vormonat (Februar 2014: - 8,2 %).

Die aufgrund der Umstellung des Zahlungsverkehrs auf das SEPA-Verfahren im Februar nicht mehr zugeflossenen Versicherungsteuerbeträge (circa 0,35 Mrd. €) sind nunmehr im März verbucht worden und haben dazu beigetragen, dass das Aufkommen der Versicherungsteuer in diesem Monat um 81,7 % anstieg. Auch bei der Tabaksteuer konnten die in Verbindung mit der Steuersatzerhöhung zum 1. Januar 2014 stehenden Einnahmeausfälle im Februar (-11,9%) nunmehr im aktuellen Monat wieder ausgeglichen werden (+ 14,5 %). Bei der Kraftfahrzeugsteuer (- 26,4%) führt die fortlaufende Überführung in die Bundesverwaltung weiterhin zu temporären Einnahmeausfällen. In diesem Monat wurden die Daten aus weiteren fünf Ländern zum Bund migriert. Bei der Energiesteuer (+3,6%), der Luftverkehrsteuer (+6,0%) und beim Solidaritätszuschlag (+ 2,6 %) waren Mehreinnahmen zu verzeichnen. Die Stromsteuer weist einen Rückgang um 7,3% auf. In kumulierter Betrachtung (Januar bis März 2014) liegen die reinen Bundessteuern immer noch um 0,4% unter dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im März 2014

Die reinen Ländersteuern nahmen im Berichtsmonat gegenüber dem Vorjahresmonat um 22,7 % zu. Getragen wurde diese Entwicklung von fast allen Einzelsteuern, insbesondere von der Erbschaftsteuer (+ 38,4 %), der Grunderwerbsteuer (+ 23,2 %) und der Rennwett- und Lotteriesteuer (+11,2%) sowie der Biersteuer (+16,0%). Lediglich die Feuerschutzsteuer (-8,3%) weist Mindereinnahmen aus. Im Zeitraum Januar bis März 2014 stiegen die Ländersteuern insgesamt um 15,2%.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich März 2014

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich März 2014

Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben des Bundes beliefen sich bis einschließlich März 2014 auf 80,1 Mrd. €. Sie liegen mit einem Anstieg von 0,3 Mrd. € (+ 0,4 %) leicht über dem Niveau vom März 2013.

Einnahmeentwicklung

Die Einnahmen lagen bis einschließlich März mit 63,2 Mrd. € um 2,7 Mrd. € (+4,5 %) über dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums. Die Steuereinnahmen des Bundes betrugen 56,7 Mrd. € und lagen um 1,5 Mrd. € (+2,8 %) über dem Ergebnis vom März 2013. Die übrigen Verwal-

tungseinnahmen lagen mit 6,5 Mrd. € um 1,2 Mrd. € über dem Märzergebnis von 2013.

Finanzierungssaldo

Die Aussagekraft der Zahlen zu Jahresbeginn ist gering. Der unterjährige Finanzierungssaldo und der jeweilige Kapitalmarktsaldo sind keine Indikatoren, aus denen sich die erforderliche Nettokreditaufnahme am Jahresende belastbar kalkulieren lässt. Erst zum Ende des Haushaltsjahres sind Tendenzaussagen zur voraussichtlichen Höhe der Nettokreditaufnahme möglich. Bis einschließlich März 2014 betrug der Finanzierungssaldo – 16,9 Mrd. €.

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Ist 2013	Regierungsentwurf 2014 ¹	Ist-Entwicklung ² März 2014
Ausgaben (Mrd. €)	307,8	298,5	80,1
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+0,4
Einnahmen (Mrd. €)	285,5	291,8	63,2
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+4,5
Steuereinnahmen (Mrd. €)	259,8	268,9	56,7
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+2,8
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-22,3	-6,7	-16,9
Finanzierung durch:	22,3	6,7	16,9
Kassenmittel (Mrd. €)	-	•	24,1
Münzeinnahmen (Mrd. €)	0,3	0,2	-0,1
Nettokreditaufnahme/unterjähriger Kapitalmarktsaldo³ (Mrd. €)	22,1	6,5	-7,0

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹Stand: Kabinettbeschluss vom 12 März 2014.

²Buchungsergebnisse.

³(-) Tilgung; (+) Kreditaufnahme.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich März 2014

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

					Ist-Entv	vicklung	Unterjährige
	ls 20	st 113		gsentwurf ¹ 014	Januar bis März 2013	Januar bis März 2014	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	io.€	in%
Allgemeine Dienste	72 647	23,6	69 404	22,5	15 861	15 758	-0,6
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5 899	1,9	6324	2,1	1 695	1 733	+2,3
Verteidigung	32 269	10,5	32 366	10,5	7 805	7 542	-3,4
Politische Führung, zentrale Verwaltung	13 205	4,3	13 780	4,5	3 630	3 907	+7,6
Finanzverwaltung	3 865	1,3	3 987	1,3	909	945	+3,9
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	18 684	6,1	19 185	6,2	3 917	3 820	-2,5
Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende	2 686	0,9	2 658	0,9	850	794	-6,6
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 150	3,3	10 638	3,5	1 531	1 587	+3,7
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	145 706	47,3	148 162	48,1	41 930	43 665	+4,1
Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	98 701	32,1	99 701	32,4	30 603	31 681	+3,5
Arbeitsmarktpolitik	32 680	10,6	31 679	10,3	8 160	8 198	+0,5
darunter: Arbeitslosengeld II nach SGB II	19 484	6,3	19 500	6,3	5 135	5 288	+3,0
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	4 685	1,5	3 900	1,3	1 253	1 125	-10,2
Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	6 548	2,1	7 3 6 8	2,4	1 649	1915	+16,1
Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 340	0,8	2 299	0,7	602	560	-6,9
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 633	0,5	2 006	0,7	352	336	-4,6
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 304	0,7	2 182	0,7	453	415	-8,4
Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 660	0,5	1 670	0,5	431	391	-9,2
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	904	0,3	954	0,3	91	97	+6,6
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	3 900	1,3	4 395	1,4	1 483	1 647	+11,1
Regionale Förderungsmaßnahmen	796	0,3	603	0,2	72	60	-17,6
Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 492	0,5	1 621	0,5	1 172	1 255	+7,1
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 406	5,3	16 415	5,3	2 482	2 392	-3,6
Straßen	7 399	2,4	7 435	2,4	928	948	+2,1
Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 597	1,5	4 553	1,5	757	672	-11,2
Allgemeine Finanzwirtschaft	46 017	14,9	35 798	11,6	13 290	12 080	-9,1
Zinsausgaben	31 302	10,2	28 840	9,4	11 871	10 385	-12,5
Ausgaben zusammen	307 843	100,0	298 500	97,0	79 772	80 119	+0,4

¹Stand: Kabinettbeschluss vom 12. März 2014.

${\color{red} \,\,} {\color{blue} \,\,} {\color{b$

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich März 2014

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

					Ist-Entw	vicklung	Unterjährige
		st 013	Regierung 20		Januar bis März 2013	Januar bis März 2014	Veränderung ggü. Vorjahı
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	io.€	in%
Konsumtive Ausgaben	274 366	89,1	269 353	90,2	75 967	76 141	+0,2
Personalausgaben	28 575	9,3	28 539	9,6	7 837	7 835	-0,0
Aktivbezüge	20938	6,8	20 749	7,0	5 632	5 589	-0,8
Versorgung	7 637	2,5	7 789	2,6	2 2 0 5	2 246	+1,9
Laufender Sachaufwand	23 152	7,5	24 287	8,1	4 344	4 220	-2,9
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 453	0,5	1 288	0,4	307	227	-26,1
Militärische Beschaffungen	8 550	2,8	9 9 9 1	3,3	1 381	1 230	-10,9
Sonstiger laufender Sachaufwand	13 148	4,3	13 007	4,4	2 656	2 763	+4,0
Zinsausgaben	31 302	10,2	28 840	9,7	11 871	10 385	-12,5
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	190 781	62,0	187 060	62,7	51 795	53 559	+3,4
an Verwaltungen	27 273	8,9	20 617	6,9	4180	4 642	+11,1
an andere Bereiche	163 508	53,1	166 443	55,8	47 633	48 916	+2,7
darunter:							
Unternehmen	25 024	8,1	26 453	8,9	6715	6 691	-0,4
Renten, Unterstützungen u. a.	27 055	8,8	27 779	9,3	7207	7 602	+5,5
Sozialversicherungen	103 693	33,7	104331	35,0	31 655	32 773	+3,5
Sonstige Vermögensübertragungen	555	0,2	628	0,2	119	143	+20,2
Investive Ausgaben	33 477	10,9	30 148	10,1	3 805	3 977	+4,5
Finanzierungshilfen	25 582	8,3	22 338	7,5	3 095	3 153	+1,9
Zuweisungen und Zuschüsse	14772	4,8	16 258	5,4	2830	2 9 6 4	+4,7
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 032	0,7	1 594	0,5	209	189	-9,6
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	8 778	2,9	4 486	1,5	56	0	-100,0
Sachinvestitionen	7 895	2,6	7 809	2,6	710	825	+16,2
Baumaßnahmen	6 2 6 4	2,0	6280	2,1	525	650	+23,8
Erwerb von beweglichen Sachen	1 020	0,3	989	0,3	135	163	+20,7
Grunderwerb	611	0,2	541	0,2	50	12	-76,0
Globalansätze	0	0,0	-1 000	-0,3	0	0	
Ausgaben insgesamt	307 843	100,0	298 500	100,0	79 772	80 119	+0,4

¹Stand: Kabinettbeschluss vom 12. März 2014.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich März 2014

Entwicklung der Einnahmen des Bundes

					Ist-Entw	vicklung	Unterjährige
	ls 20		Regierung 20		Januar bis März 2013	Januar bis März 2014	Veränderung ggü. Vorjahı
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	io.€	in%
I. Steuern	259 807	91,0	268 920	92,2	55 184	56 706	+2,8
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	213 199	74,7	221 586	75,9	50 771	52 892	+4,2
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	107 340	37,6	111 373	38,2	24 507	25 853	+5,5
davon:							
Lohnsteuer	67 174	23,5	70 593	24,2	13 852	15 008	+8,3
veranlagte Einkommensteuer	17 969	6,3	18 721	6,4	4567	5018	+9,9
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	8 631	3,0	7 898	2,7	1 506	1 503	-0,2
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 812	1,3	3 844	1,3	1 574	1519	-3,5
Körperschaftsteuer	9 754	3,4	10355	3,5	3 007	2 805	-6,7
Steuern vom Umsatz	104283	36,5	108 538	37,2	26 226	26 999	+2,9
Gewerbesteuerumlage	1 575	0,6	1 675	0,6	39	41	+5,1
Energiesteuer	39 364	13,8	39 150	13,4	4672	4675	+0,1
Tabaksteuer	13 820	4,8	14050	4,8	2 141	2 477	+15,7
Solidaritätszuschlag	14378	5,0	14850	5,1	3 473	3 577	+3,0
Versicherungsteuer	11 553	4,0	11 750	4,0	5 429	5 642	+3,9
Stromsteuer	7 009	2,5	7 000	2,4	1 797	1 550	-13,7
Kraftfahrzeugsteuer	8 490	3,0	8 485	2,9	2 3 0 4	1 861	-19,2
Kernbrennstoffsteuer	1285	0,5	1 300	0,4	0	0	Х
Branntweinabgaben	2 104	0,7	2 082	0,7	580	556	-4,1
Kaffeesteuer	1 021	0,4	1 030	0,4	238	251	+5,5
Luftverkehrsteuer	978	0,3	970	0,3	183	164	-10,4
Ergänzungszuweisungen an Länder	-10 792	-3,8	-10 423	-3,6	-2 448	-2 565	+4,8
BNE-Eigenmittel der EU	-24787	-8,7	-22 930	-7,9	-9210	-8 758	-4,9
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-2 083	-0,7	-4 140	-1,4	-855	-1 684	+97,0
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-7 191	-2,5	-7 299	-2,5	-1 798	-1 825	+1,5
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-8 992	-3,2	-8 992	-3,1	-2248	-2 248	+0,0
II. Sonstige Einnahmen	25 645	9,0	22 862	7,8	5 268	6 460	+22,6
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4886	1,7	6 847	2,3	707	2 546	+260,1
Zinseinnahmen	191	0,1	270	0,1	31	35	+12,9
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	5 9 7 8	2,1	2 345	0,8	1 286	326	-74,7
Einnahmen zusammen	285 452	100,0	291 782	100,0	60 452	63 166	+4,5

¹ Stand: Kabinettbeschluss vom 12. März 2014.

Entwicklung der Länderhaushalte im Januar und Februar 2014

Entwicklung der Länderhaushalte im Januar und Februar 2014

Das BMF legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder für Januar und Februar 2014 vor.

Nach den ersten beiden Monaten des Jahres 2014 ist das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit um rund 1,4 Mrd. € höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Es betrug am Ende des Berichtszeitraums rund -6,3 Mrd. €. Aus der Entwicklung in den ersten zwei Monaten können allerdings noch keine Rückschlüsse auf den weiteren Jahresverlauf gezogen werden. Auf die Darstellung der üblichen Schaubilder wurde verzichtet, da sie nur geringe Aussagekraft haben.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im März durchschnittlich 2,46 % (2,61% im Februar).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende März 1,59 % (1,61 % Ende Februar).

Die Zinsen im Dreimonatsbereich - gemessen am Euribor - beliefen sich Ende März auf 0,31% (0,29 % Ende Februar).

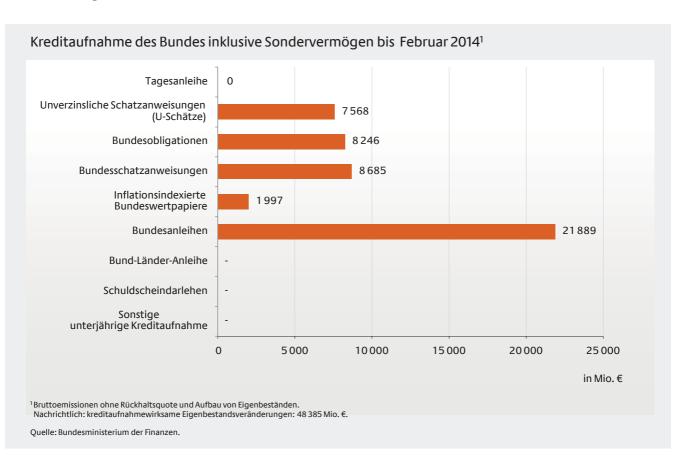
Die Europäische Zentralbank (EZB) hat in ihrer Ratssitzung am 3. April 2014 beschlossen, die geltenden Zinssätze für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,25 %, 0,75 % beziehungsweise 0,00 % zu belassen.

Der Deutsche Aktienindex betrug 9 556 Punkte am 31. März (9 692 Punkte am 28. Februar). Der Euro Stoxx 50 stieg von 3 149 Punkten am 28. Februar auf 3 162 Punkte am 31. März.

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im Februar bei 1,3 % nach 1,2 % im Januar und 1,0 % im Dezember. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 lag in der Zeit von Dezember 2013 bis Februar 2014 bei 1,2 % und veränderte sich damit gegenüber dem vorangegangenen Betrachtungszeitraum nicht.

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum belief sich im Monat Februar auf - 2,3 % und



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

blieb damit unverändert gegenüber dem Vormonat.

In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen - 0,20 % im Februar gegenüber - 0,13 % im Januar.

Kreditaufnahme von Bund und Sondervermögen – Umsetzung des Emissionskalenders

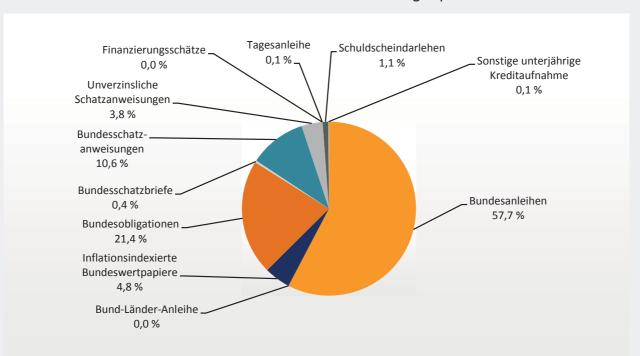
Im Februar 2014 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen 48,4 Mrd. €. Hierzu wurden festverzinsliche Bundeswertpapiere in Höhe von 39 Mrd. € und inflationsindexierte Bundeswertpapiere in Höhe von 2 Mrd. € aufgenommen, wobei für den Verkauf von Bundeswertpapieren am Sekundärmarkt 7,4 Mrd. € eingesetzt wurden.

Die Übersicht "Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2014" zeigt die Kapitalund Geldmarktemissionen im Rahmen der Emissionsplanung des Bundes sowie die sonstigen Emissionen.

Der Schuldendienst von Bund und Sondervermögen in Höhe von 48,8 Mrd. € (davon 38,4 Mrd. € Tilgungen und 10,4 Mrd. € Zinsen) überstieg den Bruttokreditbedarf um 0,4 Mrd. €. Diese Finanzierungen waren durch Kassen-oder Haushaltsmittel aufzubringen.

Die aufgenommenen Kredite in Höhe von 48,4 Mrd. € wurden für die Finanzierung des Bundeshaushalts eingesetzt.

Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes inklusive Sondervermögen per 28. Februar 2014



Kreditmarktmittel des Bundes einschließlich der Eigenbestände: 1158,4 Mrd. €; darunter Eigenbestände: 393 Mrd. €.

Ausführliche Gegenüberstellungen der unterschiedlichen Darstellungen der Verschuldung des Bundes mit detaillierten Überführungsrechnungen und weiteren Erläuterungen können dem "Finanzbericht – Stand und voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang" des Bundesministeriums der Finanzen im Abschnitt "Verschuldung des Bundes am Kapitalmarkt" entnommen werden.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2014 in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd.	€					
Inflations indexierte Bundeswert papiere	-	-											-
Anleihen	24,0	-											24,0
Bundesobligationen	-	-											-
Bundesschatzanweisungen	-	-											-
U-Schätze des Bundes	7,0	7,0											14,0
Bundesschatzbriefe	0,1	0,2											0,3
Finanzierungsschätze	0,0	0,0											-
Tagesanleihe	0,0	0,0											0,1
Schuldscheindarlehen	-	-											-
Sonstige unterjährige Kreditaufnahme	-	-											-
Sonstige Schulden gesamt	-0,0	0,0											-0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	31,2	7,3											38,4

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2014 in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd.	€					
Gesamte Zinszahlungen und													
Sondervermögen	9,4	1,0											10,4
Entschädigungsfonds													

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2014 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Bundesobligation ISIN DE0001141687 WKN 114168	Neuemission	15. Januar 2014	5 Jahre/fällig 22. Februar 2019 Zinslaufbeginn 17. Januar 2014 erster Zinstermin 22. Februar 2015	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137446 WKN113744	Aufstockung	22. Januar 2014	2 Jahre/fällig 11. Dezember 2015 Zinslaufbeginn 15. November 2013 erster Zinstermin 11. Dezember 2014	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102333 WKN 110233	Neuemission	29. Januar 2014	10 Jahre/fällig 15. Februar 2014 Zinslaufbeginn 31. Januar 2014 erster Zinstermin 15. Februar 2015	5 Mrd.€	5 Mrd.€
Bundesobligation ISIN DE0001141687 WKN 114168	Aufstockung	5. Februar 2014	5 Jahre/fällig 22. Februar 2019 Zinslaufbeginn 17. Januar 2014 erster Zinstermin 22. Februar 2015	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137453 WKN 113745	Neuemission	12. Februar 2014	2 Jahre/fällig 11. März 2016 Zinslaufbeginn 14. Februar 2014 erster Zinstermin 11. März 2015	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102333 WKN 110233	Aufstockung	19. Februar 2014	10 Jahre/fällig 15. Februar 2014 Zinslaufbeginn 31. Januar 2014 erster Zinstermin 15. Februar 2015	5 Mrd.€	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102341 WKN 110234	Neuemission	26. Februar 2014	30 Jahre/fällig 15. August 2046 Zinslaufbeginn 28. Februar 2014 erster Zinstermin 15. August 2015	3 Mrd.€	3 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141687 WKN 114168	Aufstockung	5. März 2014	5 Jahre/fällig 22. Februar 2019 Zinslaufbeginn 17. Januar 2014 erster Zinstermin 22. Februar 2015	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137453 WKN 113745	Aufstockung	12. März 2014	2 Jahre/fällig 11. März 2016 Zinslaufbeginn 14. Februar 2014 erster Zinstermin 11. März 2015	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102333 WKN 110233	Aufstockung	19. März 2014	10 Jahre/fällig 15. Februar 2014 Zinslaufbeginn 31. Januar 2014 erster Zinstermin 15. Februar 2015	4 Mrd. €	4 Mrd. €
			1. Quartal 2014 insgesamt	43 Mrd. €	43 Mrd. €

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2014 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119964 WKN 111996	Neuemission	13. Januar 2014	6 Monate/fällig 16. Juli 2014	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119972 WKN 111997	Neuemission	27. Januar 2014	12 Monate/fällig 28. Januar 2015	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119980 WKN 111998	Neuemission	10. Februar 2014	6 Monate/fällig 13. August 2014	2 Mrd.€	2 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119998 WKN 111999	Neuemission	24. Februar 2014	12 Monate/fällig 25. Februar 2015	2 Mrd. €	2 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119204 WKN 111920	Neuemission	10. März 2014	6 Monate/fällig 10. September 2014	2 Mrd.€	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119212 WKN 111921	Neuemission	24. März 2014	12 Monate/fällig 25. März 2015	2 Mrd.€	2 Mrd.€
			1. Quartal 2014 insgesamt	12 Mrd. €	12 Mrd. €

 $^{^{1}} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2014 Sonstiges

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Inflations indexierte Bundes an leihe ISIN DE0001030542 WKN 103054	Aufstockung	14. Januar 2014	10 Jahre/fällig 15. April 2023 Zinslaufbeginn: 23. März 2012 erster Zinstermin 15. April 2013	1-2 Mrd. €/ 1,0 Mrd. €	1,0 Mrd. €
Inflationsindexierte Bundesobligation ISIN DE0001030534 WKN 103053	Aufstockung	11. Februar 2014	7 Jahre/fällig 15. April 2018 Zinslaufbeginn: 15. April 2011 erster Zinstermin 15. April 2012	1-2 Mrd. €/ 1,0 Mrd. €	1,0 Mrd. €
Inflationsindexierte Bundesobligation ISIN DE0001030534 WKN 103053	Aufstockung	11. März 2014	7 Jahre/fällig 15. April 2018 Zinslaufbeginn: 15. April 2011 erster Zinstermin 15. April 2012	10 - 14 Mrd. €	1Mrd.€
			1. Quartal 2014 insgesamt	davon 3 Mrd. €	3 Mrd. €

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf die Sitzungen der Eurogruppe und des informellen Rats der Europäischen Finanzminister (ECOFIN) am 1. und 2. April 2014 in Athen

Die Eurogruppe am 1. April 2014 in Athen befasste sich mit der Lage in den Programmländern Griechenland und Portugal, der aktualisierten Haushaltsplanung Luxemburgs und der Vorbereitung des G7-Treffens.

Zu Griechenland stellte die Troika die Ergebnisse der vierten Programmüberprüfung vor. Griechenland habe die fiskalischen Ziele nach vorläufigen Zahlen im vergangenen Jahr übererfüllt und werde sie aus heutiger Sicht im laufenden Jahr einhalten. Die Wachstumsperspektive habe sich stabilisiert, und die Strukturreformen machten Fortschritte. Griechenland muss vor der Auszahlung der nächsten Tranche der Finanzhilfe noch Vorabmaßnahmen umsetzen. Die Minister begrüßten in ihrer Stellungnahme den Abschluss der vierten Programmüberprüfung und forderten Griechenland auf, die notwendigen Maßnahmen umzusetzen, sodass - vorbehaltlich der nationalen parlamentarischen Verfahren – die anstehende Tranche in Höhe von 8,3 Mrd. € freigegeben werden könne. Darüber hinaus diskutierten die Minister, auch auf deutsche Initiative, über eine umfassende Wachstumsstrategie für Griechenland.

Zu Portugal stand der aktuelle Stand der Programmumsetzung auf der Tagesordnung. Die Europäische Kommission erläuterte, dass sich die Wirtschaftslage besser als erwartet entwickelt habe und die schrittweise Marktrückkehr erfolgreich verlaufe. Die formellen Entscheidungen zur Freigabe der nächsten Tranche von insgesamt 2,5 Mrd. € und die Fortschreibung des Memorandum of Understanding seien für die Woche nach Ostern geplant, nach Umsetzung der noch ausstehenden Prior Action – der Vorlage von Eckpunkten für die Haushaltskonsolidierung

2015 – und dem Abschluss der nationalen parlamentarischen Verfahren.

Die Minister berieten zudem über die gesamtstaatliche Haushaltsplanung (Draft Budgetary Plan – DBP) von Luxemburg für 2014 und schlossen sich der Bewertung der Kommission an, dass Luxemburg die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts uneingeschränkt einhalte.

Zur Vorbereitung des Treffens der G7-Finanzminister und Notenbankgouverneure in Washington D.C. am 10. April 2014 wurde eine gemeinsame Sprachregelung der Eurogruppe verabschiedet.

Beim informellen ECOFIN am 2. April 2014 in Athen tauschten sich die Minister und Zentralbankpräsidenten über den wirtschaftlichen Ausblick und die Finanzstabilität in der EU, Finanzierungsoptionen der Europäischen Wirtschaft, die Vorbereitung der Frühjahrstagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank und des G20-Treffens der Finanzminister und Notenbankgouverneure sowie über Fragen zur Bankenstrukturreform und zum Stand der Arbeiten zur Bankenunion aus.

Die Europäische Kommission und die Europäische Zentralbank (EZB) berichteten, dass die wirtschaftliche Erholung mehr und mehr Fuß fasse. Zugleich blieben aber die hohen öffentlichen Schuldenstände ein Risiko für die langfristigen Wachstumsaussichten. Daher dürfe der Reformeifer in den Mitgliedstaaten nicht nachlassen, um das wiedergewonnene Vertrauen der Marktteilnehmer nicht zu gefährden. EZB-Präsident Mario Draghi betonte zudem, dass die derzeit niedrige Inflationsrate auf die Anpassungsprozesse insbesondere in

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

den Krisenländern und die gefallenen Preise für Energie und unverarbeitete Lebensmittel zurückzuführen und kein Anzeichen für eine Deflation sei. Bei ihrem Treffen tauschten sich die Minister auf der Grundlage eines Vortrags des Think Tank Bruegel auch über die Auswirkungen von Europas sozialen Problemen auf das Wirtschaftswachstum aus.

Die Kommission und die Hochrangige Expertengruppe für die Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen und von Infrastruktur stellten Finanzierungsoptionen der europäischen Wirtschaft vor. Neben der Fremdkapitalfinanzierung über Banken sollten auch andere Finanzierungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden, um so das Wachstumspotenzial in Europa zu stärken. Hierbei spielen insbesondere Verbriefungen, Datenbanken für kleine und mittlere Unternehmen und der Ausbau des Markts für Privatplatzierungen eine Rolle. Auch die Projektbondinitiative der Europäischen Investitionsbank leistet hierzu einen Beitrag. Aus Sicht der Bundesregierung müssen jedoch die hohen Qualitätsstandards gewahrt bleiben, die in Deutschland für die verschiedenen Finanzierungsoptionen gelten.

Zur Vorbereitung der IWF- und Weltbank-Frühjahrstagung sowie des G20-Treffens der Finanzminister und Notenbankgouverneure vom 10. bis 12. April 2014 in Washington D.C. verabschiedeten die Minister und Notenbankgouverneure eine gemeinsame Sprachregelung sowie das Statement der EU-Präsidentschaft für den IWF-Lenkungsausschuss (IMFC).

Darüber hinaus gab es einen ersten Meinungsaustausch der Minister und Notenbankgouverneure zum Vorschlag der Kommission zur Umsetzung einer Bankenstrukturreform. Danach sollen künftig große, komplexe Kreditinstitute von den Risiken aus bestimmten risikoreichen Geschäften abgeschirmt und Interessenkonflikte zwischen kurz- und langfristig orientierten Geschäftsfeldern verringert werden. Die Diskussion offenbarte jedoch, dass noch wesentlicher Diskussionsbedarf für eine europäische Lösung auf diesem Gebiet besteht.

Die Vorsitzende des Aufsichtsgremiums des einheitlichen Aufsichtsmechanismus, Danièle Nouy, berichtete ausführlich über den Stand der Umsetzungsarbeiten in Bezug auf den einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM) und dass diese plangemäß voranschritten. Sie verwies darauf, dass Anfang Mai eine Verordnung zum Rahmenwerk (Framework Regulation) und auch ein Entwurf für ein Aufsichtshandbuch vorgelegt werden sollen. Zudem solle es einen Verhaltenskodex für die Mitglieder des Aufsichtsgremiums geben. Die Kriterien für den Stresstest sollen noch in diesem Monat veröffentlicht werden. Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble unterstrich, dass der durchzuführende Stresstest strengen Ansprüchen genügen und einem klaren und für alle Beteiligten handhabbaren Prozess folgen müsse.

Die griechische Ratspräsidentschaft berichtete über die Einigung zum einheitlichen Abwicklungsmechanismus (SRM) als letztem Baustein der Bankenunion. Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble forderte die Europäische Kommission auf, möglichst schnell einen Vorschlag für die Details zur Bankenabgabe vorzulegen. Aus Sicht der Bundesregierung sollte diese proportional zur Größe der Banken ausgestaltet werden. Zudem wurde in den Erwägungsgründen der intergouvernementalen Vereinbarung (IGA) festgehalten, dass die Länder Wettbewerbsverzerrungen durch unterschiedliche steuerliche Behandlung der Bankenabgabe vermeiden sollten. Damit sind die Voraussetzungen für eine Unterzeichnung der IGA im Mai geschaffen.

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

5./6. Mai 2014	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
15./16. Mai 2014	Europäischer Rat in Brüssel
19./20. Juni 2014	Eurogruppe und ECOFIN in Luxemburg
26./27. Juni 2014	Europäischer Rat in Brüssel
7./8. Juli 2014	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2014

12. März 2014	Kabinettbeschluss zum 2. Entwurf Bundeshaushalt 2014
21. März 2014	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
8 11. April 2014	1. Lesung Bundestag
11. April 2014	1. Durchgang Bundesrat
Mai 2014	Stabilitätsrat
6 8. Mai 2014	Steuerschätzung in Berlin
24 27. Juni 2014	2./3. Lesung Bundestag
voraussichtlich 11.07.2014	2. Durchgang Bundesrat
Ende Juli 2014	Verkündung im Bundesgesetzblatt

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2015 und des Finanzplans bis 2018

12. März 2014	Kabinettbeschluss zu den Eckwerten Bundeshaushalt 2015 und Finanzplan bis 2018
6 8. Mai 2014	Steuerschätzung in Berlin
2. Juli 2014	Kabinettbeschluss zum Entwurf Bundeshaushalt 2015 und Finanzplan bis 2018
8. August 2014	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
9 12. September 2014	1. Lesung Bundestag
19. September 2014	1. Durchgang Bundesrat
4 6. November 2014	Steuerschätzung in Mecklenburg-Vorpommern
25 28. November 2014	2./3. Lesung Bundestag
Anfang Dezember 2014	Stabilitätsrat
19. Dezember 2014	2. Durchgang Bundesrat
Ende Dezember 2014	Verkündung im Bundesgesetzblatt

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Veröffentlichungskalender¹ der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
Mai 2014	April 2014	22. Mai 2014
Juni 2014	Mai 2014	20. Juni 2014
Juli 2014	Juni 2014	21. Juli 2014
August 2014	Juli 2014	22. August 2014
September 2014	August 2014	22. September 2014
Oktober 2014	September 2014	20. Oktober 2014
November 2014	Oktober 2014	21. November 2014
Dezember 2014	November 2014	19. Dezember 2014

¹ Nach IWF-Special Data Dissemination Standard (SDDS), siehe http://dsbb.imf.org.

Publikationen des BMF

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikation neu herausgegeben:

Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2013

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

broschueren@bmf.bund.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 03018 272 2721
Telefax: 03018 10 272 2721

nternet

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

Ube	ersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	59
1	Kreditmarktmittel	59
2	Gewährleistungen	
3	Kennziffern SDDS - Central Government Operations - Haushalt Bund	
4	Kennziffern SDDS - Central Government Debt - Schulden Bund	
5	Bundeshaushalt 2009 bis 2014	
6	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten	
	in den Haushaltsjahren 2009 bis 2014	66
7	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen,	
	Regierungsentwurf 2014	
8	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2014	72
9	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	74
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen	76
11	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	
12	Entwicklung der Staatsquote	
13	Schulden der öffentlichen Haushalte	
14	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	83
15	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	84
16	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	85
17	Steuerquoten im internationalen Vergleich	86
18	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	87
19	Staatsquoten im internationalen Vergleich	88
20	Entwicklung der EU-Haushalte 2013 bis 2014	89
Übe	ersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	90
1	Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage	
	des Bundes und der Länder bis Januar 2014	90
2	Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage	
	des Bundes und der Länder bis Februar 2014	
3	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Januar 2014	
4	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Februar 2014	98

Gesa	mtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten	102
1	Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten	103
2	Produktionspotenzial und -lücken	104
3	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten	
	Potenzialwachstum	105
4	Bruttoinlandsprodukt	106
5	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	108
6	Kapitalstock und Investitionen	112
7	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität	113
8	Preise und Löhne	114
Kenn	nzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	116
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	116
2	Preisentwicklung	117
3	Außenwirtschaft	118
4	Einkommensverteilung	119
5	Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich	120
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	121
7	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	122
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten	
	Schwellenländern	
9	Übersicht Weltfinanzmärkte	124
Abb.	Entwicklung von DAX und Dow Jones	125
10	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu BIP,	
	Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	126
11	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu Haushaltssalden,	
	Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo	130

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

in Mio. €

	Stand: 31. Januar 2014	Zunahme	Abnahme	Stand: 28. Februar 2014		
Gliederung nach Schuldenarten						
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	55 000	1 000	-	56 000		
Anleihen ¹	660 000	8 000	-	668 000		
Bund-Länder-Anleihe	405	-	-	405		
Bundesobligationen	244 000	4000	-	248 000		
Bundesschatzbriefe ²	4376	-	206	4 170		
Bundesschatzanweisungen	118 000	5 000	0	123 000		
Unverzinsliche Schatzanweisungen	46 976	3 997	6 9 9 8	43 975		
Finanzierungsschätze ³	25	-	3	22		
Tagesanleihe	1 357	0	24	1 332		
Schuldscheindarlehen	12 222	-	-	12 222		
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	1 298	-	-	1 298		
Kreditmarktmittel insgesamt	1 143 659			1 158 425		

	Stand:		Stand:
Glieders	31. Januar 2014 Ing nach Restlaufzeite	en.	28. Februar 2014
Giledere	ing nach kestiaalzeite	·11	
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	194 906		208 712
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	361 641		366 656
langfristig (mehr als 4 Jahre)	587 112		583 057
Kreditmarktmittel insgesamt	1 143 659		1 158 425

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Ausführliche Gegenüberstellungen der unterschiedlichen Darstellungen der Verschuldung des Bundes mit detaillierten Überführungsrechnungen und weiteren Erläuterungen können dem "Finanzbericht – Stand und voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang" des Bundesministeriums der Finanzen im Abschnitt "Verschuldung des Bundes am Kapitalmarkt" entnommen werden.

¹ 10- und 30-jährige Anleihen des Bundes und €-Gegenwert der US-Dollar-Anleihe.

² Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

³ 1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen	Belegung am 31. März 2014	Belegung am 31. März 2013
		in Mrd. €	
Ausfuhren	145,0	135,1	128,7
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	60,0	43,8	42,1
FZ-Vorhaben	12,5	6,5	4,9
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	0,0
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	160,0	108,2	108,3
Internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	56,4	56,1
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,2	1,0	1,0
Zinsausgleichsgarantien	8,0	8,0	8,0
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4

Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Operations - Haushalt Bund

				Central Governn	nent Operations		
		Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme
		Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financia market balance/Net borrowing
				in Mio	. €/€ m		
2014 Dezem	er	-	-	-	-	-	-
Novem	er	-	-	-	-	-	-
Oktobe		-	-	-	-	-	-
Septem	ber	-	-	-	-	-	-
August		-	-	-	-	-	-
Juli		-	-	-	-	-	-
Juni		-	-	-	-	-	-
Mai		-	-	-	-	-	-
April		-	-	-	-	-	-
März		80 119	63 166	-16 936	-24 101	- 126	7 040
Februar		59 707	35 554	-24 137	-29 495	- 178	5 179
Januar		38 484	18 235	-20 235	-38 930	- 161	18 534
2013 Dezem	er	307 843	285 452	-22 348	0	276	-22 072
Novem		286 965	245 022	-41 873	-23 619	110	-18 144
Oktobe		260 699	223 768	-36 881	-35 674	132	-1 075
Septem		228 296	202 085	-26 162	-21 798	119	-4 245
August		206 802	176302	-30 448	-23 274	124	-7 050
Juli		185 785	156321	-29 418	-30 261	111	954
Juni		150 687	132 239	-18 410	-19 709	68	1367
Mai		128 869	103 903	-24 939	-22 699	64	-2 176
April		104 661	83 276	-21 371	-34 642	- 58	13 213
März		79 772	60 452	-19 306	-24 193	- 107	4780
Februar		59 487	35 678	-23 786	-24 082	-128	168
Januar		37510	17 690	-19 803	-23 157	- 132	3 222
2012 Dezem	nor.	306 775	283 956	-22 774	0	293	-22 480
Novem		281 560	240 077	-41 410	-8 531	129	-32 749
Oktobe		258 098	220 585	-37 447	-21 107	162	-16 178
Septem		225 415	199 188	-26 173	-10 344	132	-15 697
•	bei	193 833	156 426	-37 352	-19 849	123	-17379
August		184344	153 957	-30 335	-24804	122	-5 408
Juli		148 013	129 741	-18 231	-1 608	107	-16515
Juni Mai		127 258	101 691	-25 526	-6 259	71	-19 195
		108 233	81 374	-26 836	-28 134	-1	1 298
April		82 673	58 613	-24 040	-21 711	-77	-2 406
März		62 345	35 423	-24 040	-16 750	-98	-10 254
Februar Januar		42 651	18 162	-24 484	-24357	- 123	-10 254

noch Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Operations - Haushalt Bund

				Central Governr	ment Operations		
		Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme
		Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financia market balance/Net borrowing
				in Mio	. €/€ m		
2011 Dezer	nber	296 228	278 520	-17 667	0	324	-17 343
Nover	nber	273 451	233 578	-39 818	-5 359	179	-34 280
Oktob	er	250 645	214035	-36 555	-13 661	181	-22 712
Septe	mber	227 425	192 906	-34 465	-8 069	152	-26 244
Augus	t	206 420	169910	-36 459	536	144	-36 851
Juli		185 285	150 535	-34709	-4 344	162	-30 202
Juni		150 304	127 980	-22 288	13 211	164	-35 335
Mai		129 439	102 355	-27 051	9300	94	-36 257
April		109 028	80 147	-28 849	-20 282	24	-8 544
März		83 915	58 442	-25 449	-8 936	-41	-16 554
Febru	ar	63 623	34 012	-29 593	-17 844	- 93	-11 841
Janua	r	42 404	17 245	-25 149	-21 378	- 90	-3 861
2010 Dezer	nber	303 658	259 293	-44 323	0	311	-44 011
Nover	nber	278 005	217 455	-60 499	-8 629	136	-51 733
Oktob	er	254887	200 042	-54 793	-15 223	149	-39 421
Septe	mber	230 693	181 230	-49 412	-8 532	125	-40 755
Augus	t	209 871	160 620	-49 202	-7 736	125	-41 341
Juli		188 128	143 120	-44 982	-14368	142	-30 471
Juni		155 292	122 389	-32 877	4 465	78	-37 264
Mai		129 243	94 005	-35 209	7 707	45	-42 870
April		107 094	74930	-32 137	-2 388	-38	-29 788
März		81 856	53 961	-27 883	3 657	- 93	-31 633
Febru	ar	60 455	31 940	-28 499	- 653	-115	-27 962
Janua		40 352	16 498	-23 844	-14862	- 137	-9 118

Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Debt - Schulden Bund

				Central Government D	ept		
		Kr	editmarktmittel, Glie	derung nach Restlaufz	eiten	Gewährleistungen	
			Outsta	nding debt		dewarmerstungen	
		Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt	Debt guaranteed	
		Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt		
			in Mio. €/€ m				
2014	Dezember	-	-	-	-	-	
	November	-	-	-	-	-	
	Oktober	-	-	-	-	-	
	September	-	-	-	-	-	
	August	-	-	-	-	-	
	Juli	-	-	-	-	-	
	Juni	-	-	-	-	-	
	Mai	-	-	-	-	-	
	April	-	-	-	-	-	
	März	-	-	-	-	462	
	Februar	208 712	366 656	583 057	1 158 425	-	
	Januar	194906	361 641	587 112	1 143 659	-	
2013	Dezember	199 033	360 431	596 350	1 155 814	457	
	November	203 206	369 508	592 718	1 165 432	-	
	Oktober	204 212	364 644	579 937	1 148 592	-	
	September	204 138	360 829	583 822	1 148 789	470	
	August	207 355	371 083	572 836	1 151 273	-	
	Juli	207 948	366 074	562 859	1 136 882	-	
	Juni	205 135	366 991	572 752	1 144 877	474	
	Mai	207 541	377 104	562 867	1 147 512	_	
	April	204 592	372 173	551 886	1 128 651	_	
	März	216723	368 251	558 954	1 143 928	472	
	Februar	219 648	378 264	549 986	1 147 897		
		219 615	357 434	554 028	1 131 078	_	
2012	Januar	219 752	356 500	563 082	1 139 334	470	
2012	Dezember	220 844	367 559	563 217	1 151 620	-	
	November	217 836	362 636	549 262	1 129 734	-	
	Oktober	216 883	357 763	555 802	1 130 449	508	
	September	221 918	369 000	540 581	1 131 499	300	
	August					-	
	Juli	221 482	364 665	532 694	1 118 841	450	
	Juni	226 289	358 836	542 876	1 128 000	459	
	Mai	226 511	367 003	535 842	1 129 356	-	
	April	226 581	362 000	524 423	1 113 004	-	
	März	214 444	351 945	545 695	1 112 084	454	
	Februar	217 655	364 983	535 836	1 118 475	-	
	Januar	219 621	344 056	542 868	1 106 545	-	

noch Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Debt - Schulden Bund

			Central Government Debt					
		Kr	editmarktmittel, Glie	derung nach Restlaufz	eiten	C		
			Outsta	nding debt		Gewährleistungen		
		Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt	Debt guaranteed		
		Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt			
			in M	io. €/€ m		in Mrd. €/€ bn		
2011	Dezember	222 506	341 194	553 871	1 117 570	378		
	November	228 850	353 022	549 155	1 131 028	-		
	Oktober	232 949	346 948	536 229	1 116 125	-		
	September	239 900	341 817	545 495	1 127 211	376		
	August	237 224	357 519	534 543	1 129 286	-		
	Juli	239 195	350 434	528 649	1 118 277	-		
	Juni	238 249	351 835	538 272	1 128 355	361		
	Mai	232 210	364 702	534 474	1 131 385	-		
	April	236 083	357 793	523 533	1 117 409	-		
	März	240 084	349 779	525 593	1 115 457	348		
	Februar	234948	362 885	514 604	1 112 437	-		
	Januar	239 055	338 972	522 579	1 100 606	-		
2010	Dezember	234 986	335 073	534 991	1 105 505	343		
	November	231 952	347 673	526 944	1 106 568	-		
	Oktober	232 952	341 728	515 041	1 089 721	-		
	September	233 889	336 633	526 289	1 096 811	336		
	August	233 001	346 511	513 508	1 093 020	-		
	Juli	232 000	339 551	507 692	1 079 243	-		
	Juni	227 289	332 426	517 873	1 077 587	335		
	Mai	232 294	341 244	512 071	1 085 609	-		
	April	238 248	334 207	499 124	1 071 579	-		
	März	240 583	326 118	502 193	1 068 193	311		
	Februar	242 829	335 135	491 171	1 069 135	-		
	Januar	245 822	328 119	480 327	1054 268	-		

¹ Gewährleistungsdaten werden quartalsweise gemeldet. Ab Dezember 2013 neue Ermittlungsmethode für die Gewährleistungen, daher keine Vergleichbarkeit der Werte zur Vorperiode. Vorjahreswert (2012) nach neuer Ermittlungsmethode: 433 Mrd. €.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Bundeshaushalt 2009 bis 2014 Gesamtübersicht

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Gegenstand der Nachweisung	Ist	Ist	Ist	Ist	lst	Regierungs entwurf ¹
			Mr	d . €		
1. Ausgaben	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8	298,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+3,5	+3,9	- 2,4	+3,6	+0,3	-3,0
2. Einnahmen ²	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5	291,8
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	- 4,7	+0,6	+7,4	+2,0	+0,5	+2,2
darunter:						
Steuereinnahmen	227,8	226,2	248,1	256,1	259,8	268,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-4,8	-0,7	+9,7	+3,2	+1,5	+3,5
3. Finanzierungssaldo	-34,5	-44,4	-17,7	-22,8	-22,3	-6,7
in % der Ausgaben	11,8	14,6	6,0	7,4	7,3	2,2
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme³ (-)	269,0	288,2	274,2	245,2	238,6	204,0
5. sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	-6,4	5,0	3,1	9,9	7,9	2,6
6. Tilgungen (+)	228,5	239,2	260,0	232,6	224,4	200,1
7. Nettokreditaufnahme	-34,1	-44,0	17,3	22,5	22,1	6,5
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,2
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	27,1	26,1	25,4	36,3	33,5	30,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+11,5	-3,8	- 2,7	+43,0	- 7,8	- 10,0
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	3,5	2,2	0,6	0,7	2,5

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Stand: März 2014.

¹ Stand: Kabinettbeschluss vom 12. März 2014.

² Gemäß BHO § 13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.

 $^{^3\,\}mathrm{Nach}\,\mathrm{Ber}\ddot{\mathrm{u}}\mathrm{cksichtigung}$ der Eigenbestandsveränderung.

Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2009 bis 2014

	2009	2010	2011	2012	2013	2014		
Ausgabeart			Ist			Regierungs- entwurf ¹		
		in Mio. €						
Ausgaben der laufenden Rechnung								
Personalausgaben	27 939	28 196	27 856	28 046	28 575	28 539		
Aktivitätsbezüge	20 977	21 117	20 702	20 619	20938	20 749		
Ziviler Bereich	9 269	9 443	9 2 7 4	9 289	9 599	10 604		
Militärischer Bereich	11 708	11674	11 428	11331	11 339	10 145		
Versorgung	6 9 6 2	7 0 7 9	7 154	7 427	7 637	7 789		
Ziviler Bereich	2 462	2 459	2 472	2 538	2 619	2 695		
Militärischer Bereich	4500	4 620	4 682	4889	5 018	5 094		
Laufender Sachaufwand	21 395	21 494	21 946	23 703	23 152	24 287		
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 478	1 544	1 545	1384	1 453	1 288		
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10 281	10 442	10 137	10287	8 550	9 9 9 1		
Sonstiger laufender Sachaufwand	9 635	9 508	10 264	12 033	13 148	13 007		
Zinsausgaben	38 099	33 108	32 800	30 487	31 302	28 840		
an andere Bereiche	38 099	33 108	32 800	30 487	31 302	28 840		
Sonstige	38 099	33 108	32 800	30 487	31 302	28 840		
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42		
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	38 054	33 058	32 759	30 446	31 261	28 798		
an Ausland	3	8	-0	-	-	-		
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	177 289	194 377	187 554	187 734	190 781	187 060		
an Verwaltungen	14396	14114	15 930	17 090	27 273	20617		
Länder	8 754	8 579	10 642	11 529	13 435	13 969		
Gemeinden	18	17	12	8	8	7		
Sondervermögen	5 624	5 5 1 8	5 2 7 6	5 552	13 829	6 640		
Zweckverbände	1	1	1	1	0	1		
an andere Bereiche	162 892	180 263	171 624	170 644	163 508	166 443		
Unternehmen	22 951	24212	23 882	24 225	25 024	26 453		
Renten, Unterstützungen u. ä. an natürliche Personen	29 699	29 665	26718	26 307	27 055	27 779		
an Sozialversicherung	105 130	120 831	115 398	113 424	103 693	104 331		
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 249	1 336	1 665	1 668	1 656	1 892		
an Ausland	3 858	4216	3 958	5 0 1 7	6 0 7 5	5 986		
an Sonstige	5	3	2	2	5	2		
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	264 721	277 175	270 156	269 971	273 811	268 725		

¹Stand: Kabinettbeschluss vom 12. März 2014.

noch Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2009 bis 2014

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	
Ausgabeart			Ist			Regierungs entwurf ¹	
	in Mio. €						
Ausgaben der Kapitalrechnung							
Sachinvestitionen	8 504	7 660	7 175	7 760	7 895	7 809	
Baumaßnahmen	6 830	6 2 4 2	5814	6 147	6 2 6 4	6 280	
Erwerb von beweglichen Sachen	1 030	916	869	983	1 020	989	
Grunderwerb	643	503	492	629	611	541	
Vermögensübertragungen	15 619	15 350	15 284	16 005	15 327	16 886	
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	15 190	14944	14589	15 524	14772	16 258	
an Verwaltungen	5 852	5 209	5 243	5 789	4924	4802	
Länder	5 804	5 142	5 178	5 152	4873	4736	
Gemeinden und Gemeindeverbände	48	68	65	56	52	66	
Sondervermögen		-	-	581		1	
an andere Bereiche	9338	9 735	9 3 4 6	9 735	9 848	11 456	
Sonstige – Inland	6 462	6 599	6 060	6234	6 3 9 3	6308	
Ausland	2876	3 136	3 287	3 501	3 455	5 148	
Sonstige Vermögensübertragungen	429	406	695	480	555	628	
an andere Bereiche	429	406	695	480	555	628	
Unternehmen – Inland	0	0	260	4	7	30	
Sonstige – Inland	148	137	123	129	141	134	
Ausland	282	269	311	348	406	464	
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 409	3 473	3 613	13 040	10 810	6 080	
Darlehensgewährung	2 490	2 663	2 8 2 5	2 736	2 032	1 594	
an Verwaltungen	1	1	1	1	0	1	
Länder	1	1	1	1	0	1	
an andere Bereiche	2 490	2 662	2825	2 735	2 032	1 593	
Sonstige – Inland (auch Gewährleistungen)	872	1 075	1 115	1 070	597	1 205	
Ausland	1 618	1 587	1710	1 666	1 435	388	
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	919	810	788	10304	8 778	4486	
Inland	13	13	0	0	91	143	
Ausland	905	797	788	10 304	8 687	4343	
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	27 532	26 483	26 072	36 804	34 032	30 775	
Darunter: Investive Ausgaben	27 103	26 077	25 378	36324	33 477	30 148	
Globale Mehr-/Minderausgaben	0	-	-	-	-	-1 000	
Ausgaben zusammen	292 253	303 658	296 228	306 775	307 843	298 500	

¹Stand: Kabinettsbeschluss vom 12. März 2014.

Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2014¹

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe				in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	69 404	59 480	25 060	19 664	-	14 756
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	13 780	13 486	3 801	1 606	-	8 079
02	Auswärtige Angelegenheiten	14 445	5 529	549	199	-	4780
03	Verteidigung	32 366	32 175	15 239	15 838	-	1 098
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	4350	3 971	2 483	1218	-	269
05	Rechtsschutz	476	443	270	132	-	41
06	Finanzverwaltung	3 987	3 877	2716	672	-	489
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	19 185	15 910	516	952	-	14 443
13	Hochschulen	4945	3 950	12	10	-	3 929
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen	2 658	2 657	-	-	-	2 657
15	Sonstiges Bildungswesen	260	191	10	67	-	114
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 638	8 556	493	866	-	7 197
19	Übrige Bereiche aus 1	684	557	1	10	-	546
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	148 162	147 558	180	253	-	147 124
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	99 701	99 701	36	-	-	99 665
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	7 3 6 8	7 3 6 8	-	-	-	7368
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 299	1 826	-	3	-	1823
25	Arbeitsmarktpolitik	31 679	31 561	1	79	-	31 481
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	353	350	-	25	-	325
29	Übrige Bereiche aus 2	6 762	6 752	143	146	-	6 463
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	2 006	1 138	355	457	-	326
31	Gesundheitswesen	599	533	207	238	-	88
32	Sport und Erholung	135	119	-	4	-	116
33	Umwelt- und Naturschutz	668	308	89	157	-	62
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	604	178	58	59	-	61
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 182	819	-	12	-	807
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 670	809	-	2	-	807
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	508	10	-	10	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	5	-	-	-	-	-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	954	536	15	220	-	301
52	Landwirtschaft und Ernährung	926	509	-	211	-	298
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	133	133	-	103	-	30
529	Übrige Bereiche aus 52	793	377	-	108	-	268
599	Übrige Bereiche aus 5	28	27	15	9	-	2

¹Stand: Kabinettbeschluss vom 12. März 2014.

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2014¹

		Sach- investitionen	Vermögens- übertragung en	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	996	4 195	4 732	9 924	9 908
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	237	57	-	294	294
02	Auswärtige Angelegenheiten	123	4 0 6 1	4732	8 9 1 6	8 915
03	Verteidigung	141	50	-	191	176
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	352	27	-	380	380
05	Rechtsschutz	33	-	-	33	33
06	Finanzverwaltung	110	0	-	110	110
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	140	3 135	-	3 275	3 275
13	Hochschulen	1	993	-	994	994
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dgl.	-	1	-	1	1
15	Sonstiges Bildungswesen	0	70	-	70	70
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	137	1 944	-	2 082	2 082
19	Übrige Bereiche aus 1	1	127	-	128	128
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	8	596	1	604	22
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	-
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	-	0	-	0	0
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2	470	1	473	8
25	Arbeitsmarktpolitik		118	-	118	-
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII		3	-	3	3
29	Übrige Bereiche aus 2	6	4	-	10	10
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	481	386	-	868	868
31	Gesundheitswesen	57	9	-	66	66
32	Sport und Erholung	-	16	-	16	16
33	Umwelt- und Naturschutz	6	354	-	360	360
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	418	8	-	426	426
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 359	4	1 363	1 363
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	-	857	4	861	861
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	-	497	-	497	497
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste		5	-	5	5
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1	417	1	418	418
52	Landwirtschaft und Ernährung		416	1	417	417
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen		-	-	-	-
529	Übrige Bereiche aus 52		416	1	417	417
599	Übrige Bereiche aus 5	1	1	_	1	1

¹Stand: Kabinettbeschluss vom 12. März 2014

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2014¹

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe			ir	n Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 395	2 454	68	422	-	1 965
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	25	-	-	-	-	-
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 621	1 591	-	0	-	1 591
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	343	291	-	35	-	256
65	Handel und Tourismus	376	376	-	313	-	62
66	Geld- und Versicherungswesen	41	11	-	11	-	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	1 305	95	-	41	-	54
69	Regionale Fördermaßnahmen	603	10	-	9	-	1
699	Übrige Bereiche aus 6	80	79	68	11	-	-
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 415	4 069	1 019	1 953	-	1 098
72	Straßen	7 435	1 041	-	898	-	143
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 785	902	547	284	-	70
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 553	79	-	5	-	74
75	Luftfahrt	355	211	58	25	-	127
799	Übrige Bereiche aus 7	2 287	1 836	413	741	-	683
8	Finanzwirtschaft	35 798	36 760	1 327	353	28 840	6 240
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 585	5 585	-	-	-	5 585
82	Steuern und Finanzzuweisungen	693	655	-	-	-	655
83	Schulden	28 843	28 843	-	3	28 840	-
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	577	577	577	-	-	-
88	Globalposten	- 250	750	750	-	-	-
899	Übrige Bereiche aus 8	351	351	-	350	-	0
Summe al	ller Hauptfunktionen	298 500	268 725	28 539	24 287	28 840	187 060

¹Stand: Kabinettbeschluss vom 12. März 2014

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2014¹

		Sachin- vestitionen	Vermögens- übertragung en	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	6	731	596	1 333	1 326
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	-	21	-	21	21
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	25	-	25	25
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	-	39	-	39	39
65	Handel und Tourismus	-	0	-	0	0
66	Geld- und Versicherungswesen	-	7	0	8	0
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	-	8	596	604	604
69	Regionale Fördermaßnahmen	4	631	-	635	635
699	Übrige Bereiche aus 6	2	-	-	2	2
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 304	5 984	85	12 373	12 373
72	Straßen	4795	1 3 9 8	-	6 193	6 193
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	699	-	-	699	699
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	4516	-	4516	4516
75	Luftfahrt	1	-	85	86	86
799	Übrige Bereiche aus 7	809	70	-	878	878
8	Finanzwirtschaft	-	38	0	39	39
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	-	-	-
82	Steuern und Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
83	Schulden	-	-	0	0	0
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	-	-	-	-	-
88	Globalposten	-	-	-	-	-
899	Übrige Bereiche aus 8	-	-	-	-	
Summe a	aller Hauptfunktionen	7 895	15 327	10 810	34 032	33 477

¹Stand: Kabinettbeschluss vom 12. März 2014

Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2014 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005
degenstand der Nachweisung				I	st-Ergebniss	e			
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	259,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+8,6	+12,7	+37,5	+2,1	+0,0	- 1,4	- 1,0	+3,3
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	228,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+17,9	+0,2	+6,0	+5,0	+0,0	- 1,5	-0,1	+7,8
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 23,9	-31,4
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	-31,2
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	- 0,4	- 27,1	- 0,2	-0,7	- 0,2	-0,1	- 0,2
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-		-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd. €	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	26,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+12,4	+5,9	+6,5	+3,4	+4,5	+0,5	- 1,7	- 1,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	10,1
Anteil an den Personalausgaben des	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	15,3
öffentlichen Gesamthaushalts ²	76	24,3	21,5	19,0	19,1	0,0	14,4	15,7	_
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	37,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+14,3	+23,1	+24,1	+5,1	+6,7	- 6,2	- 4,7	+3,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	14,4
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	58,3
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	23,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+10,2	+11,0	- 4,4	- 0,5	+8,4	+8,8	- 1,7	+6,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	9,1
Anteil an den investiven Ausgaben des									
öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	34,2
Steuereinnahmen ³	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	190,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+18,7	+0,5	+6,0	+4,6	+4,7	-3,4	+3,3	+ 1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	73,2
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	83,2
Anteil am gesamten Steueraufkommen ⁴	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	42,1
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	- 15,3	- 13,9	-11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	-31,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7	12,0
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,1	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4	131,3
Anteil am Finanzierungdsaldo des öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,9	59,5
nachrichtlich: Schuldenstand ²									
öffentliche Haushalte ⁴	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1018,8	1 210,9	1 489,9
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8	903,3

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2014

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

	Einheit	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Gegenstand der Nachweisung				Ist-Erg	ebnisse				Regierungs- entwurf ¹
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	270,4	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8	298,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	4,1	4,4	3,5	3,9	- 2,4	3,6	0,3	- 3,0
Einnahmen	Mrd.€	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5	291,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	12,0	5,8	- 4,7	0,6	7,4	2,0	0,5	2,2
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 14,7	- 11,8	- 34,5	- 44,3	- 17,7	- 22,8	- 22,3	- 6,7
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 22,5	- 22,1	- 6,5
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,4	-0,3	- 0,3	-0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3	-0,2
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd. €	-	-	-	-	-		-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	26,0	27,0	27,9	28,2	27,9	28,0	28,6	28,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,3	3,7	3,4	0,9	- 1,2	0,7	1,9	-0,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,6	9,6	9,6	9,3	9,4	9,1	9,3	9,6
Anteil an den Personalausgaben des	%	14,8	15,0	14,9	14,8	13,1	12,9	12,8	
öffentlichen Gesamthaushalts ²	/0	17,0		17,5		13,1		12,0	·
Zinsausgaben	Mrd.€	38,7	40,2	38,1	33,1	32,8	30,5	31,3	28,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,6	3,7	- 5,2	- 13,1	- 0,9	- 7,1	2,7	- 7,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,3	14,2	13,0	10,9	11,1	9,9	10,2	9,7
Anteil an den Zinsausgaben des	%	58,6	59,7	61,0	57,2	42,4	44,8	46,1	
öffentl. Gesamthaushalts ² Investive Ausgaben	Mrd. €	26,2	24,3	27,1	26,1	25,4	36,3	33,5	30,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	10,3	- 7,2	11,5	-3,8	- 2,7	43,1	- 7,8	- 9,9
	%	9,7	8,6	9,3	8,6	8,6	11,8	10,9	10,1
Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den investiven Ausgaben	/0	9,7	0,0	9,3	0,0	0,0	11,0	10,9	10,1
des öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	39,9	37,1	27,8	30,2	27,7	39,5	36,6	
Steuereinnahmen ³	Mrd.€	230,0	239,2	227,8	226,2	248,1	256,1	259,8	268,9
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	21,0	4,0	- 4,8	-0,7	9,7	3,2	1,5	3,5
Anteil an den Bundesausgaben	%	85,1	84,7	78,0	74,5	83,7	83,5	84,4	90,1
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	90,0	88,4	88,4	87,2	89,1	90,2	91,0	92,2
Anteil am gesamten	%	42,8	42,6	43,5	42,6	43,3	42,7	41,9	
Steueraufkommen ⁴	/0	42,0	42,0	45,5	42,0	45,5	42,1	41,5	·
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 22,5	- 22,1	- 6,5
Anteil an den Bundesausgaben	%	5,3	4,1	11,7	14,5	5,9	7,3	7,2	2,2
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	54,7	47,4	126,0	168,8	68,3	61,9	65,9	21,6
Anteil am Finanzierungssaldo des	%	-2 254,1	- 111,2	-38,0	- 55,9	-67,0	-83,4	- 148,5	
öffentlichen Gesamthaushalts ² nachrichtlich: Schuldenstand ²									
öffentliche Haushalte ⁴	Mrd. €	1 552,4	1 577,9	1 694,4	2 011,7	2 025,4	2 068,3		
darunter: Bund	Mrd. €	957,3	985,7	1 053,8	1 287,5	1 279,6	1 287,5		

¹Stand: Kabinettbeschluss vom 12. März 2014.

² Stand Dezember 2013; 2013 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkredite. Bund einschließlich Sonderrechnungen und Kassenkredite.

 $^{^3\,\}mathrm{Nach}\,\mathrm{Abzug}$ der Ergänzungszuweisungen an Länder.

Tabelle 9:	Entwicklung des (Öffentlichen Gesamthaushalts
------------	-------------------	------------------------------

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
				in Mrd. €			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹							
Ausgaben	654,3	684,3	722,5	723,0	777,5	779,7	786,7
Einnahmen	653,6	674,0	632,5	644,3	750,1	751,3	772,6
Finanzierungssaldo	-0,6	-10,4	-90,0	-78,7	-27,3	-28,2	-14,1
davon:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	270,5	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8
Einnahmen	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5
Finanzierungssaldo	-14,7	-11,8	-34,5	-44,3	-17,7	-22,8	-22,3
Extrahaushalte							
Ausgaben	45,8	51,4	68,4	55,3	80,9	70,0	75,3
Einnahmen	44,0	45,5	47,7	48,6	86,2	70,5	83,1
Finanzierungssaldo	-1,8	-5,8	-20,7	-6,8	5,3	0,5	7,8
Bund insgesamt ¹							
Ausgaben	307,9	322,5	344,5	346,4	362,5	359,4	357,2
Einnahmen	291,3	304,8	289,3	295,3	350,1	337,1	342,6
Finanzierungssaldo	-16,5	-17,6	-55,2	-51,1	-12,4	-22,2	-14,5
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	265,5	277,2	287,1	287,3	295,9	299,3	308,7
Einnahmen	273,1	276,2	260,1	266,8	286,5	291,7	306,4
Finanzierungssaldo	7,6	-1,1	-27,0	-20,6	-9,6	-7,5	-2,3
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	48,4	44,2	46,8
Einnahmen	-	-	-	-	48,0	44,8	48,5
Finanzierungssaldo	-	-	-	-	-0,4	0,6	1,6
Länder insgesamt ¹							
Ausgaben	265,5	277,2	287,1	287,3	319,6	321,4	329,9
Einnahmen	273,1	276,2	260,1	266,8	307,1	313,9	329,2
Finanzierungssaldo	7,6	-1,1	-27,0	-20,6	-12,4	-7,4	-0,6
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	161,5	168,0	178,3	182,3	184,9	187,0	195,6
Einnahmen	169,7	176,4	170,8	175,4	183,9	188,8	197,3
Finanzierungssaldo	8,2	8,4	-7,5	-6,9	-1,0	1,8	1,7
Extrahaushalte							
Ausgaben	4,6	4,7	4,9	5,1	16,4	12,2	11,4
Einnahmen	4,7	4,7	4,7	4,9	15,3	11,3	10,7
Finanzierungssaldo	0,1	0,0	-0,3	-0,2	-1,1	-0,9	-0,6
Gemeinden insgesamt ¹							
Ausgaben	163,9	170,4	180,9	185,0	196,9	196,6	204,7
Einnahmen	172,2	178,8	173,1	177,9	194,8	197,5	205,8
Finanzierungssaldo	8,3	8,4	-7,7	-7,0	-2,1	0,9	1,1

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
			Veränderun	gen gegenüber	Vorjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	1,3	4,6	5,6	0,1	7,5	0,3	0,9
Einnahmen	8,0	3,1	-6,2	1,9	16,4	0,2	2,8
darunter:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	3,6	4,4	3,5	3,9	-2,4	3,6	0,3
Einnahmen	9,8	5,8	-4,7	0,6	7,4	2,0	0,5
Extrahaushalte							
Ausgaben	-5,7	12,1	33,2	-19,1	46,2	-13,5	7,6
Einnahmen	0,9	3,5	4,7	1,9	77,5	-18,2	17,9
Bund insgesamt							
Ausgaben	1,4	4,7	6,8	0,5	4,6	-0,9	-0,6
Einnahmen	7,7	4,6	-5,1	2,1	18,6	-3,7	1,6
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	2,1	4,4	3,6	0,1	3,0	1,1	3,2
Einnahmen	9,2	1,1	-5,8	2,6	7,4	1,8	5,0
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-8,7	6,0
Einnahmen	-	-	-	-	-	-6,7	8,2
Länder insgesamt							
Ausgaben	2,1	4,4	3,6	0,1	11,2	0,6	2,6
Einnahmen	9,2	1,1	-5,8	2,6	15,1	2,2	4,9
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	2,6	4,0	6,1	2,2	1,4	1,1	4,7
Einnahmen	6,0	3,9	-3,2	2,7	4,9	2,6	4,5
Extrahaushalte							
Ausgaben	0,3	1,9	5,1	2,8	224,7	-25,6	-7,0
Einnahmen	2,6	0,4	-1,1	4,8	213,1	-26,0	-5,2
Gemeinden insgesamt							
Ausgaben	2,6	4,0	6,1	2,3	6,4	-0,2	4,2
Einnahmen	6,0	3,8	-3,2	2,8	9,5	1,4	4,2

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Bis 2010 sind als Extrahaushalte ausgewählte Sondervermögen der jeweiligen Ebene ausgewiesen.

Seit dem Jahr 2011 werden die Extrahaushalte nach dem Schalenkonzept (Äbgrenzung des Staatssektors nach dem "Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung") finanzstatistisch dargestellt.

Stand: April 2014.

¹Gesamtsummen der Gebietskörperschaften sind um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnen sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

			Steueraufkommen			
			dav	on		
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern Indirekte Steuer		
Jahr		in Mrd. €		in	%	
	Gebiet der Bund	esrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3	. Oktober 1990		
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4	
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7	
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2	
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7	
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4	
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2	
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5	
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7	
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2	
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3	
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1	
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0	
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7	
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9	
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6	
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5	
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3	
		Bundesrepublik	Deutschland			
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1	
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0	
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8	
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7	
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2	
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8	
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6	
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0	
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1	

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steuerauf	kommen			
			dav	von		
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	
Jahr		in Mrd. €				
		Bundesrepubli	k Deutschland			
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9	
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0	
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1	
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5	
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2	
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6	
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5	
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4	
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3	
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6	
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8	
2011	573,4	282,7	290,7	49,3	50,7	
2012	600,0	303,8	296,2	50,6	49,4	
2013 ²	620,5	320,2	300,3	51,6	48,4	
2014 ²	640,3	332,7	307,6	52,0	48,0	
2015 ²	663,8	349,5	314,3	52,7	47,3	
2016 ²	686,3	365,9	320,4	53,3	46,7	
2017 ²	706,8	381,1	325,7	53,9	46,1	
2018 ²	731,5	399,4	332,1	54,6	45,4	

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zuckerund Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: November 2013.

² Steuerschätzung vom 5. bis 7. November 2013.

Tabelle 11: Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Vo	lkswirtschaftlichen G	esamtrechnungen ²	Abgrenzung der Finanzstatistik ³				
	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitrags- quote	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitrags quote		
Jahr			in Relation	zum BIP in %				
1960	33,4	23,0	10,3					
1965	34,1	23,5	10,6	33,1	23,1	10,		
1970	34,8	23,0	11,8	32,6	21,8	10,		
1975	38,1	22,8	14,4	36,9	22,5	14,		
1980	39,6	23,8	14,9	38,6	23,7	14,		
1985	39,1	22,8	15,4	38,1	22,7	15,		
1990	37,3	21,6	14,9	37,0	22,2	14,		
1991	38,9	22,0	16,8	38,0	22,0	16,		
1992	39,6	22,3	17,2	39,2	22,7	16,		
1993	40,1	22,4	17,7	39,6	22,6	16,		
1994	40,5	22,3	18,2	39,7	22,5	17,		
1995	40,5	21,9	18,5	40,2	22,5	17,		
1996	41,0	21,8	19,2	40,0	21,8	18,		
1997	41,0	21,5	19,5	39,5	21,3	18,		
1998	41,3	22,1	19,2	39,6	21,7	17,		
1999	42,3	23,3	19,0	40,4	22,6	17,		
2000	42,1	23,5	18,6	40,3	22,8	17,		
2001	40,2	21,9	18,4	38,5	21,2	17,		
2002	39,9	21,5	18,4	38,0	20,7	17,		
2003	40,1	21,6	18,5	38,0	20,6	17,		
2004	39,2	21,1	18,1	37,2	20,2	17,		
2005	39,2	21,4	17,9	37,1	20,3	16,		
2006	39,5	22,2	17,3	37,4	21,1	16		
2007	39,5	23,0	16,5	37,6	22,2	15,		
2008	39,7	23,1	16,5	38,2	22,7	15		
2009	40,4	23,1	17,3	38,2	22,1	16,		
2010	38,9	22,0	16,9	37,1	21,3	15,		
2011	39,5	22,7	16,8	37,6	22,0	15,		
2012	40,0	23,2	16,8	38,3	22,5	15,		
2013	40,0	23,2	16,8	38 1/2	22 1/2	1		

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2010 bis 2012: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2013. 2013: Vorläufiges Ergebnis; Stand: Februar 2014.

³ Bis 2010: Rechnungsergebnisse. 2011 und 2012: Kassenergebnisse, 2013: Schätzung.

Tabelle 12: Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

	Ausgaben des Staates							
		darunto	er					
Jahr	insgesamt	Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherung ³					
		in Relation zum BIP in %						
1960	32,9	21,7	11,2					
1965	37,1	25,4	11,6					
1970	38,5	26,1	12,4					
1975	48,8	31,2	17,7					
1980	46,9	29,6	17,3					
1985	45,2	27,8	17,4					
1990	43,6	27,3	16,4					
1991	46,2	28,2	18,0					
1992	47,1	27,9	19,2					
1993	48,1	28,2	19,9					
1994	48,0	28,0	20,0					
1995 ⁴	48,2	27,7	20,6					
1995	54,9	34,3	20,6					
1996	49,1	27,6	21,4					
1997	48,2	27,0	21,2					
1998	48,0	26,9	21,1					
1999	48,2	27,0	21,3					
2000 ⁵	47,6	26,4	21,2					
2000	45,1	23,9	21,2					
2001	47,6	26,3	21,4					
2002	47,9	26,2	21,7					
2003	48,5	26,4	22,0					
2004	47,1	25,8	21,3					
2005	46,9	26,0	20,9					
2006	45,3	25,4	19,9					
2007	43,5	24,5	19,0					
2008	44,1	25,0	19,1					
2009	48,3	27,2	21,1					
2010	47,9	27,5	20,3					
2011	45,2	25,7	19,5					
2012	44,7	25,3	19,4					
2013	44,7	25,2	19,5					

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995).

 $^{2010\,}bis\,2012: Vorl\"{a}ufiges\,Ergebnis; Stand:\,August\,2013.\,\,2013: Vorl\"{a}ufiges\,Ergebnis; Stand:\,Februar\,2014.$

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt; Wohnungswirtschaft der DDR).

⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Sc	chulden (Mio. €)			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹	1 357 723	1 429 749	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 368
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 814
Kernhaushalte	767 697	812 082	887915	919304	940 187	959 918	991 283
Kreditmarktmittel iwS	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 734
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26749	17 549
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	30 056	15 599	25 831	59 533
Kreditmarktmittel iwS	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	56 535
Kassenkredite		-	-	978	1 483	2 131	2 998
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	526 745
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 346
Kreditmarktmittel iwS	414 952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 009
Kassenkredite	8 714	5 700	3 125	2 3 3 3	2 410	3 180	2 337
Extrahaushalte		-	-	996	1 124	1 350	21 399
Kreditmarktmittel iwS		-	-	986	1 124	1 325	20 82
Kassenkredite	-	-	-	10	-	25	57
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110627	108 863	113 810
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 181	111 039
Kreditmarktmittel iwS	84 069	84257	83 804	81 877	79 239	76 381	76 380
Kassenkredite	15 964	19 936	23 882	27 664	28 776	29 801	34 65
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 5 4 6	2 702	2 612	2 682	2 77
Kreditmarktmittel iwS	7 429	7 531	7 467	2 649	2 560	2 626	2 72
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	48
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	531 197	560 417	586 571	595 026	595 102	592 131	640 555
Maastricht-Schuldenstand	1 383 804	1 454 113	1 524 867	1 573 937	1 583 745	1 652 797	1 769 893
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 530
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14357	-	-	
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	0	
Postbeamtenversorgungskasse	-	-	-	16 478	16983	17 631	18 498
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	36 540
Investitions- und Tilgungsfonds	_						7 493

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			S	chulden (Mio. €)			
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	567
Kernhaushalte		-	-	-	-	-	53
Kreditmarktmittel iwS		-	-	-	-	-	53
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	
Extrahaushalte		-	-	-	-	-	36
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	-	-	-	36
Kassenkredite		-	-	-	-	-	
			Anteil a	an den Schulden	(in %)		
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62,2
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58,
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	1,9	1,0	1,6	3,
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,
Gesetzliche Sozialversicherung		-	-	-	-	-	0,
nachrichtlich:							0,0
Länder + Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,8
			Anteil de	r Schulden am B	IP (in %)		
Öffentlicher Gesamthaushalt	63,2	65,1	67,0	66,8	63,9	63,8	71,4
Bund	38,5	39,6	40,6	41,1	39,4	39,8	44,
Kernhaushalte	35,7	37,0	39,9	39,7	38,7	38,8	41,8
Extrahaushalte	2,7	2,6	0,7	1,3	0,6	1,0	2,5
Länder	19,7	20,4	21,2	20,9	19,9	19,5	22,
Gemeinden	5,0	5,1	5,2	4,9	4,6	4,4	4,
Gesetziche Sozialversicherung		-	-	-		-	0,0
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	24,7	25,5	26,4	25,7	24,5	23,9	27,
Maastricht-Schuldenstand	64,4	66,2	68,6	68,0	65,2	66,8	74,
			Schu	ılden insgesamt	(€)		
je Einwohner	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 69
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 147,5	2 195,7	2 224,4	2 313,9	2 428,5	2 473,8	2 374,
Einwohner (30.06.)	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 862

 $^{^1 {\}it Kreditmarktschulden im weiteren Sinne zuzüglich Kassenkredite.}$

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt, eigene \ Berechnungen.$

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte Neue Systematik¹

	2010	2011	2012
		in Mio. €	
Öffentlicher Gesamthaushalt ²	2 011 677	2 025 438	2 068 289
in Relation zum BIP in %	80,6	77,6	77,6
Bund (Kern- und Extrahaushalte)	1 287 460	1 279 583	1 287 517
Wertpapierschulden und Kredite	1 271 204	1 272 270	1 273 179
Kassenkredite	16 256	7313	14338
Kernhaushalte	1 035 647	1 043 401	1 072 882
Extrahaushalte Wertpapierschulden und Kredite	251 813	236 181	214635
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	17 302	11 000	11 395
SoFFin (FMS)	28 552	17 292	20 450
Investitions- und Tilgungsfonds	13 991	21 232	21 265
FMS-Wertmanagement	191 968	186 480	161 520
Sonstige Extrahaushalte des Bundes	0	177	Ę
Länder (Kern- und Extrahaushalte)	600 110	615 399	644 929
Wertpapierschulden und Kredite	595 180	611 651	638 626
Kassenkredite	4930	3 748	6 304
Kernhaushalte	524 162	532 591	538 389
Extrahaushalte	75 948	82 808	106 54
Gemeinden (Kernhaushalte und Extrahaushalte)	123 569	129 633	135 178
Wertpapierschulden und Kredite	84363	85 613	87 758
Kassenkredite	39 206	44 020	47 419
Kernhaushalte	115 253	121 092	126 33
Zweckverbände ³ und sonstige Extrahaushalte	8 3 1 5	8 542	8 8 4 6
Gesetzliche Sozialversicherung (Kern- und Extrahaushalte)	539	823	665
Wertpapierschulden und Kredite	539	765	66
Kassenkredite	0	58	2
Kernhaushalte	506	735	627
Extrahaushalte ⁴	32	88	38
Schulden insgesamt (€)			
je Einwohner	24 607	25 215	25 685
Maastricht-Schuldenstand	2 057 308	2 086 816	2 160 193
in Relation zum BIP in %	82,5	80,0	81,0
nachrichtlich:			
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd.€)	2 495	2 610	2 666
Einwohner 30.06.	81 750 716	80 327 900	80 523 746

 $^{^1}$ Aufgrund methodischer Änderungen und Erweiterung des Berichtskreises nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; \ Bundesministerium \ der \ Finanzen, \ eigene \ Berechnungen.$

 $^{^2 \,} Einschließlich \, aller \, \"{o} ffentlichen \, Fonds, \, Einrichtungen \, und \, Unternehmen \, des \, Staatssektors.$

 $^{^3}$ Zweckverbände des Staatssektors unabhängig von der Art des Rechnungswesens.

 $^{^4\,\}mathrm{Nur}\,\mathrm{Extra}$ haus halte der gesetzlichen Sozialversicherung unter Bundesaufsicht.

Tabelle 14: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

		Abgrenzun	g der Volkswirtscha	aftlichen Gesamt	rechungen²		Abgrenzung de	r Finanzstatistik
Jahr	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher Ge	esamthaushalt³
		in Mrd. €		ir	n Relation zum BIP in	1%	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-3,2	-1,4
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,3	-1,2
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-31,7	-5,7
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-43,9	-54,9	11,1	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1
1992	-40,3	-38,5	-1,8	-2,4	-2,3	-0,1	-59,2	-3,6
1993	-50,5	-53,3	2,8	-3,0	-3,1	0,2	-70,5	-4,2
1994	-44,2	-45,9	1,7	-2,5	-2,6	0,1	-59,5	-3,3
1995	-175,4	-167,9	-7,5	-9,5	-9,1	-0,4	-	-
1995 ⁴	-55,8	-48,3	-7,5	-3,0	-2,6	-0,4	-55,9	-3,0
1996	-62,8	-56,5	-6,3	-3,4	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3
1997	-52,6	-53,8	1,1	-2,8	-2,8	0,1	-48,1	-2,5
1998	-45,8	-48,1	2,4	-2,3	-2,5	0,1	-28,8	-1,5
1999	-32,2	-36,9	4,8	-1,6	-1,8	0,2	-26,9	-1,3
2000 ⁵	-27,5	-27,4	-0,1	-1,3	-1,3	0,0	-	-
2000	23,3	23,4	-0,1	1,1	1,1	0,0	-34,0	-1,7
2001	-64,6	-60,4	-4,3	-3,1	-2,9	-0,2	-47,3	-2,3
2002	-82,0	-75,9	-6,1	-3,8	-3,6	-0,3	-57,0	-2,7
2003	-89,1	-82,3	-6,8	-4,2	-3,8	-0,3	-65,5	-3,1
2004	-82,6	-81,7	-0,9	-3,8	-3,7	0,0	-65,5	-3,0
2005	-74,1	-70,1	-4,0	-3,3	-3,2	-0,2	-52,5	-2,4
2006	-38,2	-43,2	5,0	-1,7	-1,9	0,2	-40,5	-1,8
2007	5,5	-5,3	10,8	0,2	-0,2	0,4	-0,6	0,0
2008	-1,8	-8,7	6,9	-0,1	-0,4	0,3	-10,4	-0,4
2009	-73,6	-59,3	-14,3	-3,1	-2,5	-0,6	-90,0	-3,8
2010	-104,3	-108,4	4,0	-4,2	-4,3	0,2	-78,7	-3,2
2011	-21,5	-36,6	15,2	-0,8	-1,4	0,6	-27,7	-1,1
2012	2,3	-16,0	18,3	0,1	-0,6	0,7	-28,7	-1,1
2013	0,3	-6,4	6,6	0,0	-0,2	0,2	-15	- 1/2

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2010 bis 2012: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2013. 2013: Vorläufiges Ergebnis; Stand: Februar 2014.

³ Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Extrahaushalte, ohne Sozialversicherung, ab 1997 ohne Krankenhäuser. Bis 2010: Rechnungsergebnisse, 2011 und 2012: Kassenergebnisse, 2013: Schätzung.

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt, Wohnungswirtschaft der DDR) beziehungsweise gel. Vermögensübertragungen (Deutsche Kredit Bank).

⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land						in % de	s BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000²	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-9,5	1,1	-3,3	-4,2	-0,8	0,1	0,0	0,1	0,
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,5	-3,7	-3,7	-4,0	-2,8	-2,6	-2,
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,6	0,2	1,1	-0,2	-0,4	-0,1	-0,
Irland	-	-10,5	-2,7	-2,2	4,9	1,6	-30,6	-13,1	-8,2	-7,4	-5,0	-3,
Griechenland	-	-	-14,2	-9,1	-3,7	-5,5	-10,7	-9,5	-9,0	-13,5	-2,0	-1,
Spanien	-	-	-	-7,2	-0,9	1,3	-9,6	-9,6	-10,6	-6,8	-5,9	-6,
Frankreich	-0,3	-3,1	-2,5	-5,5	-1,5	-2,9	-7,1	-5,3	-4,8	-4,1	-3,8	-3,
Italien	-6,9	-12,3	-11,4	-7,4	-0,8	-4,4	-4,5	-3,8	-3,0	-3,0	-2,7	-2,
Zypern	-	-	-	-0,9	-2,3	-2,4	-5,3	-6,3	-6,4	-8,3	-8,4	-6,
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	-0,8	0,1	-0,6	-0,9	-1,0	-2,
Malta	-	-	-	-3,7	-5,7	-2,9	-3,5	-2,8	-3,3	-3,4	-3,4	-3,
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	2,0	-0,3	-5,1	-4,3	-4,1	-3,3	-3,3	-3,
Österreich	-2,1	-3,1	-2,6	-5,8	-1,7	-1,7	-4,5	-2,5	-2,5	-2,5	-1,9	-1,
Portugal	-6,9	-8,3	-6,1	-5,4	-3,3	-6,5	-9,8	-4,3	-6,4	-5,9	-4,0	-2,
Slowenien	-	-	-	-8,3	-3,7	-1,5	-5,9	-6,3	-3,8	-5,8	-7,1	-3,
Slowakei	-	-	-	-3,4	-12,3	-2,8	-7,7	-5,1	-4,5	-3,0	-3,2	-3,
Finnland	3,8	3,4	5,4	-6,1	7,0	2,9	-2,5	-0,7	-1,8	-2,2	-2,3	-2,
Euroraum	-	-	-	-7,2	-0,1	-2,5	-6,2	-4,2	-3,7	-3,1	-2,5	-2,
Bulgarien	-	-	-	-8,0	-0,5	1,0	-3,1	-2,0	-0,8	-2,0	-2,0	-1,
Tschechien	-	-	-	-12,8	-3,6	-3,2	-4,7	-3,2	-4,4	-2,9	-3,0	-3,
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,3	5,2	-2,5	-1,8	-4,1	-1,7	-1,7	-2,
Kroatien	-	-	-	-	-	-	-6,4	-7,8	-5,0	-5,4	-6,5	-6,
Lettland	-	-	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-8,1	-3,6	-1,3	-1,4	-1,0	-1,
Litauen	-	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-7,2	-5,5	-3,2	-3,0	-2,5	-1,
Ungarn	-	-	-	-8,8	-3,0	-7,9	-4,3	4,3	-2,0	-2,9	-3,0	-2,
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-7,9	-5,0	-3,9	-4,8	4,6	-3,
Rumänien	-	-	-	-2,0	-4,7	-1,2	-6,8	-5,6	-3,0	-2,5	-2,0	-1,
Schweden	-	-	-	-7,4	3,6	2,2	0,3	0,2	-0,2	-0,9	-1,2	-0,
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,8	3,5	-3,4	-10,1	-7,7	-6,1	-6,4	-5,3	-4,
EU	-	-	-	-6,9	0,6	-2,5	-6,5	-4,4	-3,9	-3,5	-2,7	-2,
USA	-2,2	-4,7	-3,9	-3,1	1,5	-3,1	-10,9	-9,8	-9,1	-6,4	-5,7	-4,
Japan	-	-1,4	2,0	-4,7	-7,5	-4,8	-8,3	-8,9	-9,6	-9,6	-7,2	-5,

 $^{^{\}rm 1}$ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

 $Quellen: EU-Kommission,\ Herbstprognose\ und\ Statistischer\ Annex,\ November\ 2013.$

Stand: November 2013.

² Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Staatsschulden quoten im internationalen Vergleich

Land						in%de	s BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	60,2	68,5	82,5	80,0	81,0	79,6	77,1	74,1
Belgien	74,0	115,0	125,6	130,2	107,8	92,0	95,7	98,0	99,8	100,4	101,3	101,0
Estland	-	-	-	8,2	5,1	4,6	6,7	6,1	9,8	10,0	9,7	9,1
Irland	68,2	99,3	92,0	80,1	37,0	27,2	91,2	104,1	117,4	124,4	120,8	119,1
Griechenland	22,5	48,3	71,7	97,9	104,4	110,0	148,3	170,3	156,9	176,2	175,9	170,9
Spanien	16,5	41,4	42,7	63,3	59,4	43,2	61,7	70,5	86,0	94,8	99,9	104,3
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,5	57,5	66,8	82,4	85,8	90,2	93,5	95,3	96,0
Italien	56,6	80,2	94,3	120,9	108,6	105,7	119,3	120,7	127,0	133,0	134,0	133,1
Zypern	-	-	-	51,8	59,6	69,4	61,3	71,5	86,6	116,0	124,4	127,4
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,2	6,1	19,5	18,7	21,7	24,5	25,7	28,7
Malta	-	-	-	34,2	53,9	68,0	66,8	69,5	71,3	72,6	73,3	74,1
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	63,4	65,7	71,3	74,8	76,4	76,9
Österreich	35,4	48,0	56,2	68,2	66,2	64,2	72,3	72,8	74,0	74,8	74,5	73,5
Portugal	29,5	56,5	53,3	59,2	50,7	67,7	94,0	108,2	124,1	127,8	126,7	125,7
Slowenien	-	-	-	18,6	26,3	26,7	38,7	47,1	54,4	63,2	70,1	74,2
Slowakei	-	-	-	22,1	50,3	34,2	41,0	43,4	52,4	54,3	57,2	58,1
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,6	43,8	41,7	48,7	49,2	53,6	58,4	61,0	62,5
Euroraum	-	-	-	72,0	69,2	70,5	85,6	87,9	92,6	95,5	95,9	95,4
Bulgarien	-	-	-	-	72,5	27,5	16,2	16,3	18,5	19,4	22,6	24,1
Tschechien	-	-	-	14,0	17,8	28,4	38,4	41,4	46,2	49,0	50,6	52,3
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,6	52,4	37,8	42,7	46,4	45,4	44,3	43,7	45,1
Kroatien	-	-	-	-	-	-	44,9	51,6	55,5	59,6	64,7	69,0
Lettland	-	-	-	15,1	12,4	12,5	44,4	41,9	40,6	42,5	39,3	33,4
Litauen	-	-	-	11,5	23,6	18,3	37,8	38,3	40,5	39,9	40,2	39,6
Ungarn	-	-	-	85,6	56,1	61,7	82,2	82,1	79,8	80,7	79,9	79,4
Polen	-	-	-	49,0	36,8	47,1	54,9	56,2	55,6	58,2	51,0	52,5
Rumänien	-	-	-	6,6	22,5	15,8	30,5	34,7	37,9	38,5	39,1	39,5
Schweden	38,5	59,8	40,6	72,8	53,9	50,4	39,4	38,6	38,2	41,3	41,9	41,0
Vereinigtes Königreich	52,0	51,0	32,7	50,0	40,5	41,7	78,4	84,3	88,7	94,3	96,9	98,6
EU	-	-	-	-	61,8	62,9	80,0	82,9	86,6	89,7	90,2	90,0
USA	41,2	54,1	62,0	68,8	53,0	64,9	95,1	99,4	102,7	104,7	105,2	103,8
Japan	50,7	66,7	67,0	91,2	140,1	186,4	216,0	230,3	238,0	243,4	242,0	242,6

 $Quellen: \ EU-Kommission, Herbstprognose \ und \ Statistischer \ Annex, November \ 2013.$

Stand: November 2013.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

land	Steuern in % des BIP												
Land	1965	1975	1985	1995	2000	2007	2008	2009	2010	2011	2012		
Deutschland ^{2,3}	23,1	22,6	22,9	22,7	22,8	22,9	23,1	22,9	22,0	22,7	23,2		
Belgien	21,3	27,5	30,3	29,2	30,8	30,1	30,1	28,7	29,5	29,9	30,8		
Dänemark	28,8	38,2	44,8	47,7	47,6	47,9	46,8	46,8	46,4	46,7	47,1		
Finnland	28,3	29,1	31,1	31,6	35,3	31,1	30,9	30,1	29,9	31,1	31,0		
Frankreich	22,5	21,1	24,3	24,4	28,4	27,5	27,3	25,8	26,3	27,4	28,3		
Griechenland	12,3	13,8	16,6	19,7	23,8	21,3	21,0	20,0	20,5	21,6	23,1		
Irland	23,3	24,5	29,2	27,5	26,7	26,3	24,1	22,1	21,8	23,3	24,2		
Italien	16,8	13,7	22,0	27,4	30,0	30,3	29,6	29,7	29,5	29,6	30,9		
Japan	13,9	14,5	18,6	17,6	17,3	18,1	17,4	15,9	16,3	16,8	-		
Kanada	23,8	28,3	27,6	30,0	30,2	27,6	27,0	26,6	25,9	25,8	25,9		
Luxemburg	18,8	23,1	29,1	27,3	29,1	25,8	26,7	27,3	26,5	26,0	26,8		
Niederlande	22,7	25,1	23,7	24,1	24,2	25,3	24,7	24,4	24,8	23,7	-		
Norwegen	26,1	29,5	33,8	31,3	33,7	34,0	33,3	32,1	33,1	33,0	32,6		
Österreich	25,4	26,6	27,9	26,5	28,4	27,7	28,5	27,7	27,6	27,8	28,3		
Polen	-	-	-	25,2	19,8	22,8	22,9	20,4	20,6	20,9	-		
Portugal	12,4	12,5	18,1	21,5	22,9	24,0	23,7	21,7	22,3	23,7	23,5		
Schweden	29,2	33,2	35,6	34,4	37,9	35,0	34,9	35,2	34,1	34,1	34,0		
Schweiz	14,9	18,6	19,5	19,6	22,1	21,2	21,6	21,9	21,4	21,6	21,1		
Slowakei	-	-	-	25,3	19,9	17,8	17,4	16,4	16,0	16,5	16,1		
Slowenien	-	-	-	22,3	23,1	24,0	23,1	22,2	23,0	22,1	22,2		
Spanien	10,5	9,7	16,3	20,5	22,4	25,2	21,0	18,8	20,3	20,1	21,1		
Tschechien	-	-	-	21,0	18,9	20,2	19,5	18,9	18,8	19,5	19,9		
Ungarn	-	-	-	26,7	27,8	27,2	27,1	27,4	26,1	24,1	26,2		
Vereinigtes Königreich	25,7	28,8	30,4	27,7	30,2	29,1	29,0	27,4	28,2	29,1	28,4		
Vereinigte Staaten	21,4	19,6	18,4	20,1	21,8	20,6	19,1	17,0	17,6	18,5	18,9		

¹Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2012, Paris 2013.

Stand: Dezember 2013.

 $^{^2 \,} Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik, \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, Gesamtrechnung \, Gesamt$

 $^{^3\,1970\,}bis\,1990\,nur\,alte\,Bundesländer.$

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Abgaben quoten im internationalen Vergleich¹

land				S	teuern und S	uern und Sozialabgaben in % des BIP							
Land	1965	1975	1985	1995	2000	2007	2008	2009	2010	2011	2012		
Deutschland ^{2,3}	31,6	34,3	36,1	37,2	37,5	36,1	36,5	37,4	36,2	36,9	37,6		
Belgien	31,1	39,4	44,3	43,5	44,7	43,6	44,0	43,1	43,5	44,1	45,3		
Dänemark	30,0	38,4	46,1	48,8	49,4	48,9	47,8	47,8	47,4	47,7	48,0		
Finnland	30,4	36,6	39,8	45,7	47,2	43,0	42,9	42,8	42,5	43,7	44,1		
Frankreich	34,2	35,5	42,8	42,9	44,4	43,7	43,5	42,5	42,9	44,1	45,3		
Griechenland	18,0	19,6	25,8	29,1	34,3	32,5	32,1	30,5	31,6	32,2	33,8		
Irland	24,9	28,4	34,2	32,1	30,9	31,1	29,2	27,6	37,4	27,9	28,3		
Italien	25,5	25,4	33,6	39,9	42,0	43,2	43,0	43,4	43,0	43,0	44,4		
Japan	17,8	20,4	26,7	26,4	26,6	28,5	28,5	27,0	27,6	28,6	-		
Kanada	25,2	31,4	31,9	34,9	34,9	32,3	31,6	31,4	30,6	30,4	30,7		
Luxemburg	27,7	32,8	39,5	37,1	39,1	35,6	37,3	39,0	37,3	37,0	37,8		
Niederlande	32,8	40,7	42,4	41,5	39,6	38,7	39,2	38,2	38,9	38,6	-		
Norwegen	29,6	39,2	42,6	40,9	42,6	42,9	42,1	42,0	42,6	42,5	42,2		
Österreich	33,9	36,7	40,9	41,4	43,0	41,8	42,8	42,4	42,2	42,3	43,2		
Polen	-	-	-	36,2	32,8	34,8	34,2	31,7	31,7	32,3	-		
Portugal	15,9	19,1	24,5	29,3	30,9	32,5	32,5	30,7	31,2	33,0	32,5		
Schweden	33,3	41,3	47,4	47,5	51,4	47,4	46,4	46,6	45,4	44,2	44,3		
Schweiz	17,5	23,8	25,2	26,9	29,3	27,7	28,1	28,7	28,1	28,6	28,2		
Slowakei	-	-	-	40,3	34,1	29,5	29,5	29,1	28,3	28,7	28,5		
Slowenien	-	-	-	39,0	37,3	37,7	37,1	37,0	38,1	37,1	37,4		
Spanien	14,7	18,4	27,6	32,1	34,3	37,3	33,1	30,9	32,5	32,2	32,9		
Tschechien	-	-	-	35,9	34,0	35,9	35,0	33,8	33,9	34,9	35,5		
Ungarn	-	-	-	41,5	39,3	40,3	40,1	39,9	38,0	37,1	38,9		
Vereinigtes Königreich	30,4	34,9	37,0	33,6	36,4	35,7	35,8	34,2	34,9	35,7	35,2		
Vereinigte Staaten	24,7	24,6	24,6	26,7	28,4	26,9	25,4	23,3	23,8	24,0	24,3		

 $^{^{1}}$ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2012, Paris 2013.

Stand: Dezember 2013.

 $^{^2} Nicht vergleich bar \ mit \ Quoten \ in \ der \ Abgrenzung \ der \ Volkswirtschaftlichen \ Gesamtrechnung \ oder \ deutschen \ Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 19: Staatsquoten im internationalen Vergleich

				Ges	amtausgab	en des Staat	es in % des B	IP			
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland ¹	45,2	43,6	54,9	45,1	46,9	47,9	45,2	44,7	44,7	44,5	44,2
Belgien	58,4	52,2	52,1	49,0	51,7	52,4	53,3	54,9	54,0	54,0	53,9
Estland	-	-	41,3	36,1	33,6	40,5	37,6	39,5	38,6	37,6	36,7
Finnland	46,5	48,2	61,5	48,3	50,2	55,5	54,8	56,2	57,5	58,0	57,9
Frankreich	51,9	49,6	54,4	51,7	53,5	56,5	55,9	56,6	57,0	56,8	56,6
Griechenland	-	45,2	46,2	47,1	44,4	51,3	51,9	53,6	58,2	47,1	45,1
Irland	52,5	42,3	40,9	31,2	34,0	65,5	47,2	42,7	42,3	40,1	37,6
Italien	49,6	52,6	52,2	45,8	47,9	50,5	49,9	50,7	51,2	50,5	50,1
Luxemburg	-	37,8	39,7	37,6	41,5	43,5	42,6	44,3	44,0	44,0	44,7
Malta	-	_	38,5	39,5	43,6	41,6	41,7	43,4	44,5	44,3	44,5
Niederlande	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	51,4	49,9	50,5	50,2	51,0	49,5
Österreich	53,1	51,5	56,2	51,8	49,9	52,8	50,8	51,7	52,1	51,7	51,3
Portugal	37,5	38,5	41,9	41,6	46,6	51,5	49,3	47,4	49,1	46,8	45,3
Slowakei	-	-	48,6	52,1	38,0	40,0	38,4	37,8	36,0	37,0	36,2
Slowenien	-	-	52,3	46,5	45,1	49,4	49,9	48,1	50,1	52,0	48,4
Spanien	-	-	44,5	39,2	38,4	46,3	45,7	47,8	44,6	43,8	43,2
Zypern	-		33,4	37,1	43,1	46,2	46,3	46,4	48,1	48,0	46,0
Bulgarien	-	-	45,6	41,3	37,3	37,4	35,6	35,9	37,6	38,1	38,4
Dänemark	55,5	55,4	59,3	53,6	52,6	57,5	57,5	59,4	58,0	57,0	56,2
Kroatien	-	_	-	-	-	46,9	47,9	45,5	45,9	47,5	48,2
Lettland	-	31,5	38,4	37,6	35,8	43,4	38,4	36,4	36,2	35,7	35,2
Litauen	-	-	34,4	39,8	34,0	42,2	38,7	36,0	35,5	34,5	33,4
Polen	-	-	47,7	41,1	43,4	45,4	43,4	42,2	41,5	40,7	40,3
Rumänien	-	_	34,1	38,6	33,6	40,1	39,5	36,6	36,3	36,2	36,3
Schweden	-	-	65,0	55,1	53,6	52,0	51,3	51,8	52,5	51,7	50,7
Tschechien	-	-	53,0	41,6	43,0	43,8	43,2	44,5	43,4	43,2	43,1
Ungarn	-	-	55,8	47,7	50,1	49,9	50,0	48,6	50,2	50,8	49,6
Vereinigtes Königreich	48,0	40,4	42,9	36,4	43,4	49,9	48,0	47,9	47,2	46,1	44,9
Euroraum ²	-	-	52,8	46,1	47,3	51,0	49,5	49,9	49,8	49,3	48,8
EU-28	_	-	-	-	-	50,6	49,0	49,3	49,1	48,5	47,9
USA	35,5	35,8	35,7	32,6	34,8	41,1	40,2	38,8	38,0	37,6	37,1
Japan	32,2	31,1	35,5	38,5	36,4	40,7	42,0	42,3	42,4	41,6	41,2

¹1985 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: EU-Kommission "Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft".

Stand: November 2013.

 $^{^2} Einschlie {\tt Blich \, Lettland.}$

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2013 bis 2014

		EU-Hausl	nalt 2013			EU-Haus	shalt 2014	
	Verpflichtu	ıngen	Zahlun	gen	Verpflicht	ungen	Zahlu	ngen
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	71 276,2	47,0	69 236,2	47,9	63 986,3	44,9	62 392,8	46,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	60 159,2	39,7	58 068,0	40,2	59 267,2	41,6	56 458,9	41,7
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	2 194,1	1,4	1 715,2	1,2	2 172,0	1,5	1 677,0	1,2
4. Die EU als globaler Akteur	9 583,1	6,3	6 941,1	4,8	8 325,0	5,8	6 191,2	4,6
5. Verwaltung	8 430,4	5,6	8 430,0	5,8	8 405,1	5,9	8 406,0	6,2
6. Ausgleichszahlungen	75,0	0,0	75,0	0,1	28,6	0,0	28,6	0,0
Besondere Instrumente					456,2	0,32	350,0	0,26
Gesamtbetrag	151 718,0	100,0	144 465,6	100,0	142 640,5	100,0	135 504,6	100,0

Quellen: 2013: Berichtigungshaushaltsplan Nr. 8/2013.

2014: Verabschiedeter Haushalt, Ratsdokument 16106/13 ADD 1.

noch Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2013 bis 2014

	Differe	nz in %	Differen	z in Mio. €
	Sp. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
	10	11	12	13
Rubrik				
1. Nachhaltiges Wachstum	-10,2	-9,9	-7 289,9	-6 843,4
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	-1,5	-2,8	- 892,0	-1 609,1
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	-1,0	-2,2	- 22,1	-38,2
4. Die EU als globaler Akteur	-13,1	-10,8	-1 258,1	- 749,9
5. Verwaltung	-0,3	-0,3	- 25,2	-24,0
6. Ausgleichszahlungen	-61,9	-61,9	- 46,4	- 46,4
Besondere Instrumente			456,2	350,0
Gesamtbetrag	-6,0	-6,2	-9 077,6	-8 961,0

Quellen: 2013: Berichtigungshaushaltsplan Nr. 8/2013.

2014: Verabschiedeter Haushalt, Ratsdokument 16106/13 ADD 1.

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Januar 2014

						in Mio. €						
			Januar 2013		De	ezember 2013	3		Januar 2014			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt		
	Seit dem 1. Januar gebuchte											
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	17 690	20 893	37 042	285 452	306 140	570 105	18 235	21 340	37 99		
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	16 760	19 846	36 606	278 983	293 471	572 454	18 134	20 062	38 19		
111	Steuereinnahmen	15 401	16 643	32 044	259 807	224 209	484 016	16734	17012	33 74		
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	197	2 006	2 203	2 549	56 927	59 476	201	2 165	2 36		
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	-	-	2 881	2 881	-	15	1		
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-			
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	930	1 047	1 977	6 469	12 670	19 139	101	1 278	137		
121	Veräußerungserlöse	822	23	845	4 453	319	4773	29	258	28		
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	812	1	814	4 2 5 8	73	4332	8	216	22		
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	3	778	781	477	7 037	7515	3	829	83		
	Bereinigte Ausgaben ¹											
2	für das laufende Haushaltsjahr	37 510	28 454	64 423	307 843	306 625	592 982	38 484	29 303	66 21		
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	35 611	26 907	62 518	273 811	275 129	548 940	36 573	27 755	64 32		
211	Personalausgaben	3 132	11 915	15 047	28 575	110 284	138 860	3 095	12 385	15 48		
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	971	3 622	4 593	8 2 1 6	32 556	40 772	985	3 894	487		
212	Laufender Sachaufwand	1 2 1 0	2 3 1 5	3 525	21 828	27 719	49 547	1 242	2 161	3 40		
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	678	1 481	2 159	12 575	17 951	30526	734	1 483	2 21		
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	10 838	2 844	13 682	31 302	17 494	48 797	9 406	2 638	12 04		
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	873	4 695	5 568	27 273	68 450	95 722	1 032	5 140	617		
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	- 29	- 29	-	- 128	-128	-	25	2		
2142	Zuweisungen an Gemeinden	1	4 2 7 3	4274	8	63 744	63 753	1	4 641	464		
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	1 899	1 547	3 446	34 032	31 495	65 527	1911	1 548	3 45		
221	Sachinvestitionen	231	214	445	7 895	6 411	14306	208	190	39		
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	630	448	1 079	4925	10861	15786	646	395	1 04		
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	1816	1 544	3 360	33 477	30 803	64280	1 806	1 543	3 35		

 $Abweichung en \, durch \, Rundung \, der \, Zahlen \, m\"{o}glich.$

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 1: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Januar 2014

						in Mio. €					
			Januar 2013		De	zember 201	3	Januar 2014			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-19 803 ²	-7 561	-27 364	-22 348 ²	- 485	-22 833	-20 235 ²	-7 963	-28 19	
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung										
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	19 739	9 082	28 820	251 160	82 857	334017	827	7 207	8 03	
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	22 960	13 631	36 591	229 088	86 440	315 528	19361	17 968	37 33	
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-3 222	-4 549	-7 771	22 072	-3 583	18 489	-18 534	-10 762	-29 29	
	Zum Ende des Monats bestehende										
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände										
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	3 486	3 869	7 354	-5 772	3 628	-2 143	8 710	5 709	1441	
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	15 004	15 004	-	13 559	13 559	-	12 857	12 85	
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-3 485	-4 575	-8 060	6 103	-5 323	779	-8 709	-4818	-13 52	

² Einschließlich haushaltstechnische Verrechnungen.

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Februar 2014

						in Mio. €				
			Februar 2013			Januar 2014			Februar 2014	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	35 678	45 094	78 078	18 235	21 340	37 998	35 554	45 887	78 643
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	34638	43 236	77 874	18 134	20 062	38 196	34959	44 154	79 11
111	Steuereinnahmen	32 436	34093	66 528	16734	17 012	33 745	32 448	35 473	67 92
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	159	6815	6974	201	2 165	2 366	424	6 953	7 37
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	-	-	15	15	-	-	
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	1 040	1 858	2 898	101	1 278	1 379	595	1 733	2 32
121	Veräußerungserlöse	840	49	889	29	258	287	43	270	31:
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	812	9	821	8	216	224	8	216	22
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	31	1 399	1 429	3	829	832	9	1 157	116
_	Bereinigte Ausgaben ¹			400.004	20.404				50.400	100.10
2	für das laufende Haushaltsjahr	59 487	50 032	106 824	38 484	29 303	66 210	59 707	52 192	109 10
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	56 662	47 221	103 882	36 573	27 755	64 328	56 595	49 151	105 74
211	Personalausgaben	5 507	20726	26 233	3 095	12 385	15 480	5 5 3 9	21 537	27 07
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	1 678	6210	7 887	985	3 894	4879	1716	6 645	8 36
212	Laufender Sachaufwand	2 639	4292	6 9 3 0	1 242	2 161	3 403	2 518	4184	6 70
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	1 613	2 755	4368	734	1 483	2 217	1 624	2 879	4 50
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	11 703	4761	16 465	9 406	2 638	12 044	10 481	4 435	1491
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 174	8 557	10731	1 032	5 140	6 172	2 407	9 424	11 83
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	4	4	-	25	25	-	90	9
2142	Zuweisungen an Gemeinden	1	7 822	7 823	1	4 641	4 642	2	8 473	8 47
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	2 825	2812	5 637	1911	1 548	3 459	3 112	3 041	6 15
221	Sachinvestitionen	446	481	927	208	190	398	467	447	91
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	765	779	1 544	646	395	1 042	805	519	1 32
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	2 731	2 790	5 522	1 806	1 543	3 350	2 981	3 0 1 4	5 99

 $Abweichung en \, durch \, Rundung \, der \, Zahlen \, m\"{o}glich.$

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Februar 2014

						in Mio. €				
			Februar 2013			Januar 2014			Februar 2014	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 23 786 ²	-4 938	-28 724	-20 235 ²	-7 963	-28 198	-24 137 ²	-6 305	-30 44
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	30 734	16 209	46 943	827	7 207	8 034	23 824	12 061	35 88
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	30 903	24 295	55 198	19361	17 968	37 330	29 004	26 529	55 53
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	- 168	-8 087	-8 255	-18 534	-10 762	-29 296	-5 179	-14 468	-1964
	Zum Ende des Monats bestehende									
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-5 852	4 2 4 4	-1 608	8 710	5 709	14419	582	5 630	6 2 1
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	15 091	15 091	-	12 857	12 857	-	13 459	13 45
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	5 853	-5 451	402	-8 709	-4818	-13 528	- 581	-5 684	-6 26

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Einschließlich haushaltstechnische Verrechnungen.

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Januar 2014

		in Mio. €										
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland		
I	Seit dem 1. Januar gebuchte Bereinigte Einnahmen ¹	2 958	3 659	634	1 444	448	1 815	4 190	1 019	244		
I1	für das laufende Haushaltsjahr Einnahmen der laufenden	2 817	3 521	598	1 400	402	1 509	4051	945	239		
111	Rechung Steuereinnahmen	2 483	3 021	503	1 211	296	1 209	3 621	692	215		
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	181	177	60	123	81	132	248	174	14		
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	-	-	-	-	-	-	15		
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	38	21	-	16	(
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	141	138	36	45	46	306	139	74	(
121	Veräußerungserlöse	0	-	0	0	0	214	2	-	-		
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	-	-	-	-	214	-	-			
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	119	124	25	44	18	86	134	23	4		
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	3 789	4 543 ª	898	1 859	810	2 313	6 365	1 709	412		
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	3 654	4414 ^a	864	1 807	741	2 240	5713	1 600	399		
211	Personalausgaben	2 205	2 676	320	715	149	877 ²	1 857 ²	810	209		
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	744	821	32	245	12	306	687	274	8		
212	Laufender Sachaufwand	150	293	45	190	44	121	347	90	10		
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	136	237	35	170	39	103	257	78	1!		
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	443	258 ^a	50	261	46	188	487	142	9		
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	332	811	289	412	233	721	1 340	339	5		
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	220	365	-	102	-	-	-	-			
2142	Zuweisungen an Gemeinden	103	435	232	296	206	637	1324	335	5		
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	135	129	35	51	70	73	651	109	1:		
221	Sachinvestitionen	25	69	2	27	5	7	7	3			
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	21	10	16	7	53	14	211	12			
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	135	127	35	51	70	73	650	109	1		

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Januar 2014

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 831	- 884 ^b	- 264	- 414	- 362	- 498	-2 175	- 690	- 16
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	76	1 060 °	-	-	125	1 891	918	1 561	252
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	5 550	2 282 ^d	120	1 000	325	411	1 950	2 348	200
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-5 474	-1 222 ^e	- 120	-1 000	-200	1 481	-1 032	- 787	52
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten		-	-	1910	-	-	965	279	3
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 258	-	-	1 489	280	1 641	1 222	2	1
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-1 239	0	- 449	75	335	2 087	-1 697	- 279	- 9

 $^{^1} In\, der\, L\"{a}nder summe \, ohne\, Zuweisungen\, von\, L\"{a}ndern\, im\, L\"{a}nder finanzausgleich.$

²Ohne Februar-Bezüge.

 $^{^3}$ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 113,2 Mio. €, b - 113,2 Mio. €, c 40,0 Mio. €, d 92,0 Mio. €, e - 52,0. €.

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Januar 2014

		in Mio. €									
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen		
1	Seit dem 1. Januar gebuchte Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	1 133	580	729	682	1 790	175	502	21 340		
11	Einnahmen der laufenden Rechung	968	555	705	659	1 704	163	490	20 062		
111	Steuereinnahmen	743	426	602	540	1 061	79	310	17012		
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	157	107	58	97	456	59	43	2 165		
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	-	-	-	-	-	15		
1122	Länderfinanzausgleich ¹	82	46	-	45	363	46	-	-		
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	164	25	24	24	87	12	13	1 2 7 8		
121	Veräußerungserlöse	-	0	1	1	37	-	-	258		
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	0	0		0	-	-	216		
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	132	24	22	21	33	12	9	829		
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende	1 139	726	1 058	945	2 091	525	785	29 303		
21	Haushaltsjahr Ausgaben der laufenden	1 073	702	1 040	922	2 001	494	755	27 755		
21	Rechnung										
211	Personalausgaben	417	201	522	200	902	135	191	12 385		
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	32	19	193	17	267	45	114	3 894		
212	Laufender Sachaufwand	54	110	32	41	425	82	123	2 161		
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	50	22	26	30	167	29	91	1 483		
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	73	90	132	79	150	63	80	2 638		
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	349	156	292	438	28	5	6	5 140		
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	25		
2142	Zuweisungen an Gemeinden	280	90	246	404	0	1	2	4 641		
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	66	23	18	23	90	31	31	1 548		
221	Sachinvestitionen	10	5	1	11	6	1	11	190		
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	30	4	7	2	3	5	-	395		
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	66	23	17	23	90	31	31	1 543		

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Januar 2014

					in M	io.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 7	- 145	- 329	- 263	- 301	- 349	- 283	-7 963
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-	106	-226	295	825	113	210	7 207
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	270	584	492	220	963	811	443	17 968
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	- 270	- 477	-718	75	- 138	- 697	- 233	-10 762
	Zum Ende des Monats bestehende								
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	924	-	-	208	762	630	5 709
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	4164	2	-	100	420	638	1 624	12 857
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	-1 087	-1 047	75	- 200	- 779	-516	-4818

 $^{^1} In \, der \, L\"{a}nder summe \, ohne \, Zuweisungen \, von \, L\"{a}ndern \, im \, L\"{a}nder finanzausgleich.$

²Ohne Februar-Bezüge.

³BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 113,2 Mio. €, b -113,2 Mio. €, c 40,0 Mio. €, d 92,0 Mio. €, e -52,0. €.

 $Gesamtwirts chaftliches \ Produktions potenzial \ und \ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 4: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Februar 2014

		in Mio. €									
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland	
	Seit dem 1. Januar gebuchte										
ı	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	5 790	7 260	1 695	3 071	1 013	4 461	8 423	2 321	482	
11	Einnahmen der laufenden Rechung	5 622	7 073	1 642	2 992	948	4114	8 242	2 230	466	
111	Steuereinnahmen	4 662	5 643	1 301	2 3 9 0	706	3 131	6726	1 600	385	
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	668	766	220	442	202	553	1 142	473	63	
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	76	37	-	43	14	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	168	187	52	79	65	347	180	91	16	
121	Veräußerungserlöse	0	-	4	1	1	214	3	0	2	
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	-	0	-	-	214	-	-	1	
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	145	155	37	78	24	121	169	36	10	
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende	6 354	7 977 a	1 717	3 639	1 254	4 401	10 472	3 221	785	
21	Haushaltsjahr Ausgaben der laufenden Rechnung	6 104	7 688 ^a	1 606	3 431	1 128	4 2 5 1	9 534	3 011	754	
211	Personalausgaben	3 495	4249	509	1 411	297	1 733 ²	3 673 ²	1 276	329	
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	1 161	1 292	50	481	22	596	1 327	433	137	
212	Laufender Sachaufwand	290	572	92	319	70	249	602	171	30	
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	269	454	77	269	61	217	455	143	26	
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	587	324 a	90	323	64	485	873	343	157	
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	817	1 628	630	854	361	1 021	2 050	881	102	
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	539	730	-	216	-	-	-	-	-	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	261	876	532	581	306	927	1 999	872	101	
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	251	288	111	208	125	150	938	210	31	
221	Sachinvestitionen	63	149	7	61	11	16	10	6	2	
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	43	26	37	99	86	28	- 67	56	8	
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	251	271	111	208	125	150	933	210	29	

 $Gesamtwirts chaftliches \ Produktionspotenzial \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 4: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Februar 2014

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 565	- 716 b	- 22	- 568	- 241	60	-2 049	- 900	- 303
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	427	1 101 °	-	-	125	2 423	1 174	2 011	233
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	5 550	2 290 d	210	1 000	375	2 420	3 567	2 576	342
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-5 123	-1 189 ^e	-210	-1 000	- 250	3	-2 393	- 565	- 110
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	-	1 470	-	-	160	630	-
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 248	-	6	1 295	279	2 004	1 167	3	472
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	- 976	0	-1 070	- 273	438	1 358	-13	- 630	60

¹In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

² Ohne März-Bezüge.

³ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 129,3 Mio. €, b -129,3 Mio. €, c 40,0 Mio. €, d 92,0 Mio. €, e -52,0. €.

 $Gesamtwirts chaftliches \ Produktionspotenzial \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 4: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Februar 2014

		in Mio. €									
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen		
	Seit dem 1. Januar gebuchte										
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	2 587	1 366	1 432	1 302	3 689	665	1 726	45 887		
11	Einnahmen der laufenden Rechung	2 371	1 288	1 401	1 256	3 547	649	1 707	44 154		
111	Steuereinnahmen	1834	967	1 096	956	2315	386	1 376	35 473		
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	427	275	191	258	943	208	123	6 953		
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	-	-	-	-	-	-		
1122	Länderfinanzausgleich ¹	164	91	-	89	720	161	-	-		
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	216	77	31	46	142	17	18	1 733		
121	Veräußerungserlöse	-	0	1	1	41	-	3	270		
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	0	0	-	0	-	-	216		
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	169	47	28	34	80	14	9	1 157		
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	2 390	1 591	1 797	1 508	3 849	867	1 766	52 192		
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	2 161	1 480	1 755	1 435	3 708	808	1 693	49 151		
211	Personalausgaben	728	400	812	398	1 473	252	504	21 537		
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	52	36	298	34	415	86	227	6 645		
212	Laufender Sachaufwand	130	174	80	88	874	140	304	4184		
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	98	45	70	59	351	57	229	2 879		
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	98	157	206	140	322	105	161	4 435		
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	860	450	501	547	54	20	43	9 424		
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	90		
2142	Zuweisungen an Gemeinden	727	358	452	477	1	2	2	8 473		
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	229	111	42	73	141	59	73	3 041		
221	Sachinvestitionen	37	18	4	18	18	2	27	447		
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	109	43	9	12	6	17	8	519		
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	229	111	41	73	141	59	73	3 014		

 $Gesamtwirts chaftliches \ Produktionspotenzial \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 4: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Februar 2014

					in M	io.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	197	- 226	- 365	- 206	- 160	- 202	- 41	-6 305
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-	263	279	327	1 125	1313	1 260	12 061
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	280	1 759	719	292	2 397	2 124	629	26 529
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	- 280	-1 495	- 440	35	-1 272	-811	631	-14 468
	Zum Ende des Monats bestehende								
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	961	-	-	1 037	968	403	5 630
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	4 193	82	-	100	460	632	1 520	13 459
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	-2 073	-806	79	-1 029	-1 340	591	-5 684

 $^{^1 \}text{In der L\"{a}nder summe ohne Zuweisungen von L\"{a}nder nim L\"{a}nder finanzausgleich.}$

²Ohne März-Bezüge.

³ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 129,3 Mio. €, b - 129,3 Mio. €, c 40,0 Mio. €, d 92,0 Mio. €, e - 52,0. €.

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

Stand: Frühjahrsprojektion der Bundesregierung vom 15. April 2014

Erläuterungen zu den Tabellen 1 bis 8

- 1. Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der Europäischen Union (EU) für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar, und zwar auf der Internetseite https://circabc. europa.eu/. Die Budgetsemielastizität basiert auf den von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) geschätzten Teilelastizitäten der einzelnen Abgaben und Ausgaben in Bezug zur Produktionslücke (siehe Girouard und André (2005), "Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries", OECD Economics Department Working Papers 434) sowie auf methodischen Erweiterungen und Aktualisierung des für Einnahmen- und Ausgabenstruktur und deren Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt herangezogenen Stützungszeitraums durch die Europäische Kommission (siehe Mourre, Isbasoiu, Paternoster und Salto (2013): "The Cyclically-Adjusted Budget Balance Used in the EU Fiscal Framework: An Update", Europäische Kommission, European Economy, Economic Papers 478).
- 2. Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen

Bundesamts sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts zugrunde gelegt (Variante 1-W1), die an aktuelle Entwicklungen angepasst wird (z. B. Zuwanderung). Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigem und Partizipationsraten werden - im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinaus verlängert, um dem Randwertproblem bei Glättungen mit dem Hodrick-Prescott-Filter Rechnung zu tragen.

- 3. Die Bundesregierung verwendet seit ihrer Frühjahresprojektion 2014 eine modifizierte Fortschreibungsregel für die strukturelle Arbeitslosigkeit (NAWRU). Im Jahr 2016 wird die NAWRU mit der halben Vorjahresdifferenz fortgeschrieben. Darüber hinaus wird die NAWRU auf dem Niveau von 2016 beibehalten. Die Europäische Kommission wird diese neue Regel ebenfalls erstmalig in der Frühjahrsprognose 2014 verwenden.
- Für den Zeitraum vor 1991 werden
 Rückrechnungen auf der Grundlage von
 Zahlenangaben des Statistischen Bundesamts
 zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in
 Westdeutschland durchgeführt.
- 5. Die Berechnungen basieren auf dem Stand der Frühjahrsprojektion 2014 der Bundesregierung.
- 6. Das Produktionspotenzial ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren.

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Die Produktionslücke kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des Bruttoinlandsprodukts vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unter- beziehungsweise Überauslastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von "negativen" beziehungsweise "positiven" Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der **Potenzialpfad** beschreibt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslückendienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für die neue Schuldenregel, sondern auch, um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist,

neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mithilfe einer Konjunkturkomponente, die die zulässige Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell guten Zeiten einschränkt. Die Budgetsemielastizität als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind im Monatsbericht Februar 2011, Artikel "Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel" zu finden.

(http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_123210/DE/BMF__Startseite/Aktuelles/Monatsbericht__des__BMF/2011/02/analysen-und-berichte/b03-konjunkturkomponente-desbundes/node.html?__nnn=true).

Tabelle 1: Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Budgetsemieslastizität	Konjunkturkomponente ¹
		in Mrd. € (nominal)		budgetsermesiastizität	in Mrd. € (nominal)
2014	2 857,7	2 834,5	-23,2	0,210	-4,9
2015	2 949,0	2 941,1	-8,0	0,210	-1,7
2016	3 039,0	3 032,3	-6,7	0,210	-1,4
2017	3 129,2	3 126,3	-2,9	0,210	-0,6
2018	3 223,2	3 223,2	0,0	0,210	0,0

¹ Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Die für die Haushaltsaufstellung letztlich maßgeblichen Werte sind den jeweiligen Haushaltsgesetzen des Bundes zu entnehmen.

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 2: Produktionspotenzial und -lücken

		Produktion	spotenzial		Produktionslücken					
	preisbe	ereinigt	nom	ninal	preisber	einigt	nom	ninal		
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd.€	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BIP		
1980	1 383,6		835,3		32,1	2,3	19,4	2,3		
1981	1 414,5	+2,2	889,6	+6,5	8,7	0,6	5,5	0,6		
1982	1 443,4	+2,0	949,4	+6,7	-25,8	-1,8	-17,0	-1,8		
1983	1 472,5	+2,0	995,7	+4,9	-32,6	-2,2	-22,0	-2,2		
1984	1 502,7	+2,1	1 036,3	+4,1	-22,2	-1,5	-15,3	-1,5		
1985	1 533,8	+2,1	1 080,2	+4,2	-18,8	-1,2	-13,2	-1,2		
1986	1 568,4	+2,3	1 137,7	+5,3	-18,7	-1,2	-13,6	-1,2		
1987	1 604,8	+2,3	1 179,0	+3,6	-33,4	-2,1	-24,5	-2,1		
1988	1 644,3	+2,5	1 228,5	+4,2	-14,6	-0,9	-10,9	-0,9		
1989	1 689,5	+2,7	1 298,6	+5,7	3,7	0,2	2,8	0,2		
1990	1 739,1	+2,9	1 382,1	+6,4	43,0	2,5	34,2	2,5		
1991	1 791,8	+3,0	1 468,0	+6,2	81,3	4,5	66,6	4,5		
1992	1 845,9	+3,0	1 593,9	+8,6	63,1	3,4	54,5	3,4		
1993	1 894,2	+2,6	1 700,8	+6,7	-4,4	-0,2	-3,9	-0,2		
1994	1 934,1	+2,1	1 779,9	+4,6	2,5	0,1	2,3	0,1		
1995	1 968,9	+1,8	1 848,3	+3,8	0,2	0,0	0,2	0,0		
1996	2 000,6	+1,6	1 890,1	+2,3	-16,0	-0,8	-15,1	-0,8		
1997	2 030,6	+1,5	1 923,5	+1,8	-11,5	-0,6	-10,9	-0,6		
1998	2 060,6	+1,5	1 963,4	+2,1	-3,9	-0,2	-3,7	-0,2		
1999	2 092,8	+1,6	1 997,9	+1,8	2,4	0,1	2,3	0,1		
2000	2 126,5	+1,6	2 016,4	+0,9	32,8	1,5	31,1	1,5		
2001	2 159,7	+1,6	2 071,0	+2,7	32,2	1,5	30,9	1,5		
2002	2 191,2	+1,5	2 131,2	+2,9	1,0	0,0	1,0	0,0		
2003	2 220,0	+1,3	2 183,0	+2,4	-36,1	-1,6	-35,5	-1,6		
2004	2 248,4	+1,3	2 234,6	+2,4	-39,2	-1,7	-38,9	-1,7		
2005	2 276,4	+1,2	2 276,4	+1,9	-52,0	-2,3	-52,0	-2,3		
2006	2 306,0	+1,3	2 313,2	+1,6	0,7	0,0	0,7	0,0		
2007	2 335,9	+1,3	2 381,4	+2,9	46,2	2,0	47,1	2,0		
2008	2 364,0	+1,2	2 428,7	+2,0	43,9	1,9	45,1	1,9		
2009	2 385,5	+0,9	2 479,7	+2,1	-101,5	-4,3	-105,5	-4,3		
2010	2 409,6	+1,0	2 530,6	+2,1	-33,9	-1,4	-35,6	-1,4		
2011	2 439,4	+1,2	2 593,5	+2,5	15,4	0,6	16,4	0,6		
2012	2 473,6	+1,4	2 668,4	+2,9	-1,8	-0,1	-2,0	-0,1		
2013	2 510,8	+1,5	2 768,9	+3,8	-28,4	-1,1	-31,3	-1,1		
2014	2 548,8	+1,5	2 857,7	+3,2	-20,7	-0,8	-23,2	-0,8		
2015	2 586,7	+1,5	2 949,0	+3,2	-7,0	-0,3	-8,0	-0,3		
2016	2 621,5	+1,3	3 039,0	+3,0	-5,8	-0,2	-6,7	-0,2		
2017	2 654,8	+1,3	3 129,2	+3,0	-2,5	-0,2	-2,9	-0,1		
2017	2 689,3	+1,3	3 223,2	+3,0	0,0	0,0	0,0	0,0		

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 3: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum¹

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit	Kapital
	in%ggü.Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
1981	+2,2	1,0	0,1	1,1
1982	+2,0	1,0	0,0	1,0
1983	+2,0	1,2	-0,1	0,9
1984	+2,1	1,2	-0,1	0,9
1985	+2,1	1,3	-0,1	0,8
1986	+2,3	1,4	0,0	0,8
1987	+2,3	1,5	0,0	0,8
1988	+2,5	1,6	0,0	0,8
1989	+2,7	1,7	0,1	0,9
1990	+2,9	1,8	0,2	0,9
1991	+3,0	1,8	0,2	1,0
1992	+3,0	1,6	0,2	1,1
1993	+2,6	1,4	0,1	1,1
1994	+2,1	1,3	-0,2	1,0
1995	+1,8	1,1	-0,3	1,0
1996	+1,6	1,0	-0,3	0,9
1997	+1,5	1,0	-0,3	0,9
1998	+1,5	0,9	-0,3	0,9
1999	+1,6	0,9	-0,2	0,9
2000	+1,6	1,0	-0,2	0,9
2001	+1,6	1,0	-0,2	0,8
2002	+1,5	0,9	-0,1	0,7
2003	+1,3	0,8	-0,1	0,6
2004	+1,3	0,8	0,0	0,5
2005	+1,2	0,8	0,0	0,5
2006	+1,3	0,8	0,0	0,5
2007	+1,3	0,7	0,1	0,5
2008	+1,2	0,6	0,1	0,5
2009	+0,9	0,5	0,0	0,4
2010	+1,0	0,5	0,1	0,4
2011	+1,2	0,5	0,3	0,4
2012	+1,4	0,5	0,5	0,4
2013	+1,5	0,6	0,6	0,4
2014	+1,5	0,6	0,5	0,4
2015	+1,5	0,7	0,4	0,4
2016	+1,3	0,7	0,2	0,4
2017	+1,3	0,7	0,1	0,4
2018	+1,3	0,8	0,1	0,5

 $^{^{1}} Abweichungen \, des \, ausgewiesen en \, Potenzial wachstums \, von \, der \, Summe \, der \, Wachstums beiträge \, sind \, rundungsbedingt.$

 $Gesamtwirts chaftliches \ Produktionspotenzial \ und \ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisbereinigt ¹		nominal	
	in Mrd.€	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1960	689,7		166,7	
961	721,6	+4,6	186,4	+11,8
1962	755,3	+4,7	207,0	+11,1
1963	776,5	+2,8	219,3	+5,9
1964	828,3	+6,7	243,2	+10,9
1965	872,6	+5,4	266,9	+9,7
1966	896,9	+2,8	276,9	+3,7
1967	894,2	-0,3	271,9	-1,8
1968	942,9	+5,5	298,5	+9,8
969	1 013,3	+7,5	340,5	+14,1
1970	1 064,3	+5,0	390,9	+14,8
1971	1 097,7	+3,1	433,8	+11,0
1972	1 144,9	+4,3	473,0	+9,0
1973	1 199,6	+4,8	526,8	+11,4
1974	1 210,3	+0,9	570,2	+8,2
1975	1 199,8	-0,9	597,2	+4,8
1976	1 259,1	+4,9	647,5	+8,4
1977	1 301,3	+3,3	690,0	+6,6
1978	1 340,4	+3,0	735,9	+6,7
1979	1 396,1	+4,2	799,2	+8,6
1980	1 415,7	+1,4	854,7	+6,9
1981	1 423,2	+0,5	895,1	+4,7
1982	1 417,6	-0,4	932,4	+4,2
1983	1 439,9	+1,6	973,6	+4,4
1984	1 480,6	+2,8	1 021,0	+4,9
1985	1 515,0	+2,3	1 067,0	+4,5
1986	1 549,7	+2,3	1 124,2	+5,4
1987	1 571,4	+1,4	1 154,5	+2,7
1988	1 629,7	+3,7	1 217,5	+5,5
1989	1 693,2	+3,9	1 301,4	+6,9
1990	1 782,1	+5,3	1 416,3	+8,8
1991	1873,2	+5,1	1 534,6	+8,4
1992	1 909,0	+1,9	1 648,4	+7,4
1993	1 889,9	-1,0	1 696,9	+2,9
994	1 936,6	+2,5	1782,2	+5,0
1995	1 969,0	+1,7	1 848,5	+3,7
1996	1 984,6	+0,8	1 875,0	+1,4
1997	2019,1	+1,7	1912,6	+2,0
1998	2 056,7	+1,9	1 959,7	+2,5
1999	2 095,2	+1,9	2 000,2	+2,1

 $Gesamtwirts chaftliches \ Produktionspotenzial \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisbere	inigt ¹	nomin	al
	in Mrd.€	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
2000	2 159,2	+3,1	2 047,5	+2,4
2001	2 191,9	+1,5	2 101,9	+2,7
2002	2 192,1	+0,0	2 132,2	+1,4
2003	2 183,9	-0,4	2 147,5	+0,7
2004	2 209,3	+1,2	2 195,7	+2,2
2005	2 224,4	+0,7	2 224,4	+1,3
2006	2 306,7	+3,7	2 3 1 3, 9	+4,0
2007	2 382,1	+3,3	2 428,5	+5,0
2008	2 407,9	+1,1	2 473,8	+1,9
2009	2 284,0	-5,1	2 374,2	-4,0
2010	2 375,7	+4,0	2 495,0	+5,1
2011	2 454,8	+3,3	2 609,9	+4,6
2012	2 471,8	+0,7	2 666,4	+2,2
2013	2 482,4	+0,4	2 737,6	+2,7
2014	2 528,0	+1,8	2 834,5	+3,5
2015	2 579,7	+2,0	2 941,1	+3,8
2016	2 615,7	+1,4	3 032,3	+3,1
2017	2 652,3	+1,4	3 126,3	+3,1
2018	2 689,3	+1,4	3 223,2	+3,1

 $^{^{1}} Verkettete \ Volumen angaben, berechnet auf \ Basis \ der \ vom \ Statistischen \ Bundesamt \ ver\"{o}ffentlichten \ Indexwerte \ (2005 = 100).$

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipa	tionsraten	Erwerbstätige, Inland		
Jahr	Erwerbsbe	evölkerung ¹	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert			
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	
960	54632			59,9	32 275		
1961	54 667	+0,1		60,4	32 725	+1,4	
1962	54803	+0,2		60,4	32 839	+0,3	
1963	55 035	+0,4		60,4	32 917	+0,2	
1964	55 2 1 9	+0,3		60,2	32 945	+0,1	
1965	55 499	+0,5	59,8	60,2	33 132	+0,6	
1966	55 793	+0,5	59,4	59,7	33 030	-0,3	
1967	55 845	+0,1	59,0	58,6	31 954	-3,3	
1968	55 951	+0,2	58,7	58,1	31 982	+0,1	
1969	56 377	+0,8	58,5	58,2	32 479	+1,6	
1970	56 586	+0,4	58,5	58,5	32 926	+1,4	
1971	56 729	+0,3	58,5	58,7	33 076	+0,5	
1972	57 126	+0,7	58,5	58,7	33 258	+0,6	
1973	57 519	+0,7	58,5	59,1	33 660	+1,2	
1974	57 776	+0,4	58,3	58,7	33 341	-0,9	
1975	57 814	+0,1	58,1	58,0	32 504	-2,5	
1976	57 871	+0,1	58,0	57,8	32 369	-0,4	
1977	58 057	+0,3	58,0	57,6	32 442	+0,2	
1978	58 348	+0,5	58,1	57,8	32 763	+1,0	
1979	58 738	+0,7	58,4	58,3	33 396	+1,9	
1980	59 196	+0,8	58,8	58,8	33 956	+1,7	
1981	59 595	+0,7	59,4	59,3	33 996	+0,1	
1982	59 823	+0,4	60,1	60,1	33 734	-0,8	
1983	59 931	+0,2	60,9	61,0	33 427	-0,9	
1984	59 957	+0,0	61,7	61,7	33 715	+0,9	
1985	59 980	+0,0	62,4	62,6	34188	+1,4	
1986	60 095	+0,2	63,2	63,1	34 845	+1,9	
1987	60 194	+0,2	63,8	63,7	35 331	+1,4	
1988	60 300	+0,2	64,4	64,4	35 834	+1,4	
1989	60 567	+0,4	64,9	64,8	36 507	+1,9	
1990	60 955	+0,6	65,3	65,8	37 657	+3,2	
1991	61 427	+0,8	65,5	66,5	38 712	+2,8	
1992	62 068	+1,0	65,5	65,6	38 183	-1,4	
1993	62 679	+1,0	65,4	65,0	37 695	-1,3	
1994	63 022	+0,5	65,3	65,0	37 667	-0,1	
1995	63 211	+0,3	65,3	64,9	37 802	+0,4	
1996	63 340	+0,2	65,5	65,2	37 772	-0,1	
1997	63 383	+0,1	65,7	65,5	37716	-0,1	
1998	63 381	-0,0	66,0	66,1	38 148	+1,1	
1999	63 431	+0,1	66,3	66,4	38 721	+1,5	

 $Gesamtwirts chaftliches \ Produktionspotenzial \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipat	ionsraten		
Jahr	Erwerbsbe	völkerung ¹	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstä	tige, Inland
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
2000	63 515	+0,1	66,6	66,9	39 382	+1,7
2001	63 643	+0,2	66,9	67,1	39 485	+0,3
2002	63 819	+0,3	67,1	67,0	39 257	-0,6
2003	63 942	+0,2	67,3	67,0	38 918	-0,9
2004	63 998	+0,1	67,5	67,5	39 034	+0,3
2005	64 032	+0,1	67,7	68,0	38 976	-0,1
2006	64 029	-0,0	67,8	67,8	39 192	+0,6
2007	63 983	-0,1	68,0	67,9	39 857	+1,7
2008	63 881	-0,2	68,2	68,1	40 348	+1,2
2009	63 650	-0,4	68,5	68,5	40 372	+0,1
2010	63 381	-0,4	68,8	68,7	40 587	+0,5
2011	63 218	-0,3	69,1	69,1	41 152	+1,4
2012	63 163	-0,1	69,5	69,5	41 608	+1,1
2013	63 162	-0,0	69,8	69,8	41 841	+0,6
2014	63 084	-0,1	70,1	70,2	42 081	+0,6
2015	62 908	-0,3	70,5	70,6	42 201	+0,3
2016	62 669	-0,4	70,7	70,8	42 281	+0,2
2017	62 449	-0,4	71,0	71,0	42 362	+0,2
2018	62 225	-0,4	71,3	71,2	42 442	+0,2
2019	61 998	-0,4	71,5	71,5		
2020	61 872	-0,2	71,7	71,7		
2021	61 785	-0,1	72,0	72,0		

 $^{^{1} 12.\} koordinierte\ Bev\"{o}lkerungsvoraus berechnung\ des\ Statistischen\ Bundesamtes; Variante\ 1-W1, angepasst\ an\ aktuelle\ Entwicklungen.$

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	zeit je Erwerbs	tätigem, Arbeitsst	tunden	Arbeitnehr	ner, Inland	Erwerbslose, Inländer	
Jahr	Tre		Tatsächlich bzw	. 3			in % der Erwerbs-	NAWRU ²
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	personen	
1960			2 165		25 095		1,4	
1961			2 138	-1,2	25 710	+2,5	0,9	
1962			2 102	-1,7	26 079	+1,4	0,8	
1963			2 071	-1,4	26377	+1,1	1,0	
1964			2 083	+0,6	26 673	+1,1	0,9	
1965	2 065		2 069	-0,7	27 035	+1,4	0,8	
1966	2 041	-1,2	2 043	-1,3	27 050	+0,1	0,8	
1967	2 017	-1,2	2 005	-1,8	26 139	-3,4	2,4	1,0
1968	1 994	-1,1	1 993	-0,6	26 305	+0,6	1,7	1,0
1969	1 971	-1,2	1 973	-1,0	27 034	+2,8	0,9	1,0
1970	1 948	-1,2	1 958	-0,8	27 814	+2,9	0,5	1,
1971	1 923	-1,3	1 926	-1,6	28 276	+1,7	0,7	1,2
1972	1 897	-1,4	1 903	-1,2	28 616	+1,2	0,9	1,3
1973	1 870	-1,4	1 875	-1,5	29 133	+1,8	1,0	1,4
1974	1 845	-1,3	1 835	-2,1	28 983	-0,5	1,7	1,6
1975	1 823	-1,2	1 798	-2,0	28 319	-2,3	3,1	1,9
1976	1 805	-1,0	1811	+0,7	28 397	+0,3	3,2	2,3
1977	1 788	-0,9	1 793	-1,0	28 632	+0,8	3,1	2,
1978	1 773	-0,9	1 775	-1,1	29 025	+1,4	2,9	3,2
1979	1 758	-0,9	1 763	-0,7	29 755	+2,5	2,4	3,
1980	1 742	-0,9	1 743	-1,1	30 337	+2,0	2,4	4,3
1981	1 727	-0,9	1 722	-1,2	30 416	+0,3	3,8	4,9
1982	1712	-0,9	1711	-0,6	30 192	-0,7	6,2	5,5
1983	1 696	-0,9	1 698	-0,8	29 925	-0,9	8,6	6,
1984	1 680	-1,0	1 686	-0,7	30 213	+1,0	8,9	6,5
1985	1 662	-1,0	1 663	-1,4	30 689	+1,6	9,0	6,9
1986	1 645	-1,1	1 644	-1,1	31 322	+2,1	8,1	7,
1987	1 627	-1,1	1 622	-1,3	31 842	+1,7	7,8	7,2
1988	1 610	-1,0	1 617	-0,3	32 356	+1,6	7,7	7,3
1989	1 594	-1,0	1 594	-1,4	33 004	+2,0	6,9	7,3
1990	1 579	-0,9	1 571	-1,4	34 135	+3,4	6,1	7,3
1991	1 566	-0,8	1 552	-1,2	35 148	+3,0	5,3	7,3
1992	1 556	-0,7	1 564	+0,8	34567	-1,7	6,2	7,3
1993	1 547	-0,6	1 547	-1,1	34020	-1,6	7,5	7,3
994	1 537	-0,6	1 545	-0,1	33 909	-0,3	8,1	7,4
1995	1 527	-0,7	1 529	-1,1	33 996	+0,3	7,9	7,5
1996	1 516	-0,7	1 511	-1,1	33 907	-0,3	8,5	7,
1997	1 506	-0,7	1 505	-0,4	33 803	-0,3	9,2	7,9
1998	1 495	-0,7	1 499	-0,4	34 189	+1,1	8,9	8,
1999	1 483	-0,8	1 491	-0,5	34 735	+1,6	8,1	8,2

 $Gesamtwirts chaftliches \ Produktionspotenzial \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	szeit je Erwerbst	ätigem, Arbeitss	tunden	Arbeitnehn	ner, Inland	Erwerbslos	e, Inländer	
Jahr	Tre	end	Tatsächlich bzw	. prognostiziert			in % der Erwerbs-	NAWRU ²	
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	personen	1010010	
2000	1 471	-0,8	1 471	-1,4	35 387	+1,9	7,4	8,4	
2001	1 459	-0,8	1 453	-1,2	35 465	+0,2	7,5	8,5	
2002	1 449	-0,7	1 441	-0,8	35 203	-0,7	8,2	8,6	
2003	1 441	-0,6	1 436	-0,4	34800	-1,1	9,1	8,6	
2004	1 434	-0,5	1 436	+0,0	34777	-0,1	9,6	8,6	
2005	1 428	-0,4	1 431	-0,4	34559	-0,6	10,5	8,6	
2006	1 422	-0,4	1 424	-0,5	34736	+0,5	9,8	8,4	
2007	1 417	-0,4	1 422	-0,1	35 359	+1,8	8,3	8,1	
2008	1 411	-0,4	1 422	-0,0	35 868	+1,4	7,2	7,7	
2009	1 405	-0,4	1 382	-2,8	35 901	+0,1	7,4	7,3	
2010	1 400	-0,3	1 404	+1,6	36 111	+0,6	6,8	6,9	
2011	1 397	-0,2	1 405	+0,1	36 604	+1,4	5,7	6,4	
2012	1 394	-0,2	1 393	-0,9	37 060	+1,2	5,3	5,9	
2013	1 392	-0,1	1 388	-0,4	37 358	+0,8	5,1	5,5	
2014	1 392	-0,0	1 388	-0,0	37 613	+0,7	4,9	5,0	
2015	1 392	+0,0	1 394	+0,5	37 683	+0,2	4,9	4,5	
2016	1 394	+0,1	1 395	+0,1	37 743	+0,2	4,7	4,3	
2017	1 395	+0,1	1 396	+0,1	37 803	+0,2	4,5	4,3	
2018	1 397	+0,1	1 398	+0,1	37 864	+0,2	4,2	4,3	
2019	1 398	+0,1	1 399	+0,1					
2020	1 399	+0,1	1 400	+0,1					
2021	1 401	+0,1	1 400	+0,1					

 $^{^{1}12.\} koordinierte\ Bev\"{o}lkerungsvorausberechnung\ des\ Statistischen\ Bundesamtes;\ Variante\ 1-W1,\ angepasst\ an\ aktuelle\ Entwicklungen.$

² NAWRU - Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment.

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 6: Kapitalstock und Investitionen

	Bruttoanlag	evermögen	Bruttoanlage	investitionen	Abgangssquote
	preisbe	ereinigt	preisbe	ereinigt	tatsächlich bzw. prognostiziert
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in%
1980	6110,9	+3,5	286,6	+2,3	1,4
1981	6307,7	+3,2	273,2	-4,7	1,2
1982	6 485,6	+2,8	260,7	-4,6	1,3
1983	6 655,5	+2,6	268,5	+3,0	1,5
1984	6 8 2 3, 4	+2,5	269,0	+0,2	1,5
1985	6 985,8	+2,4	270,8	+0,7	1,6
1986	7 149,0	+2,3	279,4	+3,2	1,7
1987	7 3 1 5, 5	+2,3	285,2	+2,1	1,7
1988	7 487,8	+2,4	299,6	+5,0	1,7
1989	7 672,9	+2,5	321,3	+7,2	1,8
1990	7 876,2	+2,7	346,9	+8,0	1,9
1991	8 112,9	+3,0	365,4	+5,3	1,6
1992	8 3 7 8 , 1	+3,3	382,2	+4,6	1,4
1993	8 636,4	+3,1	365,9	-4,3	1,3
1994	8 887,4	+2,9	381,4	+4,2	1,5
1995	9 140,0	+2,8	380,7	-0,2	1,4
1996	9 3 8 4, 7	+2,7	378,6	-0,6	1,5
1997	9 622,5	+2,5	382,2	+0,9	1,5
1998	9 862,1	+2,5	397,4	+4,0	1,6
1999	10 109,6	+2,5	415,4	+4,5	1,7
2000	10361,7	+2,5	426,3	+2,6	1,7
2001	10 601,8	+2,3	412,2	-3,3	1,7
2002	10 807,2	+1,9	387,0	-6,1	1,7
2003	10984,2	+1,6	382,4	-1,2	1,9
2004	11 148,6	+1,5	381,5	-0,2	2,0
2005	11 304,0	+1,4	384,5	+0,8	2,
2006	11 467,3	+1,4	416,1	+8,2	2,2
2007	11 647,1	+1,6	435,8	+4,7	2,2
2008	11 830,9	+1,6	441,4	+1,3	2,2
2009	11 983,4	+1,3	389,9	-11,7	2,0
2010	12 113,1	+1,1	412,2	+5,7	2,4
2011	12 252,5	+1,2	440,5	+6,9	2,5
2012	12 394,7	+1,2	431,3	-2,1	2,4
2013	12 530,7	+1,1	428,4	-0,7	2,4
2014	12 658,9	+1,0	445,9	+4,1	2,5
2015	12 792,8	+1,1	467,0	+4,7	2,6
2016	12 942,7	+1,2	479,9	+2,8	2,6
2017	13 106,0	+1,3	493,2	+2,8	2,!
2018	13 278,6	+1,3	506,9	+2,8	2,0

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 7: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität
	log	log
1980	-7,4285	-7,4392
1981	-7,4270	-7,4291
1982	-7,4314	-7,4187
1983	-7,4141	-7,4073
1984	-7,3961	-7,3949
1985	-7,3814	-7,3817
1986	-7,3718	-7,3677
1987	-7,3662	-7,3527
1988	-7,3450	-7,3364
1989	-7,3180	-7,3192
1990	-7,2866	-7,3014
1991	-7,2573	-7,2839
1992	-7,2459	-7,2678
1993	-7,2510	-7,2536
1994	-7,2351	-7,2409
1995	-7,2238	-7,2298
1996	-7,2171	-7,2198
1997	-7,2052	-7,2104
1998	-7,2001	-7,2012
1999	-7,1966	-7,1919
2000	-7,1770	-7,1821
2001	-7,1639	-7,1724
2002	-7,1615	-7,1633
2003	-7,1628	-7,1550
2004	-7,1585	-7,1471
2005	-7,1532	-7,1396
2006	-7,1223	-7,1321
2007	-7,1056	-7,1253
2008	-7,1081	-7,1195
2009	-7,1473	-7,1149
2010	-7,1258	-7,1099
2011	-7,1064	-7,1049
2012	-7,1051	-7,0997
2013	-7,1058	-7,0941
2014	-7,0947	-7,0879
2015	-7,0829	-7,0812
2016	-7,0750	-7,0742
2017	-7,0673	-7,0668
2018	-7,0599	-7,0591

 $Gesamtwirts chaftliches \ Produktions potenzial \ und \ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmer	entgelte, Inland
	2005=100	in % ggü. Vorjahr	2005=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjah
1960	24,2		27,7		83,9	
1961	25,8	+6,8	28,6	+3,3	94,7	+12,9
1962	27,4	+6,1	29,5	+2,9	104,8	+10,6
1963	28,2	+3,0	30,3	+3,0	112,4	+7,3
1964	29,4	+4,0	31,0	+2,2	123,0	+9,4
1965	30,6	+4,2	32,0	+3,2	136,5	+11,0
1966	30,9	+0,9	33,2 +3,6		147,0	+7,7
1967	30,4	30,4 -1,5		+1,6	146,7	-0,2
1968	31,7	+4,1	34,2	+1,6	157,6	+7,4
1969	33,6	+6,2	34,9	+1,9	177,3	+12,6
1970	36,7	+9,3	36,1	+3,5	210,6	+18,7
1971	39,5	+7,6	38,1	+5,6	238,7	+13,3
1972	41,3	+4,5	39,9	+4,7	264,6	+10,9
1973	43,9	+6,3	42,9	+7,4	301,2	+13,8
1974	47,1	+7,3	46,3	+8,0	333,1	+10,6
1975	49,8	+5,7	48,8	+5,5	348,1	+4,5
1976	51,4	+3,3	50,7	+3,8	376,2	+8,1
1977	53,0	+3,1	52,0	+2,7	403,9	+7,4
1978	54,9	+3,5	53,0	+1,9	431,2	+6,8
1979	57,2	+4,3	56,1	+5,7	466,9	+8,3
1980	60,4	+5,5	59,9	+6,7	507,6	+8,7
1981	62,9	+4,2	63,5	+6,1	532,3	+4,9
1982	65,8	+4,6	66,7	+5,0	549,0	+3,1
1983	67,6	+2,8	68,9	+3,2	561,2	+2,2
1984	69,0	+2,0	70,6	+2,5	583,1	+3,9
1985	70,4	+2,1	71,7	+1,5	606,5	+4,0
1986	72,5	+3,0	70,9	-1,1	638,7	+5,3
1987	73,5	+1,3	70,8	-0,1	667,7	+4,5
1988	74,7	+1,7	72,1	+1,9	695,8	+4,2
1989	76,9	+2,9	74,9	+3,9	728,0	+4,6
1990	79,5	+3,4	77,1	+3,0	787,6	+8,2
1991	81,9	+3,1	79,4	+2,9	858,8	+9,0
 1992	86,3	+5,4	82,8	+4,3	931,8	+8,5
1993	89,8	+4,0	85,9	+3,6	954,0	+2,4
1994	92,0	+2,5	88,0	+2,5	978,5	+2,6
1995	93,9	+2,0	89,3	+1,4	1 014,6	+3,7
1996	94,5	+0,6	90,1	+1,0	1 022,9	+0,8
1997	94,7	+0,3	91,3	+1,3	1 026,2	+0,3
1998	95,3	+0,6	91,7	+0,5	1 047,2	+2,0
1999	95,5	+0,2	92,1	+0,4	1 073,7	+2,5

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

noch Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmer	entgelte, Inland
	2005=100	in % ggü. Vorjahr	2005=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahı
2000	94,8	-0,7	92,8	+0,8	1 114,1	+3,8
2001	95,9	+1,1	94,6	+1,9	1 135,1	+1,9
2002	97,3	+1,4	95,7	+1,2	1 141,5	+0,6
2003	98,3	+1,1	97,2	+1,6	1 144,3	+0,2
2004	99,4	+1,1	98,4	+1,2	1 147,5	+0,3
2005	100,0	+0,6	100,0	+1,7	1 139,4	-0,7
2006	100,3	+0,3	101,0	+1,0	1 157,0	+1,5
2007	101,9	+1,6	102,5	+1,5	1 187,0	+2,6
2008	102,7	+0,8	104,2	+1,6	1 229,4	+3,6
2009	103,9	+1,2	104,2	+0,0	1 232,2	+0,2
2010	105,0	+1,0	106,2	+2,0	1 268,6	+3,0
2011	106,3	+1,2	108,4	+2,1	1 324,0	+4,4
2012	107,9	+1,5	110,2	+1,6	1 375,9	+3,9
2013	110,3	+2,2	112,0	+1,6	1 414,2	+2,8
2014	112,1	+1,7	113,4	+1,3	1 462,7	+3,4
2015	114,0	+1,7	115,4	+1,8	1 516,1	+3,7
2016	115,9	+1,7	117,6	+1,8	1 560,9	+3,0
2017	117,9	+1,7	119,7	+1,8	1 607,3	+3,0
2018	119,9	+1,7	121,9	+1,8	1 654,8	+3,0

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoi	nlandsprodukt	(real)	
	Erwerbstä	itige im Inland ¹	Erwerbsquote ²	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote ³	gesamt	je Erwerbs- tätigem	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote ⁴
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p. a.	in%	in Mio.	in%	Verä	nderung in % p	. a.	in%
1991	38,7		51,0	2,2	5,3				23,2
1992	38,2	-1,4	50,5	2,5	6,2	+1,9	+3,3	+2,5	23,5
1993	37,7	-1,3	50,2	3,1	7,5	-1,0	+0,3	+1,4	22,5
1994	37,7	-0,1	50,3	3,3	8,1	+2,5	+2,5	+2,7	22,5
1995	37,8	+0,4	50,2	3,2	7,9	+1,7	+1,3	+2,4	21,9
1996	37,8	-0,1	50,3	3,5	8,5	+0,8	+0,9	+2,0	21,3
1997	37,7	-0,1	50,5	3,8	9,2	+1,7	+1,9	+2,3	21,0
1998	38,1	+1,1	50,9	3,7	8,9	+1,9	+0,7	+1,1	21,1
1999	38,7	+1,5	51,2	3,4	8,1	+1,9	+0,4	+0,9	21,3
2000	39,4	+1,7	51,6	3,1	7,4	+3,1	+1,3	+2,7	21,5
2001	39,5	+0,3	51,7	3,2	7,5	+1,5	+1,2	+2,5	20,1
2002	39,3	-0,6	51,7	3,5	8,3	+0,0	+0,6	+1,4	18,4
2003	38,9	-0,9	51,8	3,9	9,2	-0,4	+0,5	+0,9	17,8
2004	39,0	+0,3	52,2	4,2	9,7	+1,2	+0,9	+0,8	17,4
2005	39,0	-0,1	52,7	4,6	10,5	+0,7	+0,8	+1,2	17,3
2006	39,2	+0,6	52,6	4,2	9,8	+3,7	+3,1	+3,6	18,1
2007	39,9	+1,7	52,7	3,6	8,3	+3,3	+1,5	+1,7	18,4
2008	40,3	+1,2	52,9	3,1	7,2	+1,1	-0,1	-0,1	18,6
2009	40,4	+0,1	53,2	3,2	7,4	-5,1	-5,2	-2,5	17,2
2010	40,6	+0,5	53,2	2,9	6,8	+4,0	+3,5	+1,8	17,4
2011	41,2	+1,4	53,3	2,5	5,7	+3,3	+1,9	+1,8	18,1
2012	41,6	+1,1	53,5	2,3	5,3	+0,7	-0,4	+0,5	17,6
2013	41,8	+0,6	53,7	2,3	5,2	+0,4	-0,1	+0,2	17,2
2008/03	39,4	+0,7	52,5	3,9	9,1	+1,7	+1,4	+1,6	17,9
2013/08	41,0	+0,7	53,3	2,7	6,3	+0,6	-0,1	+0,4	17,7

 $^{^{1}}$ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

² Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose [ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

 $^{^3}$ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

 $^{^4\, {\}rm Anteil}\, {\rm der}\, {\rm Bruttoan lage investitionen}\, {\rm am}\, {\rm Bruttoin lands produkt}\, ({\rm nominal}).$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) ¹	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten²
Jahr			V	eränderung in % p. a			
1991							
1992	+7,4	+5,4	+3,2	+4,5	+4,3	+5,1	+6,8
1993	+2,9	+4,0	+1,9	+3,5	+3,6	+4,5	+4,1
1994	+5,0	+2,5	+1,1	+2,3	+2,5	+2,6	+0,5
1995	+3,7	+2,0	+1,6	+1,6	+1,4	+1,8	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,4	+0,8	+0,9	+1,4	+0,4
1997	+2,0	+0,3	-1,7	+0,7	+1,3	+2,0	-1,0
1998	+2,5	+0,6	+1,8	+0,1	+0,5	+1,0	+0,4
1999	+2,1	+0,2	+0,7	-0,0	+0,4	+0,6	+0,6
2000	+2,4	-0,7	-4,5	+0,8	+0,8	+1,4	+0,5
2001	+2,7	+1,1	-0,0	+1,1	+1,9	+2,0	+0,3
2002	+1,4	+1,4	+2,3	+0,7	+1,2	+1,4	+0,5
2003	+0,7	+1,1	+1,0	+0,9	+1,6	+1,1	+0,9
2004	+2,2	+1,1	+0,1	+1,1	+1,2	+1,6	-0,4
2005	+1,3	+0,6	-1,9	+1,3	+1,7	+1,6	-0,9
2006	+4,0	+0,3	-1,4	+0,8	+1,0	+1,5	-2,4
2007	+5,0	+1,6	+0,5	+1,5	+1,5	+2,3	-1,0
2008	+1,9	+0,8	-1,5	+1,4	+1,6	+2,6	+2,3
2009	-4,0	+1,2	+4,2	-0,3	+0,0	+0,3	+6,2
2010	+5,1	+1,0	-2,1	+1,9	+2,0	+1,1	-1,5
2011	+4,6	+1,2	-2,3	+2,2	+2,1	+2,1	+0,8
2012	+2,2	+1,5	-0,4	+1,7	+1,6	+2,0	+2,8
2013	+2,7	+2,2	+1,4	+1,7	+1,6	+1,5	+2,0
2008/03	+2,9	+0,9	-0,8	+1,2	+1,4	+1,9	-0,5
2013/08	+2,0	+1,4	+0,1	+1,4	+1,4	+1,4	+2,0

 $^{^{1}} Einschlie {\it Slich private Organisation} en ohne Erwerbszweck.$

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2} Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbst \"atigenstunde (Inlandskonzept).$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderu	ng in % p. a.	in Mı	rd.€		Anteile	am BIP in %	
1991			-5,8	-23,4	25,7	26,1	-0,4	-1,5
1992	+0,4	+0,6	-6,7	-18,9	24,0	24,4	-0,4	-1,1
1993	-5,7	-8,0	2,9	-15,2	22,0	21,8	0,2	-0,9
1994	+9,1	+8,3	6,0	-26,1	22,8	22,5	0,3	-1,5
1995	+7,8	+6,7	11,0	-23,3	23,7	23,1	0,6	-1,3
1996	+6,0	+4,5	18,0	-12,8	24,8	23,8	1,0	-0,7
1997	+12,7	+11,7	24,7	-9,3	27,4	26,1	1,3	-0,5
1998	+6,9	+6,8	26,9	-14,6	28,6	27,2	1,4	-0,7
1999	+5,0	+7,0	17,6	-26,1	29,4	28,5	0,9	-1,3
2000	+16,2	+18,7	6,3	-29,4	33,4	33,1	0,3	-1,4
2001	+7,0	+1,8	41,7	-3,9	34,8	32,8	2,0	-0,2
2002	+4,0	-3,6	95,9	42,1	35,7	31,2	4,5	2,0
2003	+0,9	+2,7	84,2	40,5	35,7	31,8	3,9	1,9
2004	+10,3	+7,7	110,8	102,3	38,5	33,5	5,0	4,7
2005	+8,6	+9,2	116,0	112,4	41,3	36,1	5,2	5,1
2006	+14,6	+14,9	130,1	150,0	45,5	39,9	5,6	6,5
2007	+8,8	+5,7	170,0	182,9	47,2	40,2	7,0	7,5
2008	+4,0	+6,1	155,8	150,5	48,2	41,9	6,3	6,1
2009	-15,4	-13,9	116,7	144,6	42,5	37,5	4,9	6,1
2010	+17,9	+17,6	140,2	158,8	47,6	42,0	5,6	6,4
2011	+11,2	+13,1	135,7	159,2	50,6	45,4	5,2	6,1
2012	+4,5	+3,1	157,9	186,0	51,8	45,9	5,9	7,0
2013	+0,3	-0,9	173,7	202,0	50,6	44,3	6,3	7,4
2008/03	+9,2	+8,7	127,8	123,1	42,7	37,2	5,5	5,3
2013/08	+3,1	+3,2	146,7	166,9	48,5	42,8	5,7	6,5

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)		quote	Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeit- nehmer) ³
			, ,	unbereinigt ¹	bereinigt ²	, i	,
Jahr	Ve	eränderung in % p. a	ı .	in	1%	Veränderun	g in % p. a.
1991			•	70,8	70,8	•	
1992	+6,7	+2,6	+8,4	71,9	72,1	+10,2	+4,0
1993	+1,4	-0,8	+2,3	72,5	72,9	+4,3	+0,9
1994	+4,1	+8,2	+2,5	71,4	72,0	+1,9	-2,3
1995	+3,9	+4,9	+3,5	71,1	71,8	+2,9	-0,9
1996	+1,5	+3,1	+0,8	70,7	71,5	+1,2	+0,4
1997	+1,5	+4,2	+0,3	69,9	70,8	+0,0	-2,5
1998	+1,8	+1,3	+2,0	70,0	71,0	+0,8	+0,4
1999	+1,0	-2,4	+2,5	71,1	72,0	+1,3	+1,3
2000	+2,2	-1,5	+3,7	72,1	72,9	+1,3	+1,7
2001	+2,3	+3,6	+1,9	71,8	72,6	+2,0	+1,3
2002	+0,9	+1,7	+0,6	71,6	72,5	+1,4	+0,1
2003	+1,1	+3,2	+0,2	71,0	72,1	+1,1	-1,3
2004	+4,9	+16,0	+0,3	67,9	69,2	+0,5	+0,9
2005	+1,6	+6,4	-0,7	66,4	68,0	+0,3	-1,4
2006	+5,5	+13,3	+1,6	63,9	65,5	+0,8	-1,2
2007	+3,8	+5,8	+2,7	63,2	64,7	+1,5	-0,4
2008	+0,7	-4,2	+3,6	65,0	66,5	+2,3	-0,4
2009	-4,1	-12,3	+0,3	68,0	69,5	+0,0	+0,4
2010	+6,0	+12,4	+3,0	66,1	67,5	+2,3	+1,7
2011	+4,7	+5,3	+4,4	65,9	67,3	+3,3	+0,4
2012	+2,1	-1,4	+3,9	67,1	68,4	+2,9	+1,1
2013	+3,1	+3,9	+2,8	66,8	68,0	+2,2	+0,3
2008/03	+3,3	+7,2	+1,5	66,2	67,7	+1,1	-0,5
2013/08	+2,3	+1,2	+2,9	66,5	67,8	+2,1	+0,8

 $^{^1} Arbeit nehmer entgelte in \% \, des \, Volkseinkommens.$

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich

Land					jährliche\	/eränderun	gen in %				
Laliu	1985	1990	1995	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland	+2,6	+5,1	+1,7	+3,1	+0,7	+4,0	+3,3	+0,7	+0,5	+1,7	+1,9
Belgien	+1,7	+3,1	+2,4	+3,7	+1,8	+2,3	+1,8	-0,1	+0,1	+1,1	+1,4
Estland	-	-	+4,5	+9,7	+8,9	+2,6	+9,6	+3,9	+1,3	+3,0	+3,9
Irland	+3,1	+7,6	+9,8	+10,6	+6,1	-1,1	+2,2	+0,2	+0,3	+1,7	+2,5
Griechenland	+2,5	+0,0	+2,1	+4,5	+2,3	-4,9	-7,1	-6,4	-4,0	+0,6	+2,9
Spanien	+2,3	+3,8	+2,8	+5,0	+3,6	-0,2	+0,1	-1,6	-1,3	+0,5	+1,7
Frankreich	+1,6	+2,6	+2,0	+3,7	+1,8	+1,7	+2,0	+0,0	+0,2	+0,9	+1,7
Italien	+2,8	+2,1	+2,9	+3,7	+0,9	+1,7	+0,5	-2,5	-1,8	+0,7	+1,2
Zypern	-	-	+9,9	+5,0	+3,9	+1,3	+0,4	-2,4	-8,7	-3,9	+1,1
Luxemburg	+2,9	+5,3	+1,4	+8,4	+5,3	+3,1	+1,9	-0,2	+1,9	+1,8	+1,1
Malta	-	-	+6,2	+6,4	+3,6	+4,0	+1,6	+0,8	+1,8	+1,9	+2,0
Niederlande	+2,3	+4,2	+3,1	+3,9	+2,0	+1,5	+0,9	-1,2	-1,0	+0,2	+1,2
Österreich	+2,5	+4,3	+2,7	+3,7	+2,4	+1,8	+2,8	+0,9	+0,4	+1,6	+1,8
Portugal	+1,6	+7,9	+2,3	+3,9	+0,8	+1,9	-1,3	-3,2	-1,8	+0,8	+1,5
Slowenien	-	-	+4,1	+4,3	+4,0	+1,3	+0,7	-2,5	-2,7	-1,0	+0,7
Slowakei	-	-	+5,8	+1,4	+6,7	+4,4	+3,0	+1,8	+0,9	+2,1	+2,9
Finnland	+3,3	+0,5	+4,0	+5,3	+2,9	+3,4	+2,7	-0,8	-0,6	+0,6	+1,6
Euroraum	-	-	+2,3	+3,8	+1,7	+1,9	+1,6	-0,7	-0,4	+1,1	+1,7
Bulgarien	-	-	+2,9	+5,7	+6,4	+0,4	+1,8	+0,8	+0,5	+1,5	+1,8
Tschechien	-	-	+6,2	+4,2	+6,8	+2,5	+1,8	-1,0	-1,0	+1,8	+2,2
Dänemark	+4,0	+1,6	+3,1	+3,5	+2,4	+1,6	+1,1	-0,4	+0,3	+1,7	+1,8
Kroatien	-	-	-	+3,8	+4,3	-2,3	+0,0	-2,0	-0,7	+0,5	+1,2
Lettland	-	-	-0,9	+5,3	+10,1	-1,3	+5,3	+5,0	+4,0	+4,1	+4,2
Litauen	-	-	+3,3	+3,6	+7,8	+1,6	+6,0	+3,7	+3,4	+3,6	+3,9
Ungarn	-	-	+1,5	+4,2	+4,0	+1,1	+1,6	-1,7	+0,7	+1,8	+2,1
Polen	-	-	+7,0	+4,3	+3,6	+3,9	+4,5	+1,9	+1,3	+2,5	+2,9
Rumänien	-	-	+7,1	+2,4	+4,2	-1,1	+2,2	+0,7	+2,2	+2,1	+2,4
Schweden	+2,2	+0,8	+3,9	+4,5	+3,2	+6,6	+2,9	+1,0	+1,1	+2,8	+3,5
Vereinigtes Königreich	+3,6	+0,8	+3,1	+4,4	+3,2	+1,7	+1,1	+0,1	+1,3	+2,2	+2,4
EU	-	-	-	+3,9	+2,2	+2,0	+1,7	-0,4	+0,0	+1,4	+1,9
USA	+4,2	+1,9	+2,7	+4,1	+3,4	+2,5	+1,8	+2,8	+1,6	+2,6	+3,1
Japan	+6,3	+5,6	+1,9	+2,3	+1,3	+4,7	-0,6	+2,0	+2,1	+2,0	+1,3

 $Quellen: \ EU-Kommission, Herbstprognose\ und\ Statistischer\ Annex,\ November\ 2013.$

Stand: November 2013.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

			jährlicl	ne Veränderunge	n in %		
Land	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland	+0,2	+1,2	+2,5	+2,1	+1,7	+1,7	+1,6
Belgien	+0,0	+2,3	+3,4	+2,6	+1,3	+1,3	+1,5
Estland	+0,2	+2,7	+5,1	+4,2	+3,4	+2,8	+3,1
Irland	-1,7	-1,6	+1,2	+1,9	+0,8	+0,9	+1,2
Griechenland	+1,3	+4,7	+3,1	+1,0	-0,8	-0,4	+0,3
Spanien	-0,2	+2,0	+3,1	+2,4	+1,8	+0,9	+0,6
Frankreich	+0,1	+1,7	+2,3	+2,2	+1,0	+1,4	+1,3
Italien	+0,8	+1,6	+2,9	+3,3	+1,5	+1,6	+1,5
Zypern	+0,2	+2,6	+3,5	+3,1	+1,0	+1,2	+1,6
Luxemburg	+0,0	+2,8	+3,7	+2,9	+1,8	+1,7	+1,6
Malta	+1,8	+2,0	+2,5	+3,2	+1,1	+1,8	+2,1
Niederlande	+1,0	+0,9	+2,5	+2,8	+2,7	+1,7	+1,6
Österreich	+0,4	+1,7	+3,6	+2,6	+2,2	+1,8	+1,8
Portugal	-0,9	+1,4	+3,6	+2,8	+0,6	+1,0	+1,2
Slowenien	+0,9	+2,1	+2,1	+2,8	+2,1	+1,9	+1,5
Slowakei	+0,9	+0,7	+4,1	+3,7	+1,7	+1,6	+1,9
Finnland	+1,6	+1,7	+3,3	+3,2	+2,2	+1,9	+1,8
Euroraum	+0,3	+1,6	+2,7	+2,5	+1,5	+1,5	+1,4
Bulgarien	+2,5	+3,0	+3,4	+2,4	+0,5	+1,4	+2,1
Tschechien	+0,6	+1,2	+2,1	+3,5	+1,4	+0,5	+1,6
Dänemark	+1,1	+2,2	+2,7	+2,4	+0,6	+1,5	+1,7
Kroatien	+2,2	+1,1	+2,2	+3,4	+2,6	+1,8	+2,0
Lettland	+3,3	-1,2	+4,2	+2,3	+0,3	+2,1	+2,1
Litauen	+4,2	+1,2	+4,1	+3,2	+1,4	+1,9	+2,4
Ungarn	+4,0	+4,7	+3,9	+5,7	+2,1	+2,2	+3,0
Polen	+4,0	+2,7	+3,9	+3,7	+1,0	+2,0	+2,2
Rumänien	+5,6	+6,1	+5,8	+3,4	+3,3	+2,5	+3,4
Schweden	+1,9	+1,9	+1,4	+0,9	+0,6	+1,3	+1,8
Vereinigtes Königreich	+2,2	+3,3	+4,5	+2,8	+2,6	+2,3	+2,1
EU	+1,0	+2,1	+3,1	+2,6	+1,7	+1,6	+1,6
USA	-0,3	+1,6	+3,1	+2,1	+1,5	+1,9	+2,1
Japan	-1,3	-0,7	-0,3	+0,0	+0,3	+2,6	+1,2

 $\label{thm:prognose} \textit{Quelle: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2013.}$

Stand: November 2013.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

land				i	n % der zivile	en Erwerbsb	evölkerung				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland	7,2	4,8	8,3	8,0	11,3	7,1	5,9	5,5	5,4	5,3	5,1
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	8,3	7,2	7,6	8,6	8,7	8,4
Estland	-	-	9,7	13,6	7,9	16,9	12,5	10,2	9,3	9,0	8,2
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,4	13,9	14,7	14,7	13,3	12,3	11,7
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,9	12,6	17,7	24,3	27,0	26,0	24,0
Spanien	17,8	14,4	20,0	11,7	9,2	20,1	21,7	25,0	26,6	26,4	25,3
Frankreich	8,9	8,0	10,5	9,0	9,3	9,7	9,6	10,2	11,0	11,2	11,3
Italien	8,2	8,9	11,2	10,0	7,7	8,4	8,4	10,7	12,2	12,4	12,1
Zypern	-	-	2,6	4,8	5,3	6,3	7,9	11,9	16,7	19,2	18,4
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	4,6	4,8	5,1	5,7	6,4	6,5
Malta	-	4,9	5,0	6,7	7,3	6,9	6,5	6,4	6,4	6,3	6,3
Niederlande	7,3	5,1	7,1	3,1	5,3	4,5	4,4	5,3	7,0	8,0	7,7
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	4,4	4,2	4,3	5,1	5,0	4,7
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,5	8,6	12,0	12,9	15,9	17,4	17,7	17,3
Slowenien	-	-	6,9	6,7	6,5	7,3	8,2	8,9	11,1	11,6	11,6
Slowakei	-	-	13,3	18,9	16,4	14,5	13,7	14,0	13,9	13,7	13,3
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	8,4	7,8	7,7	8,2	8,3	8,1
Euroraum	9,1	7,6	10,7	8,5	9,1	10,1	10,1	11,4	12,2	12,2	11,8
Bulgarien	-	-	12,0	16,4	10,1	10,3	11,3	12,3	12,9	12,4	11,7
Tschechien	-	-	4,0	8,8	7,9	7,3	6,7	7,0	7,1	7,0	6,7
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	7,5	7,6	7,5	7,3	7,2	7,0
Kroatien	-	-	-	15,8	12,8	11,8	13,5	15,9	16,9	16,7	16,1
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	9,6	19,8	16,2	15,0	11,7	10,3	9,0
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,0	18,0	15,4	13,4	11,7	10,4	9,5
Ungarn	-	-	10,1	6,3	7,2	11,2	10,9	10,9	11,0	10,4	10,1
Polen	-	-	13,3	16,1	17,9	9,7	9,7	10,1	10,7	10,8	10,5
Rumänien	-	-	-	6,8	7,2	7,3	7,4	7,0	7,3	7,1	7,0
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,7	8,6	7,8	8,0	8,1	7,9	7,4
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	7,8	8,0	7,9	7,7	7,5	7,3
EU	-	-	-	8,9	9,1	9,7	9,7	10,5	11,1	11,0	10,7
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	9,6	8,9	8,1	7,5	6,9	6,5
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	5,1	4,6	4,3	4,0	3,9	3,8

 $Quellen: EU-Kommission, Herbstprognose\ und\ Statistischer\ Annex,\ November\ 2013.$

Stand: November 2013.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Real	es Bruttoii	nlandsprod	dukt		Verbrauc	herpreise			Leistung	gsbilanz	
			Verände	erung gege	nüber Vor	jahr in %			В	in % des n Bruttoinlar	ominalen Idprodukts	;
	2011	2012	2013 ¹	2014 ¹	2011	2012	2013 ¹	2014 ¹	2011	2012	2013 ¹	2014 1
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	+4,8	+3,4	+2,1	+3,4	+10,1	+6,5	+6,5	+5,9	4,4	2,9	2,1	1,6
darunter												
Russische Föderation	+4,3	+3,4	+1,5	+3,0	+8,4	+5,1	+6,7	+5,7	5,1	3,7	2,9	2,3
Ukraine	+5,2	+0,2	+0,4	+1,5	+8,0	+0,6	+0,0	+1,9	-6,3	-8,4	-7,3	-7,4
Asien	+7,8	+6,4	+6,3	+6,5	+6,3	+4,7	+5,0	+4,7	0,9	0,9	1,1	1,3
darunter												
China	+9,3	+7,7	+7,6	+7,3	+5,4	+2,6	+2,7	+3,0	1,9	2,3	2,5	2,
Indien	+6,3	+3,2	+3,8	+5,1	+8,4	+10,4	+10,9	+8,9	-4,2	-4,8	-4,4	-3,8
Indonesien	+6,5	+6,2	+5,3	+5,5	+5,4	+4,3	+7,3	+7,5	0,2	-2,7	-3,4	-3,
Malaysia	+5,1	+5,6	+4,7	+4,9	+3,2	+1,7	+2,0	+2,6	11,6	6,1	3,5	3,6
Thailand	+0,1	+6,5	+3,1	+5,2	+3,8	+3,0	+2,2	+2,1	1,7	0,0	0,1	-0,2
Lateinamerika	+4,6	+2,9	+2,7	+3,1	+6,6	+5,9	+6,7	+6,5	-1,4	-1,9	-2,4	-2,4
darunter												
Argentinien	+8,9	+1,9	+3,5	+2,8	+9,8	+10,0	+10,5	+11,4	-0,6	0,0	-0,8	-0,8
Brasilien	+2,7	+0,9	+2,5	+2,5	+6,6	+5,4	+6,3	+5,8	-2,1	-2,4	-3,4	-3,2
Chile	+5,8	+5,6	+4,4	+4,5	+3,3	+3,0	+1,7	+3,0	-1,3	-3,5	-4,6	-4,0
Mexiko	+4,0	+3,6	+1,2	+3,0	+3,4	+4,1	+3,6	+3,0	-1,0	-1,2	-1,3	-1,!
Sonstige												
Türkei	+8,8	+2,2	+3,8	+3,5	+6,5	+8,9	+6,6	+5,3	-9,7	-6,1	-7,4	-7,
Südafrika	+3,5	+2,5	+2,0	+2,9	+5,0	+5,7	+5,9	+5,5	-3,4	-6,3	-6,1	-6,

¹ Prognosen des IWF.

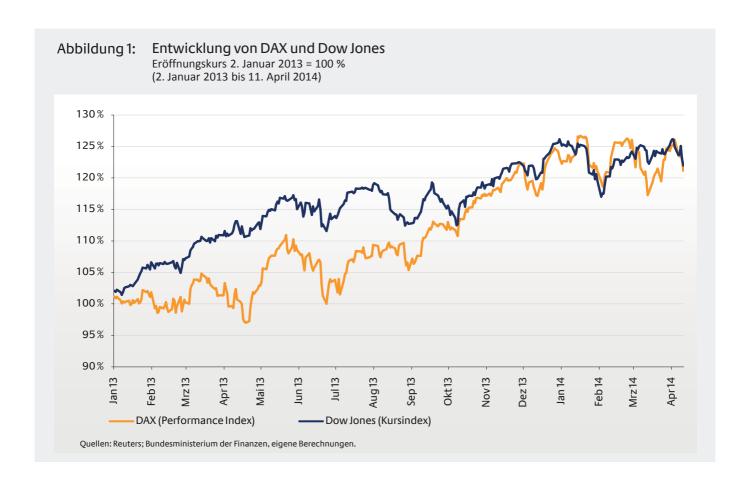
Quelle: IWF World Economic Outlook, Oktober 2013.

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

	• •			
Tabelle 9:		· -	I- 1 \ A / - I 1 C'	nanzmärkte
I andlid u	1 I I I	SARCIC	nt Walttir	nanzmarvta
Tabelle 3.		76131	1 II V V C II I I I	

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	11.04.2014	2013	zu Ende 2013	2013/2014	2013/2014
Dow Jones	16027	16 577	-3,3	13 329	16577
Euro Stoxx 50	3117	3 109	+0,2	2512	3 200
Dax	9315	9 552	-2,5	7 460	9743
CAC 40	4366	4 296	+1,6	3 596	4419
Nikkei	13 960	16 291	-14,3	10 487	16 291
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	11.04.2014	2013	US-Bond	2013/2014	2013/2014
USA	2,64	3,05	-	1,63	3,05
Deutschland	1,52	1,95	-1,1	1,18	2,01
Japan	0,61	0,74	-2,0	0,45	0,94
Vereinigtes Königreich	2,65	3,07	+0,0	1,64	3,08
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	11.04.2014	2013	zu Ende 2013	2013/2014	2013/2014
US-Dollar/Euro	1,39	1,38	+0,6	1,28	1,39
Yen/US-Dollar	101,59	105,30	-3,5	87,03	105,30
Yen/Euro	140,69	144,72	-2,8	113,93	145,02
Pfund/Euro	0,83	0,83	-0,6	0,81	0,88

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG



KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Deutschland												
EU-KOM	+0,7	+0,4	+1,8	+2,0	+2,1	+1,6	+1,4	+1,4	5,5	5,3	5,2	5,1
OECD	+0,9	+0,5	+1,7	+2,0	+2,1	+1,7	+1,8	+2,0	5,5	5,4	5,4	5,2
IWF	+0,9	+0,5	+1,7	+1,6	+2,1	+1,6	+1,4	+1,4	5,5	5,3	5,2	5,2
USA												
EU-KOM	+2,8	+1,9	+2,9	+3,2	+2,1	+1,5	+1,6	+1,9	8,1	7,4	6,5	5,8
OECD	+2,8	+1,7	+2,9	+3,4	+2,1	+1,5	+1,8	+1,9	8,1	7,5	6,9	6,3
IWF	+2,8	+1,9	+2,8	+3,0	+2,1	+1,5	+1,4	+1,6	8,1	7,4	6,4	6,2
Japan												
EU-KOM	+1,4	+1,6	+1,6	+1,3	+0,0	+0,4	+2,5	+1,2	4,3	4,0	3,8	3,8
OECD	+1,9	+1,8	+1,5	+1,0	-0,0	+0,2	+2,3	+1,8	4,3	4,0	3,9	3,8
IWF	+1,4	+1,5	+1,4	+1,0	-0,0	+0,4	+2,8	+1,7	4,3	4,0	3,9	3,9
Frankreich												
EU-KOM	+0,0	+0,3	+1,0	+1,7	+2,2	+1,0	+1,2	+1,2	10,2	10,8	11,0	11,0
OECD	+0,0	+0,2	+1,0	+1,6	+2,2	+1,0	+1,2	+1,2	9,8	10,6	10,8	10,7
IWF	+0,0	+0,3	+1,0	+1,5	+2,2	+1,0	+1,0	+1,2	10,2	10,8	11,0	10,7
Italien												
EU-KOM	-2,5	-1,9	+0,6	+1,2	+3,3	+1,3	+0,9	+1,3	10,7	12,2	12,6	12,4
OECD	-2,6	-1,9	+0,6	+1,4	+3,3	+1,4	+1,3	+1,0	10,7	12,1	12,4	12,1
IWF	-2,4	-1,9	+0,6	+1,1	+3,3	+1,3	+0,7	+1,0	10,7	12,2	12,4	11,9
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	+0,3	+1,9	+2,5	+2,4	+2,8	+2,6	+2,0	+2,0	7,9	7,6	6,8	6,5
OECD	+0,1	+1,4	+2,4	+2,5	+2,8	+2,6	+2,4	+2,3	7,9	7,8	7,5	7,2
IWF	+0,3	+1,8	+2,9	+2,5	+2,8	+2,6	+1,9	+1,9	8,0	7,6	6,9	6,6
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	+1,7	+1,7	+2,3	+2,6	+1,5	+1,0	+1,6	+2,0	7,3	7,1	7,0	6,9
IWF	+1,7	+2,0	+2,3	+2,4	+1,5	+1,0	+1,5	+1,9	7,3	7,1	7,0	6,9
Euroraum												
EU-KOM	-0,7	-0,4	+1,2	+1,8	+2,5	+1,4	+1,0	+1,3	11,4	12,1	12,0	11,7
OECD	-0,6	-0,4	+1,0	+1,6	+2,5	+1,4	+1,2	+1,2	11,3	12,0	12,1	11,8
IWF	-0,7	-0,5	+1,2	+1,5	+2,5	+1,3	+0,9	+1,2	11,4	12,1	11,9	11,6
EZB	-0,6	-0,4	+1,2	+1,5	+2,5	+1,4	+1,0	+1,3	11,4	12,1	11,9	11,6
EU-28												
EU-KOM	-0,4	+0,1	+1,5	+2,0	+2,6	+1,5	+1,2	+1,5	10,5	10,9	10,7	10,4
IWF	-0,3	+0,2	+1,6	+1,8	+2,6	+1,5	+1,1	+1,4	-	-	-	-

Quellen:

EU-KOM: Winterprognose, Februar 2014.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2013; Update (teilw.): März 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2014.

EZB: Eurosystem Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area; März 2014 (BIP-Wachstum und Verbraucherpreise für den Euroraum; für 2013 bis 2015 Mittelwertberechnung).

OECD

Griechenland EU-KOM

OECD

FU-KOM

OECD

IWF

Lettland EU-KOM

> OECD IWF

Luxemburg EU-KOM

OECD

EU-KOM

OECD IWF

Niederlande EU-KOM

OECD

Österreich EU-KOM

OFCD

IWF

IWF

IWF

Malta

IWF

Irland

IWF

-0.8

-1,0

-6,4

-6,4

-7,0

+0.2

+0,1

+0,2

+5,2

+5,2

-0,2

-0,2

-0,2

+0,9

+0.9

-1,2

-1,2

-1,2

+0,9

+0,6

+0,9

-1.0

-1,4

-3.7

-3,5

-3,9

+0.3

+0,1

-0,3

+4,0

+4,1

+2,1

+1,8

+2.0

+2,0

+2.4

-0,8

-1.1

-0,8

+0,3

+0.4

+0,4

+1.3

+0,4

+0.6

-0,4

+0,6

+1.8

+1,9

+1,7

+4,2

+3,8

+2,2

+2,3

+2.1

+2,1

+1.8

+1,0

-0.1

+0,8

+1,5

+1,7

+1,7

+1.9

+1,1

+2.9

+3.2

+3,2

+1.0

+2.3

+2,2

-0.9

+2.2

+1,7

-0.6

+1.8

+1,5

+0.2

7.7

7,7

24.3

8.3

8,1

27.3

8.3

8,1

26.0

8.0

7,9

24.0

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF noch Tabelle 10: Übrige Länder des Euroraums BIP (real) Arbeitslosenquote Verbraucherpreise 2015 2013 2012 2013 2014 2012 2014 2015 2012 2013 2014 2015 Belgien EU-KOM -0,1 +0,2 +1,4 +1,7 +2,6 +1,2 +0,9 +1,4 7,6 8,4 8,5 8,2 OECD -0,3 +0,1 +1,1 +1,5 +2,6 +1,1 +1,1 +1,3 7,6 9,1 8,6 9,0 IWF -0,1 +0,2 +1,2 +1,2 +2,6 +1,2 +1,0 +1,1 7,7 8,4 9,1 8,9 **Estland EU-KOM** +3,9 +0.7+2,3 +3,6+4,2 +3,2 +1,8 +2,8 10,2 8,8 8,3 7,7 10,1 +3.9 +1.0 +2,4 +4.0 +4.2 +3.6 +3.2 +3.3 8,4 8.1 7.7 OECD IWF +3,9 +0,8 +2,4 +3,2 +4,2 +3,5 +3,2 +2,8 10,0 8,5 8,4 8,6 **Finnland** -1.5 +0.2 +2.2 +1.77.7 **EU-KOM** -1.0 +1.3 +3.2+1,6 8,2 8.3 8.1

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	
Portugal													
EU-KOM	-3,2	-1,6	+0,8	+1,5	+2,8	+0,4	+0,8	+1,2	15,9	16,5	16,8	16,5	
OECD	-3,2	-1,7	+0,4	+1,1	+2,8	+0,5	+0,6	+0,4	15,6	16,7	16,1	15,8	
IWF	-3,2	-1,4	+1,2	+1,5	+2,8	+0,4	+0,7	+1,2	15,7	16,3	15,7	15,1	
Slowakei													
EU-KOM	+1,8	+0,8	+2,3	+3,2	+3,7	+1,5	+0,7	+1,6	14,0	14,2	13,9	13,4	
OECD	+1,8	+0,8	+1,9	+2,9	+3,7	+1,6	+2,0	+2,1	14,0	14,4	14,2	13,7	
IWF	+1,8	+0,9	+2,3	+3,0	+3,7	+1,5	+0,7	+1,6	14,0	14,2	13,9	13,6	
Slowenien													
EU-KOM	-2,5	-1,6	-0,1	+1,3	+2,8	+1,9	+0,8	+1,3	8,9	10,2	10,8	10,7	
OECD	-2,5	-2,3	-0,9	+0,6	+2,8	+2,2	+1,7	+1,3	8,8	10,7	11,2	11,4	
IWF	-2,5	-1,1	+0,3	+0,9	+2,6	+1,6	+1,2	+1,6	8,9	10,1	10,4	10,0	
Spanien													
EU-KOM	-1,6	-1,2	+1,0	+1,7	+2,4	+1,5	+0,3	+0,9	25,0	26,4	25,7	24,6	
OECD	-1,6	-1,3	+0,5	+1,0	+2,4	+1,6	+0,5	+0,6	25,0	26,4	26,3	25,6	
IWF	-1,6	-1,2	+0,9	+1,0	+2,4	+1,5	+0,3	+0,8	25,0	26,4	25,5	24,9	
Zypern													
EU-KOM	-2,4	-6,0	-4,8	+0,9	+3,1	+0,4	+0,4	+1,4	11,9	16,0	19,2	18,4	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-2,4	-6,0	-4,8	+0,9	+3,1	+0,4	+0,4	+1,4	11,9	16,0	19,2	18,4	

Quellen:

EU-KOM: Winterprognose, Februar 2014.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2013; Update (teilw.): März 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2014.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	enquote	
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Bulgarien												
EU-KOM	+0,8	+0,6	+1,7	+2,0	+2,4	+0,4	+0,5	+1,8	12,3	12,9	12,7	12,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+0,6	+0,9	+1,6	+2,5	+2,4	+0,4	-0,4	+0,9	12,4	13,0	12,5	11,9
Dänemark												
EU-KOM	-0,4	+0,3	+1,7	+1,8	+2,4	+0,5	+1,5	+1,7	7,5	7,0	6,9	6,7
OECD	-0,4	+0,3	+1,6	+1,9	+2,4	+0,7	+1,2	+1,6	7,5	7,0	6,7	6,5
IWF	-0,4	+0,4	+1,5	+1,7	+2,4	+0,8	+1,5	+1,8	7,5	7,0	6,8	6,7
Kroatien												
EU-KOM	-2,0	-0,7	+0,5	+1,2	+3,4	+2,3	+1,3	+1,5	15,9	17,6	17,6	17,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,9	-1,0	-0,6	+0,4	+3,4	+2,2	+0,5	+1,1	16,1	16,5	16,8	17,1
Litauen												
EU-KOM	+3,7	+3,2	+3,5	+3,9	+3,2	+1,2	+1,1	+1,9	13,4	11,8	10,4	9,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+3,7	+3,3	+3,3	+3,5	+3,2	+1,2	+1,0	+1,8	13,4	11,8	10,8	10,5
Polen												
EU-KOM	+1,9	+1,6	+2,9	+3,1	+3,7	+0,8	+1,4	+2,0	10,1	10,4	10,3	10,1
OECD	+2,1	+1,4	+2,7	+3,3	+3,6	+1,1	+1,9	+2,2	10,1	10,5	10,6	10,3
IWF	+1,9	+1,6	+3,1	+3,3	+3,7	+0,9	+1,5	+2,4	10,1	10,3	10,2	10,0
Rumänien												
EU-KOM	+0,7	+3,5	+2,3	+2,5	+3,4	+3,2	+2,4	+3,4	7,0	7,2	7,2	7,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+0,7	+3,5	+2,2	+2,5	+3,3	+4,0	+2,2	+3,1	7,0	7,3	7,2	7,0
Schweden												
EU-KOM	+0,9	+0,9	+2,5	+3,3	+0,9	+0,4	+0,9	+1,8	8,0	8,0	7,7	7,3
OECD	+1,3	+0,7	+2,3	+3,0	+0,9	+0,1	+1,0	+1,2	8,0	8,0	7,8	7,5
IWF	+0,9	+1,5	+2,8	+2,6	+0,9	-0,0	+0,4	+1,6	8,0	8,0	8,0	7,7
Tschechien												
EU-KOM	-1,0	-1,2	+1,8	+2,2	+3,5	+1,4	+1,0	+1,8	7,0	7,0	6,8	6,6
OECD	-1,0	-1,5	+1,1	+2,3	+3,3	+1,4	+1,0	+1,3	7,0	7,0	6,9	6,8
IWF	-1,0	-0,9	+1,9	+2,0	+3,3	+1,4	+1,0	+1,9	7,0	7,0	6,7	6,3
Ungarn												
EU-KOM	-1,7	+1,1	+2,1	+2,1	+5,7	+1,7	+1,2	+2,8	10,9	10,2	9,6	9,3
OECD	-1,7	+1,2	+2,0	+1,7	+5,7	+1,9	+2,1	+3,5	10,9	10,4	10,1	10,3
IWF	-1,7	+1,1	+2,0	+1,7	+5,7	+1,7	+0,9	+3,0	10,9	10,2	9,4	9,2

Quellen:

EU-KOM: Winterprognose, Februar 2014.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2013; Update (teilw.): März 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2014.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	te		Leistungs	sbilanzsaldo)
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Deutschland												
EU-KOM	0,1	-0,1	0,0	0,0	81,0	79,6	77,3	74,5	7,0	7,0	6,7	6,4
OECD	0,1	0,1	0,2	0,6	81,0	78,8	76,1	73,6	7,1	7,0	6,1	5,6
IWF	0,1	0,0	0,0	-0,1	81,0	78,1	74,6	70,8	7,4	7,5	7,3	7,1
USA												
EU-KOM	-9,2	-6,2	-5,4	-4,8	102,7	103,8	104,8	104,5	-2,6	-2,3	-2,1	-2,3
OECD	-9,3	-6,5	-5,8	-4,6	102,1	104,1	106,3	106,5	-2,7	-2,5	-2,9	-3,1
IWF	-9,7	-7,3	-6,4	-5,6	102,4	104,5	105,7	105,7	-2,7	-2,3	-2,2	-2,6
Japan												
EU-KOM	-8,7	-9,0	-7,5	-6,2	238,0	244,7	244,9	245,7	1,0	0,7	0,5	1,0
OECD	-9,5	-10,0	-8,5	-6,8	218,8	227,2	231,9	235,4	1,1	0,9	1,2	1,5
IWF	-8,7	-8,4	-7,2	-6,4	237,3	243,2	243,5	245,1	1,0	0,7	1,2	1,3
Frankreich												
EU-KOM	-4,8	-4,2	-4,0	-3,9	90,2	93,9	96,1	97,3	-2,1	-1,9	-2,0	-2,2
OECD	-4,8	-4,2	-3,7	-3,0	90,3	94,0	96,7	97,8	-2,2	-2,2	-2,4	-2,3
IWF	-4,8	-4,2	-3,7	-3,0	90,2	93,9	95,8	96,1	-2,2	-1,6	-1,7	-1,0
Italien												
EU-KOM	-3,0	-3,0	-2,6	-2,2	127,0	132,7	133,7	132,4	-0,5	0,9	1,3	1,2
OECD	-2,9	-3,0	-2,8	-2,0	127,0	132,7	133,2	132,6	-0,6	1,2	1,8	2,0
IWF	-2,9	-3,0	-2,7	-1,8	127,0	132,5	134,5	133,1	-0,4	0,8	1,1	1,1
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-6,1	-6,3	-5,2	-4,2	88,6	91,4	93,4	94,5	-3,7	-3,8	-3,3	-3,2
OECD	-6,2	-6,9	-5,9	-4,7	88,7	91,8	95,2	98,5	-3,8	-3,4	-2,5	-2,3
IWF	-8,0	-5,8	-5,3	-4,1	88,6	90,1	91,5	92,7	-3,7	-3,3	-2,7	-2,2
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	-3,4	-3,0	-2,2	-1,3	96,1	97,0	97,1	96,6	-3,4	-3,1	-2,9	-2,5
IWF	-3,4	-3,0	-2,5	-2,0	88,1	89,1	87,4	86,6	-3,4	-3,2	-2,6	-2,5
Euroraum												
EU-KOM	-3,7	-3,1	-2,6	-2,5	92,6	95,5	95,9	95,4	1,8	2,7	2,7	2,7
OECD	-3,7	-2,9	-2,5	-1,8	92,7	95,2	95,9	95,6	1,9	2,6	2,6	2,8
IWF	-3,7	-3,0	-2,6	-2,0	92,8	95,2	95,6	94,5	2,0	2,9	2,9	3,1
EU-28												
EU-KOM	-3,9	-3,5	-2,7	-2,7	86,6	89,4	89,7	89,5	0,9	1,7	1,7	1,7
IWF	-4,2	-3,3	-2,9	-2,3	86,6	88,7	89,0	88,4	1,0	1,9	1,9	2,1

Quellen:

EU-KOM: Winterprognose, Februar 2014.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2013; Update (teilw.): März 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2014.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatsscl	nuldenquot	е		Leistung	sbilanzsaldo)
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Belgien												
EU-KOM	-4,0	-2,7	-2,6	-2,7	99,8	99,8	100,5	100,0	-0,2	0,1	0,6	0,3
OECD	-4,1	-2,7	-2,4	-1,1	99,7	100,2	100,4	98,5	-2,0	-1,9	-0,6	-0,3
IWF	-4,1	-2,8	-2,4	-2,1	99,8	99,8	99,8	99,6	-2,0	-1,7	-1,3	-1,0
Estland												
EU-KOM	-0,2	-0,4	-0,4	-0,4	9,8	10,0	10,1	9,8	-2,8	-2,1	-2,4	-2,3
OECD	-0,2	-0,1	-0,1	0,0	9,8	9,5	9,3	8,9	-1,8	-1,7	-2,5	-1,8
IWF	-0,2	-0,4	-0,4	0,2	9,8	11,3	10,9	10,3	-1,8	-1,0	-1,3	-1,5
Finnland												
EU-KOM	-1,8	-2,4	-2,5	-2,3	53,6	57,2	60,4	62,0	-1,4	-0,2	0,5	0,4
OECD	-2,2	-2,5	-2,3	-1,8	53,6	56,4	60,0	62,7	-1,9	-0,7	-1,0	-0,5
IWF	-2,2	-2,6	-2,6	-1,9	53,6	57,0	60,2	62,1	-1,7	-0,8	-0,3	0,2
Griechenland												
EU-KOM	-9,0	-13,1	-2,2	-1,0	156,9	177,3	177,0	171,9	-5,3	-2,3	-1,8	-1,6
OECD	-9,0	-2,4	-2,2	-1,4	157,0	176,6	181,3	183,0	-3,4	-0,4	1,3	2,3
IWF	-6,3	-2,6	-2,7	-1,9	157,2	173,8	174,7	171,3	-2,4	0,7	0,9	0,3
Irland												
EU-KOM	-8,2	-7,2	-4,8	-4,3	117,4	122,3	120,3	119,7	4,4	7,0	6,8	7,2
OECD	-8,1	-7,4	-5,0	-3,1	117,4	122,2	120,7	118,5	4,4	4,3	3,9	3,4
IWF	-8,2	-7,4	-5,1	-3,0	117,4	122,8	123,7	122,7	4,4	6,6	6,4	6,5
Lettland												
EU-KOM	-1,3	-1,3	-1,0	-1,0	40,6	38,4	38,7	32,7	-2,5	-1,6	-1,9	-2,5
OECD		-	-	_	-	-		-	-	-	-	-
IWF	0,1	-1,3	-1,1	1,3	36,4	32,1	32,7	29,3	-2,5	-0,8	-1,6	-1,9
Luxemburg												
EU-KOM	-0,6	-0,2	-0,5	-2,4	21,7	24,3	25,5	28,1	6,7	6,4	6,7	7,0
OECD	-0,6	-0,3	-0,3	-1,1	21,7	24,4	26,1	28,2	6,6	6,7	7,1	5,4
IWF	-0,6	0,0	0,1	-2,4	21,7	22,9	24,1	27,0	6,6	6,7	6,7	5,5
Malta												
EU-KOM	-3,3	-3,0	-2,7	-2,7	71,1	72,0	72,4	71,5	1,1	1,7	0,9	0,5
OECD	-	-	-	-		-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,3	-2,9	-3,1	-3,3	70,8	71,7	72,5	72,6	2,1	0,9	1,4	1,4
Niederlande												
EU-KOM	-4,1	-3,1	-3,2	-2,9	71,3	74,3	75,3	75,6	7,7	9,2	9,1	10,0
OECD	-4,0	-3,0	-3,0	-2,3	71,2	75,4	77,0	77,5	9,4	10,3	10,1	10,9
IWF	-4,0	-3,1	-3,0	-2,0	71,3	74,9	75,0	74,4	9,4	10,4	10,1	10,1
Österreich												
EU-KOM	-2,5	-1,7	-2,1	-1,8	74,0	74,6	74,3	73,7	1,8	2,9	3,4	3,8
OECD	-2,5	-2,3	-1,9	-1,2	74,1	75,7	76,1	75,5	1,6	3,1	3,4	3,8
IWF	-2,5	-1,8	-3,0	-1,5	74,1	74,2	79,1	78,2	1,8	3,0	3,5	3,5

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	öffentlicher Haushaltssaldo					Staatssc	huldenquot	:e	Leistungsbilanzsaldo			
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Portugal												
EU-KOM	-6,4	-5,9	-4,0	-2,5	124,1	129,4	126,6	125,8	-2,2	0,4	0,8	1,1
OECD	-6,5	-5,7	-4,6	-3,6	124,1	124,9	127,4	129,5	-1,5	0,5	1,2	2,1
IWF	-6,5	-4,9	-4,0	-2,5	124,1	128,8	126,7	124,8	-2,0	0,5	0,8	1,2
Slowakei												
EU-KOM	-4,5	-2,5	-3,3	-3,4	52,4	54,3	57,8	58,4	1,6	2,0	1,9	2,3
OECD	-4,5	-3,0	-2,8	-2,6	52,4	54,6	56,9	56,4	2,3	3,9	4,5	5,5
IWF	-4,5	-3,0	-3,8	-3,8	52,4	54,9	58,6	59,8	2,2	2,4	2,7	2,9
Slowenien												
EU-KOM	-3,8	-14,9	-3,9	-3,3	54,4	71,9	75,4	78,0	3,1	4,9	6,9	7,8
OECD	-3,8	-7,1	-5,9	-2,9	54,4	63,1	70,5	74,7	3,3	6,0	6,2	7,1
IWF	-3,2	-14,2	-5,5	-4,1	54,3	73,0	74,9	77,9	3,3	6,5	6,1	5,8
Spanien												
EU-KOM	-10,6	-7,2	-5,8	-6,5	86,0	94,3	98,9	103,3	-1,2	1,1	1,6	1,8
OECD	-10,6	-6,7	-6,1	-5,1	86,0	92,8	98,0	101,8	-1,1	0,6	1,6	3,1
IWF	-10,6	-7,2	-5,9	-4,9	85,9	93,9	98,8	102,0	-1,1	0,7	0,8	1,4
Zypern												
EU-KOM	-6,3	-5,5	-5,8	-6,1	85,8	112,0	121,5	125,8	-6,8	-1,7	0,0	0,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-6,4	-4,7	-5,2	-5,2	85,5	112,0	121,5	125,8	-6,8	-1,5	0,1	0,3

Quellen:

EU-KOM: Winterprognose, Februar 2014.

 ${\sf OECD: Wirtschaftsausblick, November\,2013; Update\,(teilw.): M\"{a}rz\,2014\,.}$

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2014.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo	Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo				
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	
Bulgarien													
EU-KOM	-0,8	-1,9	-1,9	-1,7	18,5	19,4	22,7	24,1	-1,3	2,0	1,3	0,0	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-0,5	-1,9	-1,9	-1,7	17,5	17,6	21,7	21,1	-0,9	2,1	-0,4	-2,1	
Dänemark													
EU-KOM	-3,8	-0,3	-1,3	-2,7	45,4	42,4	41,6	43,1	6,0	7,0	6,8	6,6	
OECD	-3,9	-1,5	-1,5	-1,9	45,4	44,8	46,0	47,5	5,9	6,1	6,1	6,0	
IWF	-3,9	-0,4	-1,4	-2,7	45,6	45,2	45,6	46,9	6,0	6,6	6,3	6,3	
Kroatien													
EU-KOM	-5,0	-6,0	-5,4	-4,8	55,5	64,9	67,4	68,7	-0,2	0,8	1,3	0,9	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-3,9	-5,5	-4,6	-3,4	54,0	59,8	64,8	67,4	0,0	1,2	1,5	1,1	
Litauen													
EU-KOM	-3,2	-2,7	-2,3	-1,7	40,5	39,5	42,2	41,4	-1,1	0,1	-0,5	-0,7	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-3,3	-2,1	-1,9	-1,8	41,0	39,3	39,5	39,1	-0,2	0,8	-0,2	-0,6	
Polen													
EU-KOM	-3,9	-4,4	5,0	-2,9	55,6	57,8	50,3	51,0	-3,3	-1,6	-1,4	-1,8	
OECD	-3,9	-4,8	4,6	-3,1	55,6	59,2	52,0	52,1	-3,7	-2,6	-2,7	-2,7	
IWF	-3,9	-4,5	-3,5	-3,0	55,6	57,5	49,5	50,1	-3,5	-1,8	-2,5	-3,0	
Rumänien													
EU-KOM	-3,0	-2,6	-2,2	-1,8	38,0	38,3	39,3	39,2	-4,4	-1,0	-1,2	-1,6	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-2,5	-2,5	-2,2	-1,4	38,2	39,3	39,7	39,0	-4,4	-1,1	-1,7	-2,2	
Schweden													
EU-KOM	-0,2	-1,1	-1,5	-0,8	38,2	41,5	41,8	40,8	6,5	6,2	5,6	5,5	
OECD	-0,4	-1,4	-1,7	-1,1	38,2	41,4	42,9	42,8	6,0	5,2	5,2	5,5	
IWF	-0,7	-1,0	-1,3	-0,5	38,3	41,4	41,5	40,0	6,1	5,9	6,1	6,2	
Tschechien													
EU-KOM	-4,4	-2,7	-2,8	-3,3	46,2	46,1	47,2	48,6	-2,6	-2,4	-1,5	-0,9	
OECD	-4,4	-2,9	-2,9	-2,9	46,2	49,0	51,6	53,9	-2,4	-2,1	-2,3	-1,9	
IWF	-4,4	-2,9	-2,8	-2,5	45,7	47,9	49,2	49,9	-2,4	-1,0	-0,5	-0,5	
Ungarn													
EU-KOM	-2,0	-2,4	-3,0	-2,9	79,8	77,8	79,1	78,9	1,1	2,9	2,7	2,6	
OECD	-2,1	-2,7	-2,9	-2,9	79,8	78,5	78,4	77,8	0,9	1,8	2,1	2,4	
IWF	-2,0	-2,4	-2,9	-2,9	79,8	79,2	79,1	79,2	1,0	3,1	2,7	2,2	

Quellen:

 $\hbox{EU-KOM: Winterprognose, Februar 2014.}\\$

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2013; Update (teilw.): März 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2014.

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin

Redaktion

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Stand

April 2014

Gestaltung, Lektorat und Satz

heimbüchel pr kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Bildnachweis

BMF/ Jörg Rüger

Publikationsbestellung

Tel: 03018 272 2721 Fax: 03018 10 272 2721

ISSN 1618-291X

Weitere Informationen im Internet unter:

www.bundesfinanzministerium.de www.ministere-federal-des-finances.de www.federal-ministry-of-finance.de www.stabiler-euro.de www.bundeshaushalt-info.de www.finanzforscher.de www.bundesfinanzministerium.de/APP www.youtube.com/finanzministeriumtv www.twitter.com/bmf_bund

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X